



EUROPEAN POLICE CONGRESS

PRE-MAGAZINE

Zwischen Schutz und Strafverfolgung

Antworten der Polizei der Zukunft

PARTNERLAND
ITALIEN



6. – 7. MAI 2026

 CityCube Berlin

www.europaeischer-polizeikongress.de

Behörden Spiegel



omnissa™

Alliances can shift. Control must not.

Police operations worldwide demand
uninterrupted endpoint availability.



GEMA provides the Omnissa™ Sovereign Solution
for Workspace ONE®: Independent operation.
Reliable effectiveness. National data governance.

Designed for sovereign operations worldwide.

Visit our website thegema.com or meet us at booth 155

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit der engagierten Unterstützung der Republik Italien als diesjährigem Partnerland wird die Behörden Spiegel-Gruppe den Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf dem 29. European Police Congress am 6. und 7. Mai 2026 auch in diesem Jahr ein hochinteressantes Programm bieten. Unter dem Leitthema

„Zwischen Schutz und Strafverfolgung – Antworten der Polizei der Zukunft“

suchen wir Antworten auf die drängendsten Fragen von morgen.

Wie sieht dieses morgen aus? Angesichts der aktuellen sicherheitspolitischen Lage bewahrheitet sich, dass die westliche transatlantische Wertegemeinschaft nicht mehr vor einer Bewährungs- sondern Bestandsprobe steht. Langwierige außenpolitische Diskussionen nach einem ‚Ob‘ statt einem ‚Wie‘ bringen uns – auch in der Inneren Sicherheit – nicht weiter.

Für Europa gilt es nun, sich zu emanzipieren und auf die eigenen Stärken zu besinnen. Das heißt zunächst, allein ebendiesen Begriff auch als solchen zu verstehen. Stärke bedeutet Ertüchtigung für zukünftige Herausforderungen. Stärke auf Basis demokratischer Werte und diskursreicher aber lösungsorientierter Prozesse, Stärke als Zeichen von Zusammenhalt, Stärke gegen Bedrohungen von innen wie außen. Hierbei hat Deutschland eine ganz besondere Führungsrolle, die nicht ausschließlich im Ausräumen oder der Vermittlung europäischer Interessen liegt.

Eine weltoffene und liberal geartete Sicherheitspolitik muss einhergehen mit strukturierten Kooperationen zwischen Sicherheitsbehörden der Inneren und nationalen Sicherheit. Internationale Konfliktherde wirken sich eklatant auf die Bereiche der Migration, der demokratischen Resilienz sowie auf die Sicherheit in öffentlichen Bereichen aus. Bei Angriffen auf die Kritische Infrastruktur sind wir verwundbar. Letztlich ist die gesamtgesellschaftliche Resilienz und die Zusammenarbeit der zivil-militärischen Behörden ein Aufgaben- und Handlungsschwerpunkt für die Sicherheitsbehörden. Auch die Wirtschaft benötigt eine starke und verlässliche Säule der Inneren Sicherheit, um Wohlstand zu gewährleisten.

Das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat und seine Sicherheitskräfte sowie letztlich die Identifikation in und mit dem eigenen Land erfordert stetige Aufwendungen. Diese Erkenntnis scheint nach der langen Friedensphase zumindest teilweise verloren gegangen zu sein. Umso mehr gilt es nun, sich auch im Bereich der Inneren Sicherheit schnell und breit sowie fortschrittlich genug aufzustellen, um angemessen und flexibel auf zukünftige Herausforderungen reagieren zu können. Die angedachten Anpassungen der Sicherheitsgesetze versprechen, das technologische Fähigkeitsprofil der Polizeien endlich ins 21. Jahrhundert zu bringen. Der Europäische Polizeikongress trägt dazu bei, diese Erkenntnis wieder in die Gesellschaft zurückzubringen und zeigt die Verlässlichkeit und die Einsatzbereitschaft der Behörden und Organisationen im Bereich der Inneren Sicherheit.

Mein besonderer Dank gilt daher dem Moderator der Veranstaltung, Dieter Wehe, Inspekteur der Polizei Nordrhein-Westfalen a.D., der auch die Programmplanung im Voraus wesentlich geprägt hat, sowie dem ehemaligen Leiter der Oberhausener Direktion Kriminalitätsbekämpfung, Uwe Mainz, und dem Leitenden Polizeidirektor a.D. Rüdiger Wollgramm, die mit dem bewährten Teamgeist und der Erfahrung ihren Beitrag dazu leisten, auch den 29. European Police Congress fachlich auszugestalten.

Ich freue mich auf interessante Diskussionen und darauf, gemeinsam mit Ihnen einen Beitrag zur Bewältigung der gegenwärtigen Herausforderungen zu leisten.

Ihre



Dr. Eva-Charlotte Proll

Herausgeberin und Chefredakteurin Behörden Spiegel-Gruppe



Dr. Eva-Charlotte Proll
Herausgeberin und Chefredakteurin
Behörden Spiegel-Gruppe



EUROPEAN POLICE CONGRESS



29. EUROPÄISCHER POLIZEIKONGRESS – GEMEINSAM MIT ITALIEN ALS PARTNERLAND

Das Leitthema unseres diesjährigen Kongresses „Zwischen Schutz und Strafverfolgung“ stellt die Bandbreite polizeilicher Aufgaben in Zeiten großer Herausforderungen dar. Internationale Konfliktherde wie die kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ukraine und dem Nahen Osten wirken sich in Deutschland aus, sei es im Migrationsbereich, bei politischen Versammlungen, bei Angriffen auf die Kritische Infrastruktur oder der Sicherheit in öffentlichen Bereichen.

Partnerland des Europäischen Polizeikongresses 2026 ist die Republik Italien. Die Botschaft Italiens richtet den Vorabendempfang aus, nimmt mit hochrangigen Delegationen teil und wirkt mit Polizeixpertinnen und -experten am Hauptprogramm, an zahlreichen Fachforen und den Side Events mit. Innerhalb und außerhalb der Kongresshalle kann in der italienischen Polizei eingesetzte Technik erkundet werden. Italienische Unternehmen und Organisationen sind in unserer Kongresshalle präsent und freuen sich auf informative Gespräche und Darstellungen.

Auch in diesem Jahr präsentieren unsere Kongresspartner aus der Industrie innovative Konzepte, die bei der Bewältigung der Herausforderungen unterstützen. Zahlreiche Behörden und Einrichtungen aus dem Bereich der öffentlichen Sicherheit präsentieren ihr Portfolio und stehen zum Austausch bereit, FRONTEX, P20-Polizei 2020 oder die Bundesdruckerei seien beispielhaft genannt. Gesellschaftliche Initiativen, wie zum Beispiel der Weiße Ring und Lachen helfen, stellen den unverzichtbaren ehrenamtlichen Beitrag für das Gemeinwesen vor. Die Gewerkschaft der Polizei, die Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund und der Bund Deutscher Kriminalbeamter stehen an ihren Informationsständen bereit und freuen sich auf den Austausch mit „der Politik“ und Kongressbesucherinnen und -besuchern. Die Bundespolizei und



Internationale Konfliktherde wie die kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ukraine und dem Nahen Osten wirken sich in Deutschland aus.

**DIETER WEHE,
KONGRESSMODERATOR EPC**

zahlreiche Landespolizeien sind ebenfalls im Ausstellungsbereich vertreten.

UMFANGREICHES HAUPTPROGRAMM

Freuen können wir uns auf die feierliche musikalische Eröffnung des Kongresses durch die Combo der Polizei Berlin.

Der Vorsitzende der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder, Hamburgs Innenminister Andy Grote, eröffnet unseren Kongress. Und Hans-Georg Engelke, Staatssekretär im Bundesinnenministerium, konnten wir für einen Keynote gewinnen. Eingeladen haben wir den italienischen Innenminister Matteo Piantedosi, die Vorsitzende der Anti-Money Laundering Authority Bruna Szego und den stellvertretenden Polizeichef Italiens Rafael Grassi.

Der Europäische Polizeikongress bietet ein Forum, zentrale Themen im Sinne eines vernetzten Ansatzes zu diskutieren. Dabei ist es auch bewusst Anspruch, kontroverse Positionen einzubringen, um neben allen Unterschieden nach Gemeinsamkeiten zu suchen, denn diese sind für eine wirkliche Verbesserung essenziell. Besonders in den beiden Diskussionsrunden „Sicherheit im öffentlichen Raum“ und „Migration zwischen Sicherheit und Menschlichkeit“ wird dieser ambitionierte Ansatz deutlich. Im Hauptprogramm des zweiten Tages widmen wir uns den Sicherheitsstörungen der Kritischen Infrastruktur, sei es durch Cyberattacken oder reale Anschläge, und erörtern diese Phänomene und Abwehrstrategien im 360 Grad Blickwinkel staatlicher und privater Akteure.

Fachvorträge aus der Industrie beleuchten aktuelle Herausforderungen, Strategien und Konzepte für den öffentlichen Sicherheitssektor. Der durch den Behörden Spiegel ausgelobte „Zukunftspreis Polizeiarbeit“ am zweiten Kongresstag eröffnet jungen Hochschulabsolventinnen und -absolventen die Möglich-

keit, innovative Forschungsergebnisse zu präsentieren. Eine hochrangig besetzte Jury bewertet eingereichte Arbeiten und wählt die Preisträgerinnen und Preisträger aus. Die feierliche Übergabe ist seit langen Jahren ein Höhepunkt des Europäischen Polizeikongresses.

Mit Spannung dürfen wir wieder die traditionelle Runde der Innenminister und -senatoren der Länder erwarten, in der aktuelle Herausforderungen und unterschiedliche Konzepte diskutiert werden. Wir freuen uns sehr über die Zusage der Innenminister aus Bayern und Baden-Württemberg, der niedersächsischen Innenministerin, der Innenminister aus Hessen, Brandenburg und Thüringen sowie der Innensenatorin aus Bremen.

ZAHLEICHE FACHFOREN

In den Fachforen werden zahlreiche Aspekte der polizeilichen Arbeit beleuchtet, die alle Sparten der Polizei fordern. Dazu zählen unter anderem Drogenkriminalität, Terrorismus, kriminelle Gruppen, Jugendgewalt und neue Kriminalitätsphänomene. Weitere Themen sind die Sicherheit im öffentlichen Raum, häusliche Gewalt und Sicherheit im Straßenverkehr. Breiten Raum nehmen technikbezogene Fachforen ein, Stichworte sind hier Künstliche Intelligenz (KI), Cloud, Vergaberecht, Kommunikationstechnik und digitale Transformation. Ausbildung und Studium spielen ebenso eine Rolle wie Fragen der Personalgewinnung und -bindung. Die Berufsvertretungen beteiligen sich neben der Präsenz in der Ausstellungshalle mit aktuellen Problemstellungen an den Fachforen. Daneben laden zahlreiche Fachforen unter der Regie unserer Kongresspartner zur Teilnahme ein.

SIDE EVENTS

Die Side Events ergänzen das Hauptprogramm und die Fachforen. Sie bieten mit einem größeren Zeiteinsatz Raum für breitere Darstellungen und Diskussionen. Side Events finden statt zu den Themen Künstliche Intelligenz in der Polizeiarbeit (Wissenschaftsforum), Drohnen, Zivil-Militärische Zusammenarbeit und Finanzaermittlungen. Zudem sind ein BOS-Strategieforum und ein Side Event des Industriepartners secunet Teil des Programms.

AUßEN- UND INNENAUSSTELLUNG

Vor und in der Kongresshalle präsentieren über 160 private und öffentliche Unternehmen und Organisationen, darunter auch die Polizei selbst, Produkte und Anwendungen und stehen für weitergehende Informationen zur Verfügung.

NETWORKING

Neben aller Information und Diskussion steht der Europäische Polizeikongress als europaweit führende Veranstaltung für den Bereich der Inneren Sicherheit gerade auch dafür, bestehende Kontakte zu pflegen und neue Kontakte zu erschließen. Dazu gibt es in den zahlreichen Pausen und der Abendveranstaltung ausreichend Gelegenheit.

Ich freue mich, Sie gemeinsam mit Frau Dr. Eva-Charlotte Proll beim Europäischen Polizeikongress 2026 in Berlin zu begrüßen und durch das Hauptprogramm führen zu können.

DIETER WEHE, Inspekteur der Polizei Nordrhein-Westfalen a. D.



Die Zeitenwende für die Innere Sicherheit anzustoßen, ist eine Aufgabe, die alle föderalen Akteure betrifft, betont Christoph de Vries, Staatssekretär im Bundesministerium des Inneren.



INHALT

3

EDITORIAL

Dr. Eva-Charlotte Proll
Herausgeberin und Chefredakteurin
Behörden Spiegel-Gruppe

4

29. EUROPÄISCHER POLIZEIKONGRESS – GEMEINSAM MIT ITALIEN ALS PARTNERLAND

Dieter Wehe
Inspekteur der Polizei Nordrhein-Westfalen a. D.

8

SICHERHEITSERLEBEN IM ALLTAG ALS GRAD- MESSER STAATLICHER HANDLUNGSFÄHIGKEIT

Andy Grote
Senator für Inneres und Sport der Freien und Hansestadt
Hamburg und Vorsitzender der Innenministerkonferenz

10

ACHILLESFERSE DATENSCHUTZ: WARUM ES DIE VERKEHRSDATENSPEICHERUNG BRAUCHT

Herbert Reul MdL
Minister des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen

12

DER EUROPÄISCHE POLIZEIKONGRESS BIETET EINE UNVERZICHTBARE PLATTFORM

Joachim Herrmann
Bayerischer Staatsminister des Innern, für Sport und
Integration, Mitglied des Bayerischen Landtags

14

ENCRYPTED COMMUNICATIONS AND THE NEED OF A EUROPEAN FRAMEWORK OF DIGITAL CRIMINAL EVIDENCE

Giuseppe Giliberti
Security Expert at the Department of Public Security, Rome

16

DROHNEN UND INNERE SICHERHEIT: HERAUSFORDERUNGEN UND STRATE- GIEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Thomas Strobl
stv. Ministerpräsident und Minister des Inneren, für
Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg

18

ZWISCHEN SCHUTZ UND STRAFVERFOLGUNG – ANTWORTEN DER POLIZEI DER ZUKUNFT

Daniela Behrens
Niedersächsische Ministerin für Inneres, Sport und
Digitalisierung

20

FROM GROWTH TO CAPABILITY: MAKING EUROPE'S BORDER SYSTEM CREDIBLE IN 2026

Hans Leijtens
Executive Director of Frontex

22

HYBRIDE BEDROHUNGEN IM DIGITALEN RAUM – TRANSFORMATION DER POLIZEIARBEIT

Michael Ebling
Minister des Innern und für Sport in Rheinland-Pfalz

24

ZWISCHEN SCHUTZ UND STRAFVERFOLGUNG – KONTUREN EINER POLIZEI VON MORGEN

Armin Schuster
Sächsischer Staatsminister des Innern

26

RAUS AUS DER CHAOSPHASE: FÜR EINE SICHERHEITSPOLITIK AUF DER HÖHE DER ZEIT

Lena Düpont
Abgeordnete des Europäischen Parlaments und Mitglied
der EVP-Fraktion

28

MODERNE SICHERHEITSGEWÄHRLEISTUNG ZWISCHEN SCHUTZ UND STRAFVERFOLGUNG

Magdalena Finke
Ministerin für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport
des Landes Schleswig-Holstein

30

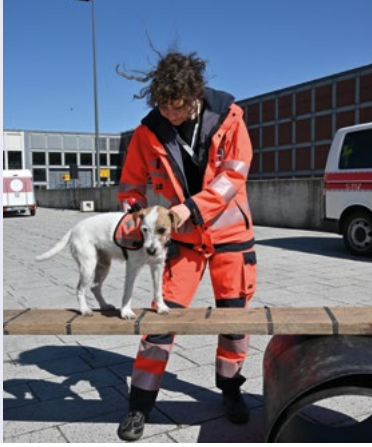
HOCHRISIKOMANAGEMENT BEI HÄUS- LICHER GEWALT IN SACHSEN-ANHALT

Dr. Tamara Zieschang,
Ministerin für Inneres und Sport des Landes Sachsen-
Anhalt

32

DIE PAG-NOVELLE IN THÜRINGEN

Georg Maier
Minister für Inneres, Kommunales und Landesentwicklung
des Landes Thüringen



34 HÄUSLICHE GEWALT IST KEINE PRIVATSACHE – SIE IST EIN VERBRECHEN

Dr. Eva Högl

Senatorin für Inneres und Sport der Freien Hansestadt Bremen

36 DER EUROPÄISCHE POLIZEIKONGRESS IN EINEM JAHR DER KRISEN UND HERAUSFORDERUNGEN

Rüdiger Wollgramm

Leitender Polizeidirektor a.D.

37 THE PUBLIC SECURITY SYSTEM IN ITALY

Andrea Del Ferraro

Security Expert at the Italian Embassy, Berlin

38 VON DER QUARTIERSBEZOGENEN POLIZEI-ARBEIT BIS ZUR DIGITALEN STREIFE – AKTUELLE HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE POLIZEI NRW IM ANALOGEN UND DIGITALEN RAUM

Dirk Hulverscheidt

Inspekteur der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen

40 UNSER (FLEXIBLER) KURS FÜR DIE POLIZEI DER ZUKUNFT

Lutz Müller

Inspekteur der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern

42 MIT STARKEN POLIZEIEN EUROPA SCHÜTZEN

Jochen Kopelke

Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP)

44 „ZWISCHEN SCHUTZ UND STRAFVERFOLGUNG – ANTWORTEN DER POLIZEI DER ZUKUNFT“

Dr. Walter Seubert

Präsident der Hessischen Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit

46 SICHERHEIT BRAUCHT BILDUNG

Carsten Rose

Direktor der Polizeiakademie Niedersachsen

Bernhard Schmidt

Sachbearbeiter für Grundsatzfragen der Polizeiakademie Niedersachsen

48 NEXTGEN DER POLIZEI – VON DER BEWERBUNG ZUR BERUFUNG

Matthias Zeiser

Präsident der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg

50 CYBERSICHERHEIT FÜR DAS EUROPA VON MORGEN: NEUE ANFORDERUNGEN AN DIE POLIZEI

Heiko Teggatz

Vorsitzender der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft und stellvertretender Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG)

52 PREVIEW: JUGENDGEWALT! EINE BESORGNISERREGENDE ENTWICKLUNG!

Uwe Mainz

Ehemaliger Leiter der Oberhausener Direktion Kriminalitätsbekämpfung



EUROPEAN POLICE CONGRESS

Zum
Kongress-
Programm



www.europaeischer-polizeikongress.de/programm



Musikalische Eröffnung des Kongresses durch die Combo der Polizei Berlin.

SICHERHEITSERLEBEN IM ALLTAG ALS GRADMESSER STAATLICHER HANDLUNGSFÄHIGKEIT

Sicherheit und Freiheit sind die großen Versprechen des demokratischen Staates an seine Bürgerinnen und Bürger. Die Menschen vertrauen darauf, dass der Staat dafür sorgt, dass sie sich im öffentlichen Raum frei und ohne Angst bewegen können und auch im digitalen Raum nicht ohne Schutz sind.

Dieses Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat entsteht im Alltag und muss sich bewähren an Bahnhöfen, in öffentlichen Verkehrsmitteln, in Innenstädten, in Parks oder auf Veranstaltungen. Gleichzeitig erleben wir in einer zunehmend digitalisierten Welt, dass der öffentliche Raum heute nicht mehr an der Hauswand endet: Onlineplattformen, soziale Netzwerke und Messenger-Dienste sind zu digitalen Begegnungsräumen geworden, in denen sich gesellschaftliche Debatten und Konflikte abspielen und Risiken entstehen wie im analogen Alltag. Bedrohungen, Betrug, Desinformation oder die digitalen Formen von Gewalt wirken aus dem digitalen unmittelbar in den realen Raum hinein. Für die Sicherheitswahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger bilden beide Sphären eine Einheit. Wer online bedroht wird, fühlt sich auch offline unsicher, dementsprechend muss die Polizei sowohl im analogen wie digitalen öffentlichen Raum präsent und handlungsfäh



Foto: Senatskanzlei Hamburg/Jan Pries



An der Handlungsfähigkeit des Staates entscheidet sich das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat und unsere Demokratie.

ANDY GROTE, SENATOR FÜR INNERES UND SPORT DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG UND VORSITZENDER DER INNENMINISTERKONFERENZ

hig sein, auch unter sich verändernden Bedingungen und angesichts komplexer Herausforderungen wie den Auswirkungen geopolitischer Lagen auf unser gesellschaftliches Zusammenleben in Form von extremistischer Gewalt, koordinierten Störaktionen und Desinformationskampagnen.

ERFORDERNIS DER ZUSTÄNDIGKEITSÜBERGREIFENDEN KOOPERATION

Schon diese Aufzählung macht deutlich, dass die Polizei diese Aufgaben nicht im Alleingang erledigen kann, vielmehr macht diese Gemengelage eine enge und abgestimmte Zusammenarbeit verschiedener Institutionen notwendig. Hier zählt nicht die Zuständigkeit, sondern die Verantwortung. In einem föderalen Staat bedeutet dies eine noch engere Zusammenarbeit von Bund und

Ländern sowie gemeinsame sicherheitspolitische Strukturen und vernetzte Sicherheitsarbeit.

Beim Aufbau einer solchen integrierten Sicherheitsarchitektur helfen Best-Practice-Beispiele, anhand derer deutlich wird, wie dieser Ansatz der zuständigkeitübergreifenden Zusammenarbeit praktisch funktionieren kann. In Hamburg konnten wir in verschiedenen Bereichen bereits Fortschritte machen: Am Hauptbahnhof sorgt die „Quattrostreife“ – bestehend aus DB Sicherheit, Hoch-

bahnwache, Bundespolizei und Landespolizei – für gemeinsame Präsenz und schnelle Reaktion, während wir im Hafen mit der Allianz Sicherer Hafen mit ihrem Herzstück Hafensicherheitszentrum die Kräfte von Polizei, Zoll und Hamburg Port Authority (HPA) gebündelt haben und im Umgang mit der zunehmenden Bedrohung durch fremde Drohnen das Norddeutsche Kompetenzcluster Drohnenabwehr der Nordländer aufgebaut wird. Ergänzt werden diese Maßnahmen durch eine abgestimmte Strafverfolgungsstrategie mit einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft, die Straftaten im Brennpunktbereich konsequent verfolgt. Darüber hinaus koordinieren Lenkungsstrukturen von Sicherheits-, Sozial-, Justiz- und Bezirksbehörden Maßnahmen für den öffentlichen Raum und Netzwerke zum personenbezogenen Risikomanagement, erkennen Gefährdungslagen frühzeitig, Programme zur Bekämpfung von Jugendgewalt greifen präventiv ein und abgestimmte Verfahren im Ausländer- und Aufenthaltsrecht adressieren Intensivstrafäter.

SICHERHEIT DURCH PRÄVENTION UND ZUSAMMENWIRKEN

Unsere Hamburger Beispiele weisen durch die politische Steuerung auf Leitungsebene, die operative Kooperation vor Ort sowie die Verbindung von Prävention, Gefahrenabwehr und Strafverfolgung gemeinsame Strukturmerkmale auf. Unsere zentrale Erkenntnis ist, dass Sicherheit dort entsteht, wo zeitgleiches polizeiliches Handeln, sozialbehördlich wirksame Maßnahmen und konsequente staatsanwaltschaftliche Fokussierung zusammenwirken.

Dazu trägt auch ein veränderter Ansatz staatlicher Sicherheitsarbeit bei, denn mithilfe eines systematischen Risikomanagements lassen sich Entwicklungen frühzeitig zu erkennen, Risiken bewerten und Maßnahmen einleiten, bevor konkrete Gefahrenlagen entstehen. Unsere Sicherheitsbehörden arbeiten dafür stärker datenbasiert, vernetzt und interdisziplinär. Informationen aus Polizei, Justiz, Sozialbehörden, Schulen oder Ordnungsverwaltung werden zusammengeführt, um gefährliche Entwicklungen, Mehrfachauffälligkeiten oder Eskalationsdynamiken rechtzeitig zu identifizieren.

Mit dem Kompetenzzentrum für Risikobewertung (KoRis) des LKA Hamburg konnten wir bereits erfolgreiche Strukturen etablieren. Das LKA ist nicht nur Strafverfolgungsbehörde, sondern aktiv in die Gefahrenabwehr eingebunden.

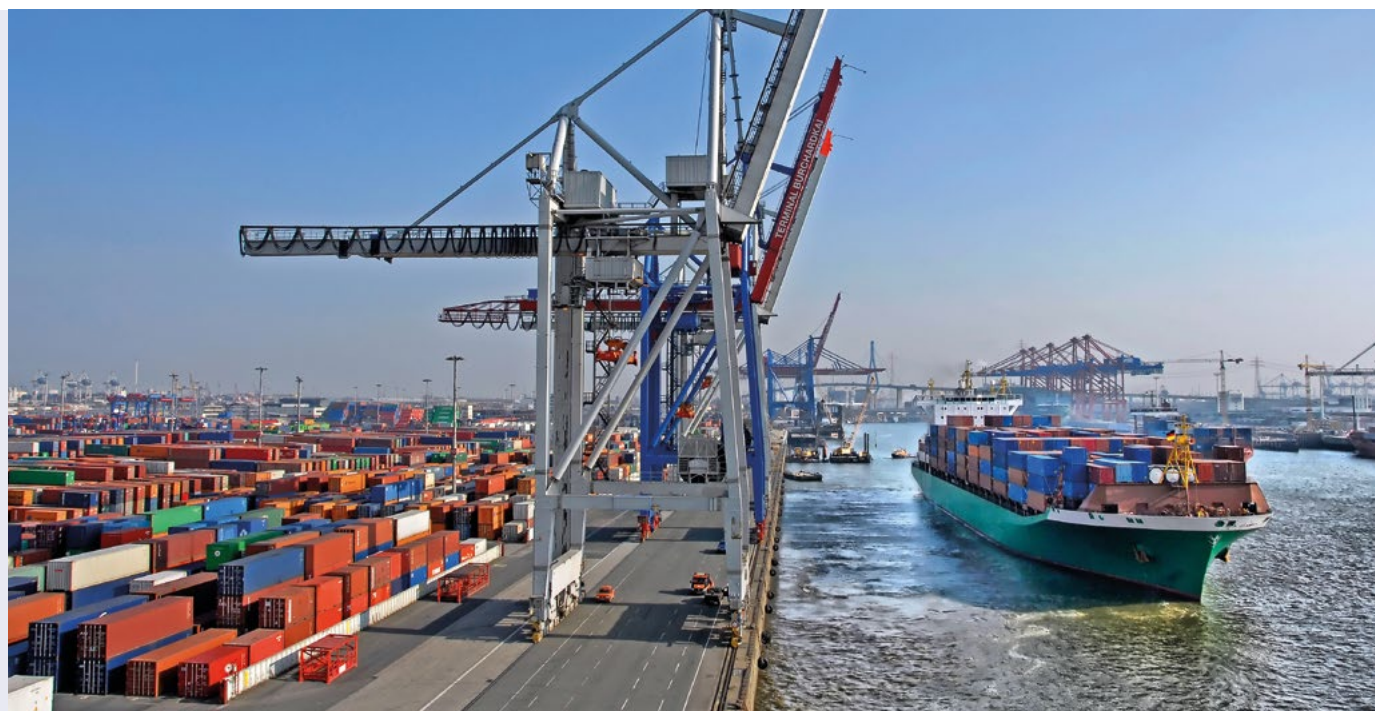
Dieser präventive Ansatz stärkt nicht nur die Sicherheit der Bevölkerung, sondern entlastet auch Einsatzkräfte. Je früher Risiken erkannt und bearbeitet werden, desto seltener entstehen komplexe Einsatzlagen. Moderne Sicherheitsarbeit verschiebt sich damit zunehmend von der reinen Ereignisbewältigung hin zur strukturierten Verhinderung von Gefahren.

SICHERHEIT ERFORDERT LÄNDERÜBERGREIFENDE ANSÄTZE

Diese Idee der zuständigkeitsübergreifenden Zusammenarbeit hat nicht an nationalen Grenzen zu enden, denn Sicherheitsfragen im öffentlichen Raum sind längst nicht mehr länderspezifisch. Als europäische Partner stehen wir vor vergleichbaren Herausforderungen, deshalb ist der Austausch von Wissen, Know-How und Erfahrungen wertvoll, die über die üblichen Beziehungen hinausgehen. In Hamburg haben wir beispielsweise mit dem Three Ports Summit und der Hafensicherheitskonferenz Formate etabliert, um über die Sicherheit unserer europäischen Häfen zu sprechen. Der Europäische Polizeikongress bietet jetzt die Möglichkeit, über Grenzen hinweg über solche Best-Practice-Beispiele zu sprechen, unterschiedliche urbane Sicherheitskonzepte zu vergleichen und gemeinsame Strategien zu entwickeln, um die staatliche Handlungsfähigkeit und die Sicherheit im öffentlichen Raum auch in Zukunft zu gewährleisten.

Genau an dieser Handlungsfähigkeit des Staates entscheidet sich das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat und unsere Demokratie.

ANDY GROTE, Senator für Inneres und Sport der Freien und Hansestadt Hamburg und Vorsitzender der Innenministerkonferenz



Der zunehmenden Nutzung des Hamburger Hafens als Drogenumschlagspunkt wird mit der Kräftebündelung im Hafensicherheitszentrum wirksam entgegengewirkt.

Foto: M. Johansen, stock.adobe.com



Verkehrsdaten können einen wichtigen Beitrag zur Strafverfolgung leisten.

Foto: Gorodenkoff, stock.adobe.com

ACHILLESFERSE DATENSCHUTZ: WARUM ES DIE VERKEHRSDATENSPEICHERUNG BRAUCHT

Über ungenutzte Möglichkeiten, dringende Reformen und warum Quick Freeze keine Lösung ist

Die Digitalisierung und Vernetzung unserer Welt und damit einhergehend Kriminalität in Klick-Geschwindigkeit sind die Themen der Gegenwart und der Zukunft: sowohl für die Polizei als auch für Kriminelle. Eine Tastenkombination – und ein Cyberangriff erzielt tausende Treffer, Missbrauchsabbildungen werden in Endlos-Schleife vervielfältigt, Anschlagpläne verschickt, geteilt und ausgeführt. Während so manche analoge Straftat zur aussterbenden Art wird, entdecken mehr und mehr Kriminelle das Internet für ihre Machenschaften.

Die Polizei in Nordrhein-Westfalen hat auf die digitale Kriminalität technisch und personell reagiert: Wir haben einen Studiengang für Cyberkriminalistik und digitale Forensik ins Leben gerufen; die ersten „Cyber Cops“ werden dieses Jahr fertig. Wir haben von Ostwestfalen bis ins Rheinland Kriminalinspektionen Cybercrime eingerichtet und in Duisburg ein Innovation Lab aus dem Boden gestampft. Wir setzen auf IT und Künstliche Intelligenz und stellen jedes Jahr 3.000 Polizistinnen und Polizisten ein.



Foto: IM NRW/Tim Wegner



Die Verkehrsdatenspeicherung ist eine Frage der Sicherheit, an der die Zukunft unseres Rechtsstaats und letztendlich auch unserer Demokratie hängt.

HERBERT REUL MDL, MINISTER DES INNERN DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN

Was es jetzt noch braucht, sind rechtliche Grundlagen, die hier mithalten können. Um es plastisch zu machen: Wir kämpfen mit im 18. Jahrhundert gemachten Gesetzen gegen die Kriminalität des 21. Jahrhunderts! Die Frage, ob analoges Recht noch für die digitale Zeit gemacht ist, ist für mich einfach zu beantworten: Nein, ist es nicht. Damit ist unser Recht ein Sicherheitsrisiko, die Achillesferse der Inneren Sicherheit. Insbesondere bei der zunehmenden Kriminalität im Netz, sind digitale Spuren regelmäßig die einzige Möglichkeit, Straftaten aufzuklären. Oftmals ist so etwas wie die IP-Adresse der einzige Fingerabdruck, den wir haben. Ohne die Zuordnung der IP-Adresse zu einem Anschlussinhaber laufen Ermittlungen oft ins Leere.

WIR MACHEN NICHT EINMAL DAS, WAS MÖGLICH IST

Schon heute ist mehr möglich, als wir machen. Die Verkehrsdatenspeicherung ist in Deutschland seit Jahren faktisch ausgesetzt. Und das, obwohl der Europäische Gerichtshof uns 2022 klare Leitlinien gegeben hat, in denen wir uns bewegen können, es aber nicht tun. Laut EuGH ist die anlasslose, zeitlich begrenzte Speicherung

von IP-Adressen und dazugehörigen Identitätsdaten ausdrücklich zulässig. Für die Verfolgung schwerer Straftaten und zum Schutz der nationalen Sicherheit dürften nach dem EuGH sogar weitere Verkehrsdaten, insbesondere Verbindungs- und Standortdaten, gespeichert werden. In der Theorie dürfte die Polizei schon heute auf die IP-Adresse zurückgreifen. Dies betrifft – so sagt es auch ausdrücklich der EuGH – insbesondere auch den Erwerb, die Verbreitung, die Weitergabe oder die Bereitstellung von Kinderpornografie im Internet.

SICHERHEIT DARF KEIN ZUFALLSPRODUKT SEIN

In der Praxis hängt die Aufklärung einer Straftat im Internet zu oft vom Zufall ab. Nämlich vom Zufall, welchen Internetzugangsdienst der unbekannte Täter genutzt hat und ob dieser Internetzugangsdienst die Zuordnung dieser IP-Adresse gespeichert hat. Weil das aber freiwillig ist, können sich Straftäter zu häufig in der Anonymität des Internets verstecken. Zum Beispiel konnte die Polizei NRW 2023 in Castrop-Rauxel einen terrorverdächtigen Iraner festnehmen, der im Auftrag des Islamischen Staates einen Anschlag verüben wollte. Diese Person haben wir nur deshalb zu fassen gekriegt, weil ein Telekommunikationsanbieter die Daten kurzfristig gespeichert hatte. Freiwillig. Einige Tage später hätte es diese Daten wahrscheinlich nicht mehr gegeben. So manch andere Tat konnten wir nur unterbinden, weil der Tipp von befreundeten Nachrichtendiensten kam. Vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Zustands der transatlantischen Freundschaft kann uns das mit Blick auf unsere Unabhängigkeit und Resilienz nicht zufriedenstellen. Deswegen sage ich: Das sollten wir besser selber können! Wir machen uns hier unnötig abhängig.

Auch die Verkehrsdatenspeicherung sorgt natürlich nicht für hundertprozentige Sicherheit; die gibt es nämlich nicht. Und sie ist auch keine Zauberlösung, die all unsere Probleme – Simsalabim – löst. Aber Sicherheit darf auch kein Zufallsprodukt sein! Da, wo es geht, ist es die Pflicht eines Staates, für Sicherheit zu sorgen.

EIN VORSTOSS VON SCHWARZ-GRÜN, BEWEGUNG IM BUND?

Nach dem islamistischen Anschlag von Solingen hat die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen 2024 eine Initiative in den Bundesrat eingebracht, mit der wir uns für eine rechtssichere und praxistaugliche Möglichkeit zur Verkehrsdatenspeicherung ausgesprochen haben. Unser Ziel: eine zeitlich befristete Speicherung von Verkehrsdaten, um anlassbezogen und nach richterlicher Genehmigung eine effektive Strafverfolgung zu ermöglichen.



Verkehrspolizeiliche Aufgaben bilden einen wichtigen Teil der Polizeiarbeit.

Foto: Brigitte, stock.adobe.com.

Im Übrigen: „Quick Freeze“, das häufig als Alternative zur Verkehrsdatenspeicherung angepriesen wird, ist keine: Denn es setzt voraus, dass eine Tat im Internet unmittelbar entdeckt wird – sonst sind die Daten futsch. In der Praxis bringt uns das also nicht weiter.

Stand heute liegt die schwarz-grüne Bundesratsinitiative auf Eis. Der mitberatende Wirtschaftsausschuss des Bundesrats hat die Initiative bis zum Wiederaufruf vertagt. Nach dem Bruch der Ampel-Koalition gibt es seit Ende 2025 einen neuen Entwurf der Bundesregierung. Das Ziel: Anbieter von Internetzugangsdiensten sollen verpflichtet werden, IP-Adressen ihrer Kunden für drei Monate zu speichern. Diesen Vorstoß begrüße ich ausdrücklich und fordere alle Beteiligten auf, hier Tempo zu machen. Es geht hier um das Machbare des jetzt schon Möglichen. Und nicht zuletzt auch um die Erfüllung des staatlichen Sicherheitsversprechens.

Das Thema Verkehrsdatenspeicherung beschäftigt mich seit zwei Jahrzehnten. Schon als Abgeordneter im Europäischen Parlament habe ich mich mit dem Thema auseinandergesetzt. Nun bin ich seit rund neun Jahren NRW-Innenminister und noch immer sind meinen Polizistinnen und Polizisten die Hände auf den Rücken gebunden. Das ist für mich unerträglich. Damit muss Schluss sein: Die Verkehrsdatenspeicherung ist eine Frage der Sicherheit, an der die Zukunft unseres Rechtsstaats und letztendlich auch unserer Demokratie hängt.

HERBERT REUL MDL, Minister des Innern des Landes
Nordrhein-Westfalen

Digitale Souveränität – Ihre Lösung Made in Europe



Wie Sicherheitsbehörden ihre Handlungsfähigkeit stärken

Digitale Souveränität ist Voraussetzung für handlungsfähige Sicherheitsbehörden – mit disy Cadenza schaffen Sie die Grundlage. Mehr erfahren: disy.net/epk2026

Leistungsstarke BI-Analysen | Räumliche Ermittlungen | Interaktive Lagebilder
Digitale Einsatzplanung | Souveräne Entscheidungen

Besuchen Sie Disy
an Stand 96





Eine dauerhafte Gefährdungslage hybrider Bedrohungen entsteht auch durch Cybercrime.

Foto: photon_photo, stock.adobe.com

DER EUROPÄISCHE POLIZEIKONGRESS BIETET EINE UNVERZICHTBARE PLATTFORM

Der 29. Europäische Polizeikongress ist eine bedeutende Veranstaltung, die Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger aus ganz Europa zusammenbringt, um aktuelle sicherheitspolitische Herausforderungen zu diskutieren, innovative Lösungsansätze zu entwickeln und die Zusammenarbeit über nationale Grenzen hinweg zu stärken.

Gerade in einer Zeit tiefgreifender gesellschaftlicher, technologischer und geopolitischer Veränderungen kommt dem fachlichen Austausch und der vertrauensvollen Kooperation eine zentrale Rolle zu. Der Europäische Polizeikongress bietet hierfür eine unverzichtbare Plattform.

Bei der Bewertung der Sicherheitslage nimmt besonders die Sicherheit im öffentlichen Raum eine zentrale Rolle ein.

Allen Sicherheitsstörungen im öffentlichen Raum muss bereits frühzeitig und entschieden begegnet werden, damit Angsträume erst gar nicht entstehen. Hierzu bewertet die Bayerische Polizei fortwährend die Sicherheitslage anhand konkreter Erkenntnisse. Bei Beeinträchtigung dieser werden die erforderlichen Maßnahmen getroffen, um größtmögliche Sicherheit zu gewährleisten. Dies geschieht unter anderem durch die Erhöhung der polizeilichen Präsenz an Kriminalitätsschwerpunkten, den Einsatz von Videoüberwachung und die intensive Zusammenarbeit mit anderen tangierten Behörden.

SCHUTZ KRITISCHER INFRASTRUKTUR

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist der Schutz der kritischen Infrastruktur. Um diese zu gewährleisten, sind klare Verantwortlichkeiten



Foto: Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration

Wir brauchen eine Gesellschaft, die wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse von „alternativen Fakten“ unterscheiden kann.

JOACHIM HERRMANN, BAYERISCHER STAATSMINISTER DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION, MITGLIED DES BAYERISCHEN LANDTAGS

ten und eine enge Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren – von Land und Bund bis hin zu den Betreibern kritischer Anlagen und Einrichtungen – von essenzieller Bedeutung. Nur durch diese abgestimmte Zusammenarbeit können wir im Ernstfall schnell und effektiv handeln. Besonders besorgniserregend sind in diesem Zusammenhang die zunehmenden Drohnensichtungen über Einrichtungen der kritischen Infrastruktur, militärischen Anlagen und Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. Um dieser Bedrohung wirksam zu begegnen, müssen wir sowohl unsere technischen Fähigkeiten als auch die personellen Ressourcen weiter ausbauen. Nur durch eine verstärkte Zusammenarbeit aller relevanten Akteure und die ständige Anpassung unserer Sicherheitsmaßnahmen können wir diese Herausforderungen erfolgreich meistern.

HYBRIDE BEDROHUNGEN

Gleichzeitig ist eine zunehmende Gefährdung durch hybride Bedrohungen festzustellen. Damit sind verschiedene Formen illegitimer Einflussnahme durch fremde Staaten gemeint. Sie wollen damit ihre eigenen Ziele zum Nachteil unseres Staates und unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung offen und verdeckt durchsetzen. Sie beabsichtigen hierbei, unsere Gesellschaft beispielsweise durch den gezielten Einsatz von Cyberangriffen zu schwächen und destabilisieren.

Im Bereich Cybercrime bleibt die Gefährdungslage in Bayern andauernd hoch. Trotz zuletzt rückläufiger Fallzahlen im Bereich der

Inlandstaaten muss weiterhin von einer sehr hohen Dunkelziffer ausgegangen werden, da viele Straftaten im Cyberraum nicht angezeigt werden. Hinzu kommt eine erhebliche Anzahl von Cyberangriffen, die aus dem Ausland begangen werden und Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen in Deutschland massiv schädigen. Um diesen besorgniserregenden Entwicklungen zu begegnen, investiert die Bayerische Polizei unter anderem in den Auf- und Ausbau der digitalen Forensik und spezialisierter Ermittlungseinheiten, Präventions- und Unterstützungsangebote der Zentralen Ansprechstelle Cybercrime (ZAC) des Bayerischen Landeskriminalamtes und die Cybercrime-Quick-Reaktion-Teams, die im Falle von Cyberangriffen schnellstmöglich reagieren können. Somit wird die Resilienz und Reaktionsfähigkeit gegenüber Bedrohungen aus dem Cyberraum gestärkt.

DESINFORMATIONEN UND FALSCHER WAHRHEITEN

Doch auch die Verbreitung von Desinformation ist Bestandteil von hybriden Bedrohungen und eine zentrale Herausforderung für unsere Gesellschaft. Sie hat das Potenzial, das Vertrauen in staatliche Institutionen und demokratische Prozesse zu erschüttern oder gar zu zerstören. Dahinter steckt oftmals eine klare politische Agenda. So sollen mithilfe von Desinformationen beispielsweise die eigenen strategischen wie wirtschaftspolitischen Absichten gestützt werden. Darüber hinaus wollen Akteure die Überlegenheit des eigenen Gesellschaftsmodells propagieren oder den Ausbau einer globalen Machtposition absichern. Dazu setzen fremde Staaten auch ihre Nachrichtendienste ein, um Einfluss im deutschen Informations- und Cyberraum nehmen zu können.

Hinzu kommt, dass wir in einer Zeit leben, in der der Austausch zu gesellschaftlichen und politischen Themen zunehmend im digitalen Raum, in den sozialen Medien und über Messenger-Dienste

stattfindet. Noch nie war es daher so leicht, sich zu informieren. Noch nie war es aber auch so leicht, in die Irre geführt zu werden. Eine wesentliche Rolle bei der Verbreitung von Desinformation spielen technische Mechanismen. Algorithmen, Bots und künstliche Intelligenz wirken wie ein „Katalysator“. Ein kurzer reißerischer Post, ein mit KI manipuliertes Bild, ein geschickt gefälschtes Video.

Innerhalb von Minuten können viele Tausende, gar Millionen Menschen beispielsweise mithilfe von automatisierten Accounts erreicht werden – unabhängig davon, ob der Inhalt wahr ist oder nicht.

Daher müssen wir kritisch Denken und die Enthüllung von „falschen Wahrheiten“ als Aufgabe begreifen, die uns alle angeht. Wir brauchen eine Gesellschaft, die wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse von „alternativen Fakten“ unterscheiden kann und eine klare Haltung gegen Desinformation zeigt. Einen Beitrag, unsere Gesellschaft ein Stück weit resilienter gegen die Gefahr, die von Desinformation ausgehen, zu machen, soll daher unser neues Informationsportal: „GELOGEN?! Lass dich nicht manipulieren“ leisten.

Zur effektiven Bekämpfung hybrider Bedrohungen ist daher ein enges Zusammenwirken aller relevanten Akteure unerlässlich.

Eine Veranstaltung wie diese ist die ideale Möglichkeit – für Dialoge, Vernetzung und gemeinsame Verantwortung im Dienst der Sicherheit für unsere Bürgerinnen und Bürger.

Ich wünsche Ihnen inspirierende Gespräche, spannende Entdeckungen und eine erfolgreiche Zeit auf dem 29. Europäischen Polizeikongress.

JOACHIM HERRMANN, Bayerischer Staatsminister des Innern, für Sport und Integration, Mitglied des Bayerischen Landtags



Der Umgang mit Desinformationen ist immer wieder auf der Tagesordnung.

Foto: Asiandelight, stock.adobe.com

ENCRYPTED COMMUNICATIONS AND THE NEED OF A EUROPEAN FRAMEWORK OF DIGITAL CRIMINAL EVIDENCE

The rapid expansion of encrypted communication technologies has profoundly altered the relationship between privacy, security and criminal investigation. Across Europe, courts and policymakers are increasingly confronted with the challenge of adapting traditional procedural frameworks to a digital environment that transcends national borders. Investigations involving platforms such as EncroChat and Sky ECC illustrate the depth of this transformation.

In recent years, encrypted communication platforms have profoundly transformed the investigative landscape of criminal justice systems across Europe. Messaging services designed to guarantee secure and private communications have increasingly been adopted by transnational criminal organisations to coordinate illicit activities, conceal identities and evade law-enforcement surveillance. This development has raised a fundamental legal question: how should communications obtained from encrypted platforms be treated within the framework of criminal evidence?

Initially, the debate focused primarily on a classificatory problem. Courts and legal scholars sought to determine whether decrypted communications extracted from platforms such as EncroChat and Sky ECC should be treated as traditional interceptions, as digital documents, or as another form of evidence altogether. At this stage, the central concern was whether these investigative techniques could be reconciled with the procedural categories and safeguards established within national systems of criminal procedure.

RESHAPING THE DEBATE

Subsequent developments, however, have significantly reshaped the terms of the debate. The issue is no longer confined to the classification of decrypted communications within domestic evidentiary frameworks. Instead, the focus has progressively shifted toward the broader question of how digital evidence circulates and is used within an increasingly integrated transnational judicial space. In this sense, encrypted communications have become a catalyst for the emergence of a European dimension of criminal evidence, in which national procedural rules interact with supranational principles and mechanisms of judicial cooperation.

A decisive step in this evolution occurred in 2024 through two landmark judicial interventions. At the European level, the Court of Justice of the European Union clarified the legal framework governing the use of encrypted communications in criminal proceedings in its judgment of 30 April 2024 in case C-670/22 (EncroChat).



Foto: Italian Embassy

Encrypted communications have become a catalyst for the emergence of a European dimension of criminal evidence.

GIUSEPPE GILIBERTI, SECURITY EXPERT AT THE DEPARTMENT OF PUBLIC SECURITY, ROME

The Court recognised that investigative operations involving the infiltration of devices and the acquisition of communication data may constitute a form of telecommunications interception within the meaning of European law. At the same time, it emphasised that the admissibility of such evidence must remain subject to fundamental procedural guarantees, in particular the right of the defence to effectively challenge the reliability and authenticity of the data used in court.

EMPHASISING THE TRANSNATIONAL MOVEMENT OF EVIDENCE WITHIN THE EUROPEAN JUDICIAL SPACE

At the national level, the Italian Supreme Court addressed the issue in its judgments of 14 June 2024. The Court

clarified that communications acquired abroad by foreign judicial authorities should not simply be classified as foreign digital documents. Rather, their admissibility must be assessed under the rules governing the circulation of evidence between criminal proceedings.

This interpretation marked a significant conceptual shift, placing emphasis on the transnational movement of evidence within the European judicial space rather than on purely domestic evidentiary classifications: these judicial developments reflect a broader transformation in the structure of criminal investigations in the digital era.

Operations conducted against encrypted platforms such as EncroChat and Sky ECC have demonstrated that investigations increasingly operate on a transnational and data-driven scale. Rather than focusing exclusively on individual suspects, investigators are now able to analyse entire communication ecosystems used by criminal networks. In this context, encrypted platforms function not only as sources of evidence but also as investigative environments.

This transformation has been facilitated by the growing importance of European mechanisms of judicial cooperation. Joint Investigation Teams coordinated through Europol and Eurojust have enabled authorities from multiple Member States to conduct coordinated investigations and manage extensive datasets derived from encrypted communications.

The European Investigation Order has further reinforced this framework by allowing judicial authorities to request investigative measures or the transmission of evidence across borders on the basis of mutual recognition.

As a result, criminal investigations in the digital environment increasingly display three defining characteristics: operational centralisation, transnational evidence management and structured cooperation among national authorities and European agencies.

This emerging model represents a significant departure from the traditional paradigm of criminal investigation centred on individual offences and isolated suspects.

From a legal perspective, this transformation raises complex questions. Traditional procedural categories—such as wiretapping, searches and documentary evidence—were designed to regulate investigative activities directed at specific individuals or devices. By contrast, investigations targeting encrypted communication infrastructures may involve the analysis of vast quantities of data relating to thousands of users, many of whom may not initially be suspected of criminal activity; this scenario inevitably raises concerns regarding proportionality, privacy and the protection of fundamental rights.

BALANCING SECURITY AND FREEDOM WITHIN EUROPEAN DEMOCRATIC SYSTEMS

Yet these developments should not be interpreted solely as a conflict between investigative efficiency and civil liberties. Rather, they illustrate the gradual emergence of a new equilibrium between security and freedom within European democratic systems.

The challenge for contemporary criminal procedure lies in designing legal frameworks capable of reconciling effective investigative tools with the protection of fundamental rights.

In this perspective, the experience of EncroChat and Sky ECC should not be understood merely as an exceptional investigative episode, but as a laboratory in which the foundations of a new European approach to digital criminal evidence are being constructed. These investigations reveal a structural shift in the logic of criminal inquiries: the object of investigation increasingly extends beyond individual suspects to encompass the digital infrastructures through which criminal activities are organised and coordinated.

Ultimately, the future evolution of European criminal procedure will depend on the ability to construct a coherent legal framework governing investigative access to digital infrastructures while preserving the constitutional principles that underpin democratic societies.

GIUSEPPE GILIBERTI, Security Expert at the Department of Public Security, Rome



The construction of a coherent legal framework must be carefully balanced against fundamental rights.

Foto: ImageFlow, stock.adobe.com

DROHNEN UND INNERE SICHERHEIT: HERAUSFORDERUNGEN UND STRATEGIEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Derzeit leben wir in sehr angespannten Zeiten: Die sicherheitspolitischen Herausforderungen sind groß. Geopolitische Spannungen, hybride Bedrohungen und technologische Innovationen wirken sich auch hierzulande auf die Innere Sicherheit aus. Eine besondere Rolle spielen dabei unbemannte Luftfahrtsysteme – Drohnen. Drohnen sind längst nicht nur mehr ein Spielzeug für Technikbegeisterte, sondern potenzielle Gefahren aus der Luft. Was als zivile Innovation begann, stellt Sicherheitsbehörden heute vor komplexe Herausforderungen. In den letzten Monaten gab es bundesweit mehr und mehr Drohnensichtungen – vor allem über Einrichtungen der kritischen Infrastruktur wie Flughäfen, Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie sowie militärischen Einrichtungen. Auch in Baden-Württemberg liegen den Sicherheitsbehörden entsprechende Hinweise vor. Deshalb sind wir hier sehr wachsam.

Drohnen sind oftmals nur kurzzeitig sichtbar, fliegen in größeren Höhen oder bei Dunkelheit und können visuell nur schwer von anderen Luftfahrzeugen unterschieden werden. Das macht die eindeutige Identifizierung schwer. Selbst für Fachleute ist eine valide Einordnung solcher Beobachtungen anspruchsvoll. Freilich nehmen wir jeden Hinweis sehr ernst, denn Drohnen werden zunehmend für Spionageaktivitäten feindlich gesinnter Staaten, Sabotageversuche oder vorbereitenden Handlungen politisch motivierter Kriminalität genutzt.

In Baden-Württemberg haben wir das Potenzial und die Gefahren von Drohnen bereits sehr früh erkannt. So fungiert die Polizei Baden-Württemberg als bundesweiter „Single Point of Contact“ bei diesem Thema. Wir investieren kräftig in die Detektion und Abwehr von Drohnen und bauen unsere Vorreiterrolle mit hohem Tempo weiter aus. Und das hat sich bewährt, das zeigt etwa die erfolgreiche Bilanz bei der Fußball-Europameisterschaft 2024.

BÜNDELUNG VON EXPERTISE, TECHNIK UND AUSBILDUNG IN DER DROHNENABWEHR

Um Forschung, Kompetenz und Sachkunde im Bereich der Detektion und Abwehr von Drohnen zukunftsfähig zu bündeln, haben wir uns mit dem Drohnenkompetenz- und -abwehrzentrum Baden-Württemberg – kurz D-KAZ BW – im November 2025 auch



Foto: HfPol

Baden-Württemberg setzt auf technologische Souveränität statt auf Drohnen, die aus Asien geliefert werden.

THOMAS STROBL, STV. MINISTERPRÄSIDENT UND MINISTER DES INNEREN, FÜR DIGITALISIERUNG UND KOMMUNEN BADEN-WÜRTTEMBERG

organisatorisch neu aufgestellt. Als eine der ersten Zentralstellen in Deutschland bündelt das D-KAZ BW Expertise, Technik und Ausbildung. Mit dieser Einrichtung reagieren wir nicht nur auf aktuelle Bedrohungen, sondern gestalten Entwicklungen aktiv mit. Das ist wichtig, denn gerade jetzt müssen wir verstärkt alles daran setzen, unsere Souveränität auch in diesem Bereich auszubauen.

Bislang nutzt die Polizei Drohnen fast ausschließlich von asiatischen Herstellern, die die grundsätzlichen Leistungsanforderungen zur Bewältigung der polizeilichen Aufgaben erfüllen. Unter dem Blickwinkel der Souveränität ist das äußerst unzufriedenstellend. Für die Entwicklung einer eigenen Polizeieinsatzdrohne stellt Baden-Württemberg deshalb finanzielle Mittel in Millionenhöhe zur Verfügung. Und mit der „Innovations-

konferenz Drohnen“ haben wir neue Kooperationen mit Partnern aus der Wissenschaft, der Wirtschaft und anderen Behörden geschlossen. Baden-Württemberg ist seit jeher eines der Zentren für Forschung und Wirtschaft im Bundesgebiet und bietet somit allerbeste Voraussetzungen für zukünftige Kooperationen im Bereich Drohnen. Wir setzen auf technologische Souveränität statt auf Drohnen, die aus Asien geliefert werden.

VERNETZUNG VON POLIZEI UND BUNDESWEHR

Klar ist: Die Herausforderungen können wir nicht alleine stemmen. Das gelingt nur in engem Schulterschluss von Bund und Ländern. Wir müssen alle Kräfte und Kompetenzen bündeln. Dabei ist die enge Vernetzung von Polizei und Bundeswehr, insbesondere bei der Abwehr komplexer oder besonders schwerwiegender Gefahrenlagen, enorm wichtig.

Drohnen stehen exemplarisch für das Spannungsfeld, in dem sich die Polizei der Zukunft bewegt: Zwischen technologischem Fortschritt, präventivem Schutz und konsequenter Strafverfolgung. Baden-Württemberg zeigt, dass eine frühzeitige strategische Ausrichtung, kontinuierliche Investitionen und enge Kooperationen entscheidende Faktoren sind, um diesen Herausforderungen wirksam zu begegnen – heute und in Zukunft.

THOMAS STROBL, stv. Ministerpräsident und Minister des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg



Messenger für gemeinsame Einsatzlagen

**Föderierte Messaging-Systeme
verbinden BOS, Behörden und
militärische Partner sicher, souverän
und organisationsübergreifend.**

Kommunikation ist Vertrauenssache. Mit föderierten Systemen bietet stashcat Behörden europaweit eine sichere, interoperable Lösung – ohne Kompromisse bei Datenschutz und Kontrolle.

Besuchen Sie uns am Stand 115 auf dem European Police Congress und entdecken Sie, wie Einsatzfähigkeit und Zusammenarbeit durch digitale Souveränität nachhaltig profitieren.

stashcat.com European Police Congress | Stand 115

 **stashcat**
by secunet



Kriminalitätsphänomene machen nicht an der Grenze halt: Zusammenarbeit, insbesondere europäischer Polizeibehörden, sind wichtiger Bestandteil in der Ermittlungs- und Verfolgungsarbeit.

ZWISCHEN SCHUTZ UND STRAFVERFOLGUNG – ANTWORTEN DER POLIZEI DER ZUKUNFT

Der European Police Congress widmet sich 2026 dem Thema „Zwischen Schutz und Strafverfolgung – Antworten der Polizei der Zukunft“. Damit liegen die Schwerpunkte auf den sicherheitspolitischen Herausforderungen wie gesellschaftlicher Polarisierung, hybriden Bedrohungen, Cyberkriminalität, Desinformation, grenzüberschreitender organisierter Kriminalität, Sicherheit im öffentlichen Raum und dem Schutz Kritischer Infrastrukturen.

Zunehmend wirken Desinformationskampagnen und hybride Einflussoperationen in den politischen Alltag, die Polizeiarbeit und das gesellschaftliche Miteinander hinein. Auch europäische Institutionen detektieren jedes Jahr mehr koordinierte Cyberangriffe, Desinformation und Sabotageakte insbesondere russischer aber auch anderer Akteure, die darauf abzielen, demokratische Strukturen zu destabilisieren und durch Polarisierung gesellschaftliche Konflikte zu verschärfen. Erheblich erschwert wird das Erkennen solcher Angriffe durch die Verschränkung digitaler und physischer Mittel.

Niedersachsen nimmt eine besondere Rolle als Transitland für NATO-Logistik und Standort vielfältiger kritischer Infrastruktur



Foto: Ole Spata

Für eine verlässliche Bedrohungsbewertung im Bereich hybrider Aktivitäten ist ein bundesweit abgestimmtes Lagebild unbedingt notwendig.

DANIELA BEHRENS, NIEDERSÄCHSISCHE MINISTERIN FÜR INNERES, SPORT UND DIGITALISIERUNG

ein – von Häfen über national bedeutende Energieprojekte bis hin zu digitalen Verkehrswegen. Deshalb ist für eine verlässliche Bedrohungsbewertung im Bereich hybrider Aktivitäten ein bundesweit abgestimmtes Lagebild unbedingt notwendig. So können die verschiedenen Aktionsformen systematisch erfasst werden.

Hybride Aktivitäten nutzen gezielt Lücken zwischen Zuständigkeiten aus, entsprechend müssen Antworten vernetzt, koordiniert und lageangepasst erfolgen. Transparente Behördenkommunikation, robuste Schutzmechanismen und eine informierte Öffentlichkeit stärken staatliche Resilienz und wirken externer Einflussnahme entgegen.

RISIKEN UND CHANCEN NEUER TECHNOLOGIEN

Die Digitalisierung verändert auch Kriminalität grundlegend: Tätergruppen operieren international vernetzt und nutzen Verschlüsselung, Anonymisierungsdienste und KI-gestützte Werkzeuge. Cyberangriffe, digitale Erpressung, Datenmanipulation sowie das Anbieten und Nutzen krimineller Dienstleistungen – insbesondere über das Internet – gehören längst zum Standard moderner Krimi-

nalität. Zusätzlich erweitern und professionalisieren neue Tatmittel wie Drohnen, Deepfakes oder KI-basiertes Social Engineering das Bedrohungsspektrum.

Für eine handlungsfähige Polizei sind deshalb ebenfalls spezialisierte digitale Kompetenzen, moderne IT-Forensik und leistungsfähige Analysewerkzeuge erforderlich, die große Datenmengen vernetzen und effizient auswerten können. Gleichzeitig eröffnen technologische Innovationen Chancen: präzisere Lagebilder, schnellere Ermittlungsansätze und operative Unterstützung. Bei alledem bleibt ein rechtsstaatlich verantwortungsvoller Einsatz dieser neuen Technologien obligatorisch.

Der Einfluss Organisierter Kriminalität (OK) nimmt zu. Wesentliches Handlungsfeld ist dabei nach wie vor der professionelle, international vernetzte Handel mit Betäubungsmitteln. Die OK bedroht unseren Rechtsstaat und generiert erhebliche finanzielle Gewinne. Die verschiedenen Gruppierungen streben nach Macht. Immer wieder treten Überschneidungen zwischen Organisierter Kriminalität, Clankriminalität und Politisch motivierter Kriminalität zutage. All das trägt zum Unsicherheitsgefühl der Bevölkerung bei und erfordert insbesondere ein konsequentes repressives Vorgehen durch den Staat und seine Institutionen.

PROFESSIONELLE GEFAHRENABWEHR

Eine weitere wesentliche Herausforderung stellt die frühzeitige Erkennung und Verhinderung schwerer Gewaltstraftaten dar. Dies gilt nicht nur bei der Verhinderung politisch motivierter Anschläge oder im Kontext von Häuslicher Gewalt, im Umgang mit rückfallgefährdeten Sexualstraftäterinnen und -tätern. Hier verschimmeln ebenso häufig die Motivlagen einzelner Täterinnen und Täter oder sie sind aufgrund psychischer Beeinträchtigungen der handelnden Personen kaum rational greifbar, was ein phänomenübergreifendes Konzept für die Themen „Früherkennung“ und „Bedrohungsmanagement“ erfordert. Die Strafverfolgung ist hierbei nur eine Option. Im Vordergrund steht immer eine professionelle Gefahrenabwehr.

Doch auch der öffentliche Raum in seiner Gesamtheit steht zunehmend im Mittelpunkt sicherheitspolitischer Debatten. Die niedersächsische Sicherheitspartnerschaft im Städtebau (SiPa) zeigt bereits seit 2005, wie kriminalpräventive Expertise, Stadtplanung und Wohnungswirtschaft durch gute Beleuchtung, klare Wegeführungen, gepflegte Flächen und die Beteiligung der Anwohnenden zu mehr Sicherheit beitragen.

Als besonders sensibler Raum gilt der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV). Tagtäglich nutzen eine Vielzahl von Menschen Bus und Bahn in ihrem Alltag, kommen autofrei damit zur Arbeit, ins Theater oder zum Sportverein. Umso wichtiger ist hier das Sicherheitsgefühl bei den Fahrgästen. Allerdings weist unter anderem die Dunkelfeldstudie des Landeskriminalamtes Niedersachsen hohe Unsicherheitswerte bei den Befragten aus, vor allem nachts im ÖPNV bzw. an Haltestellen. Ganz aktuell untersucht das Projekt „Sicherheit im niedersächsischen Nahverkehr“ (SINN) Ursachen subjektiver Unsicherheit und entwickelt technische, organisatorische und gestalterische Maßnahmen, die unabhängig von realen Kriminalitätsrisiken diesen entgegenwirken können.

GEFAHRENABWEHR ALS BESTANDTEIL DER POLIZEILICHEN ARBEIT

Abschließend ist festzustellen, dass die Herausforderungen in der Polizeiarbeit stetig zunehmen. Die aktuellen Entwicklungen

bedeuten für die Polizei auch in Zukunft, im Spannungsfeld von Schutz und Strafverfolgung handlungsfähig zu bleiben und zu einer stabilen, solidarischen Sicherheitsordnung beizutragen. Dabei sind aus meiner Sicht zwei Facetten besonders prägend: Zum einen nimmt die Bedeutung der Gefahrenabwehr als Bestandteil der polizeilichen Arbeit immer weiter zu. Dabei wird künftig noch stärker der Fokus darauf liegen, dass Straftaten bereits im Vorfeld verhindert werden. Unbenommen davon bleibt die Aufgabe bestehen, dass Täterinnen und Täter der Strafverfolgung zugeführt werden.

Zum anderen kommt künftig vernetzten repressiven und gefahrenabwehrenden Bekämpfungsansätzen eine immer größere Bedeutung zu. Sicherheit kann nicht allein von den Sicherheitsbehörden erwartet und erreicht werden. Nur wenn wir dies als gemeinsame gesellschaftliche Aufgabe begreifen, kann es gelingen, ein starkes, vertrauensvolles und sicheres Gemeinwesen für die Zukunft zu gestalten.

DANIELA BEHRENS, Niedersächsische Ministerin für Inneres, Sport und Digitalisierung

BOOTH 92



Davidhorn

Equipped for Justice

Empowering Police with Interview
Recording and Productivity Tools
to make investigations efficient,
accurate and fair.



Certifications:



Explore products:



davidhorn.com



Frontex makes an important contribution to the protection of Europe's external borders.

FROM GROWTH TO CAPABILITY: MAKING EUROPE'S BORDER SYSTEM CREDIBLE IN 2026

Two decades ago, Frontex started as a small coordination office in Warsaw. Today, we are one of the EU's largest agencies, and a standing operational presence at the external borders. We deploy more than 3,000 officers in the field, and we support integrated border management from pre-arrival preparedness and screening to return operations, delivered under host-nation command and control.

But we are entering our third decade in a more volatile world. Migratory pressures keep shifting. Organised crime is adapting fast. Hybrid tactics and geopolitical instability are a daily reality for many Member States.

Expectations of Frontex are also rising as the Pact on Migration and Asylum moves from legislation to implementation, a new generation of digital border systems prepares to go live for millions of travellers, and our mandate is due for review by the end of 2026.

Against the theme of this year's European Police Congress – „Between protection and law enforcement – responses from the police of the future“ – this is a good moment to reflect honestly on how well the Agency is equipped for what comes next.

GROWTH IS NOT A STRATEGY – CAPABILITY IS

In recent years, Frontex has grown significantly in budget, staffing and responsibilities. But growth alone is not a strategy. The question must always be: what difference do we make on the ground?



Foto: FRONTEX

Preparedness is not a status you achieve and hold indefinitely; it is something you prove, continuously, under pressure.

HANS LEIJTENS, EXECUTIVE DIRECTOR OF
FRONTEX

Capability means the right people, equipment and intelligence – in the right numbers and places – backed by a clear mandate and the resources to use them. Member States remain responsible at the external borders; our job is to complement and amplify national efforts.

What that looks like in practice is our joint work with Italy and fellow EU agencies to prepare for the new Screening Regulation under the Pact. At the invitation of Italy's Ministry of Interior, Frontex, Italian authorities, EUAA and Europol ran a two-week pilot on Lampedusa in October 2025 to test the new screening process in real conditions. The exercise helped refining workflows, strengthening inter-agency coordination and directly shaping our preparations to support

Member States as the new rules apply from 12 June 2026.

IMPLEMENTING THE PACT IN THE REAL WORLD

This focus on capabilities is particularly important as 12 June 2026 approaches, when most measures under the EU Pact on Migration and Asylum are due to apply.

For practitioners, the Pact is not an abstract debate. It means changes to screening, registration and procedures, and a greater need for consistency across the Union.

Frontex is not a political actor. We do not decide who receives protection, or who may stay. Our role is to help Member States implement EU and national decisions predictably; through personnel, training, expertise, operational tools and capacity building. Legality

and fundamental rights are not an add-on; they are part of what makes a system credible.

DIGITAL SYSTEMS: SECURITY BEGINS BEFORE ARRIVAL

The Pact is not the only transformation underway. Europe's border infrastructure is being modernised across the board, and Frontex is involved at every stage.

Since October 2025, 29 European countries have been introducing the Entry/Exit System (EES) through a phased rollout. EES replaces passport stamps with electronic records for short stays, including biometric data, improving the reliability of border-crossing information and helping identify overstayers.

The European Travel Information and Authorisation System (ETIAS), an electronic travel authorisation for visa-exempt travellers applied for before travel, is expected to follow in Q4 2026. And Eurodac, a system for the comparison of biometric data of third-country nationals, is being modernised under the Pact, expanding its role across asylum and irregular migration workflows.

Taken together, these changes are moving some checks upstream, improving identity and status verification, and giving authorities a clearer, more consistent picture of who is crossing Europe's external borders. ETIAS alone will eventually cover around 1.4 billion people from over 60 countries, a significant expansion of Europe's pre-screening capacity. Frontex's contribution across all of this is practical: preparedness, training and support, linking each new system with frontline procedures.

But technology only strengthens security and facilitation if the human capability to use it is in place. A system that flags a risk at a quiet border crossing at 2am is only as good as the officer who receives that information and knows what to do with it. Systems go live on a date; genuine readiness takes longer to build.

RETURNS: ENSURING THE CREDIBILITY OF THE SYSTEM

An effective asylum and migration system also requires effective return procedures. If decisions are not implemented, the system loses credibility. Today, only around one in five people subject to a return decision are actually returned. Closing that gap is precisely what Frontex exists to support.

Returns must be orderly, humane and lawful. They depend on long-term trust – between Member States, and between Europe and partner countries.

A LOT DONE, MORE TO DO

Frontex thus enters its third decade more operationally capable than at any point in its history. But preparedness is not a status you achieve and hold indefinitely; it is something you prove, continuously, under pressure.

The Pact goes live in June. Digital systems are rolling out. The mandate review is coming. Each will test whether growth has translated into capability, and whether responsibility and capability evolve together, anchored in EU law, fundamental rights, host-nation responsibility and accountability.

European border management succeeds through cooperation, professionalism and mutual trust. The European Police Congress is exactly the kind of forum where that commitment is renewed, not through declarations, but through practical exchange between policymakers, security authorities and the practitioners who make the system work. Frontex will continue to support Member States in that spirit.

HANS LEIJTENS, Executive Director of Frontex



The Executive Director of Frontex, Hans Leijtens, outlines the future milestones for his organisation to a team of journalists.



Der Umgang mit hybriden Bedrohungen war bereits 2025 beim European Police Congress ein wichtiges Thema.

HYBRIDE BEDROHUNGEN IM DIGITALEN RAUM – TRANSFORMATION DER POLIZEIARBEIT

Digitale Technologien verändern die Sicherheitsarbeit grundlegend. Straftaten werden heute nicht mehr nur im physischen Raum begangen, sondern zunehmend im digitalen Umfeld vorbereitet, begleitet oder beeinflusst. Manipulierte Bilder und Videos, gezielte Desinformationskampagnen oder künstlich erzeugte Inhalte können Ermittlungen erschweren, öffentliche Debatten verzerrern und Vertrauen in staatliches Handeln beeinträchtigen. Für die Polizei bedeutet dies, ihre Aufgaben und Instrumente an eine Sicherheitslage anzupassen, in der sich physische und digitale Bedrohungen immer stärker überlagern. Diese Entwicklung hin zu hybriden Erscheinungsformen zeigt sich bereits heute in der täglichen Polizeiarbeit, etwa im Umgang mit manipulierten digitalen Inhalten oder neuen Formen der digitalen Einflussnahme.

Hybride Bedrohungen stellen neue Anforderungen an die Sicherheitsbehörden. Innere Sicherheit umfasst heute nicht mehr allein den Schutz von Personen und Sachen, sondern zunehmend auch die Sicherung digitaler Informationsräume und verlässlicher Kommunikation. Die Fähigkeit, Manipulationsversuche zu erkennen und wirksam zu begegnen, wird damit zu einem zentralen Bestandteil staatlicher Handlungsfähigkeit und gesellschaftlicher Stabilität. Es ist Aufgabe des Staates, auf diese Entwicklungen frühzeitig zu reagieren und die notwendigen rechtlichen, organisatorischen



Foto: AndreaSchombaraFotografie235

Die Sicherung physischer Sicherheit und die Integrität von Information und Kommunikation gehören untrennbar zusammen.

MICHAEL EBLING, MINISTER DES INNERN UND FÜR SPORT IN RHEINLAND-PFALZ

und technischen Voraussetzungen zu schaffen.

Daraus ergibt sich ein unmittelbarer Anpassungsbedarf für die Sicherheitsbehörden. Vor diesem Hintergrund zeigt die Polizei Rheinland-Pfalz exemplarisch, wie Sicherheitsbehörden ihre Fähigkeiten kontinuierlich weiterentwickeln und ihre Organisation konsequent auf die Herausforderungen der digitalen Transformation ausrichten können. Technologische Entwicklungen eröffnen neue Möglichkeiten für Kriminalität und Einflussnahme, zugleich bieten sie aber auch neue Instrumente zur Gefahrenabwehr und Strafverfolgung. Ziel ist es, polizeiliche Strukturen organisatorisch und technologisch so weiterzuentwickeln, dass sie auch künftig handlungsfähig bleiben.

BÜNDELUNG DIGITALER KOMPETENZEN

Ein Beispiel für diese strategische Ausrichtung ist die Bündelung digitaler Kompetenzen innerhalb der Polizei Rheinland-Pfalz. Durch neue Kooperations- und Innovationsstrukturen werden fachliche und technische Ressourcen stärker vernetzt und die Entwicklung moderner digitaler Anwendungen gezielt vorangetrieben. Die behördenübergreifende Digitalisierungskooperation der Polizei Rheinland-Pfalz (DigiKoRP) von Landeskriminalamt und Polizeipräsidium Einsatz, Logistik und Technik steht beispielhaft für diesen Ansatz. Sie schafft einen strukturierten Rahmen zur Entwicklung und Er-

probung digitaler Lösungen, insbesondere im Bereich künstlicher Intelligenz und unterstützt die koordinierte Weiterentwicklung digitaler Infrastrukturen und polizeilicher Anwendungen. Dabei geht es insbesondere darum, vorhandene Kompetenzen zu bündeln und Synergien in der polizeilichen Praxis besser zu nutzen.

Parallel hierzu werden organisatorische Strukturen weiterentwickelt, um den wachsenden Anforderungen der digitalen Ermittlungsarbeit gerecht zu werden. Die fortlaufende Organisationsoptimierung im Landeskriminalamt trägt dazu bei, digitale Kompetenzen zu bündeln, Innovationen schneller in die Praxis zu überführen und neue Formen der Zusammenarbeit zu etablieren. So werden beispielsweise eigens eine Stabstelle „Neue und hybride Bedrohungen“ und ein Dezernat „Künstliche Intelligenz/Innovation“ aufgebaut.

Wie sich dieser innovationsorientierte Ansatz praktisch ausgestaltet, zeigt sich exemplarisch an aktuellen Pilotprojekten. Ein Beispiel hierfür ist der Einsatz eines eigenentwickelten KI-basierten Deepfake-Detectors, dessen Leistungsfähigkeit sich auch im internationalen Vergleich gezeigt hat. Das Projekt dient dazu, manipulierte oder synthetisch erzeugte Bild- und Videoinhalte frühzeitig zu erkennen und deren mögliche Auswirkungen auf Ermittlungsverfahren sowie auf die öffentliche Meinungsbildung zu bewerten. Der Einsatz entsprechender Technologien stärkt die Fähigkeit der Polizei, digitale Täuschungsversuche zu identifizieren, die Qualität digitaler Beweismittel zu sichern und neuen Formen der Kriminalität wirksam zu begegnen. Mit der Erprobung solcher Instrumente leistet Rheinland-Pfalz einen Beitrag zur Weiterentwicklung polizeilicher Fähigkeiten im Umgang mit digitalen Bedrohungen.

DIGITALISIERUNG UND RECHTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Die zunehmende Digitalisierung der Sicherheitsarbeit erfordert zugleich eine kontinuierliche Weiterentwicklung rechtlicher Rahmenbedingungen, eine qualifizierte Aus- und Fortbildung der Beschäftigten sowie eine enge Zusammenarbeit mit Wissenschaft, Wirtschaft und europäischen Partnern. Nur durch ein abgestimmtes Vorgehen aller relevanten Akteure kann es gelingen, den Herausforderungen einer dynamischen Sicherheitslage nachhaltig zu begegnen.

Die Polizei der Zukunft wird digitaler, vernetzter und neben der repressiven Ausrichtung der Sicherheitsbehörden zugleich stärker auf Prävention ausgerichtet sein. Ihr Auftrag bleibt unverändert: der Schutz der Bevölkerung und die konsequente Durchsetzung des Rechts, auch oder gerade in der digitalen Welt. Die Sicherung physischer Sicherheit und die Integrität von Information und Kommunikation gehören untrennbar zusammen.

Rheinland-Pfalz stellt sich diesen Herausforderungen mit einer klaren strategischen Ausrichtung sowie zielgerichteten Maßnahmen und bringt seine Erfahrungen in den fachlichen Diskurs zur Weiterentwicklung moderner Sicherheitsarchitekturen ein. Durch die konsequente Weiterentwicklung von Strukturen, den gezielten Einsatz innovativer Technologien und die Stärkung digitaler Kompetenzen leisten Sicherheitsbehörden einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung staatlicher Resilienz, zur Sicherung demokratischer Prozesse und zur nachhaltigen Gewährleistung von Sicherheit im digitalen Zeitalter.

MICHAEL EBLING, Minister des Innern und für Sport
in Rheinland-Pfalz



Drohnen können eine erhebliche Gefahr für die Innere und äußere Sicherheit darstellen.

Foto: Dabarti, stock.adobe.com

ZWISCHEN SCHUTZ UND STRAFVERFOLGUNG – KONTUREN EINER POLIZEI VON MORGEN

Sicherheitslage im Umbruch: Digital, vernetzt, entgrenzt

Die Sicherheitsordnung in Deutschland und Europa verändert sich stark. Die klassischen Grenzlinien – zwischen Innerer und äußerer Sicherheit, zwischen Gefahrenabwehr und Strafverfolgung, zwischen analoger und digitaler Welt – verschwimmen. Kriminalität agiert heute digital, grenzüberschreitend, hochvernetzt und zunehmend wirtschaftlich organisiert – von Cyberangriffen, die allein in Deutschland jährlich Schäden in Milliardenhöhe verursachen, bis hin zu neuen Formen organisierter Strukturen.

Verschlüsselung, Anonymisierungsdienste und digitale Zahlungssysteme erweitern den Aktionsradius der Täter und erhöhen das Schadenspotenzial für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und staatliche Institutionen. Mit der rasanten Entwicklung Künstlicher Intelligenz beschleunigt sich diese Dynamik. Täuschend echte Sprach- und Bildmanipulationen unterwandern Vertrauen – etwa wenn beim sogenannten Enkeltrick KI-generierte Stimmen Nähe simulieren. Kommunikation kippt in Manipulation. Zugleich entstehen Deliktformen, deren Konturen wir erst erahnen. Die Polizei der Zukunft muss daher Bekanntes unter neuen Bedingungen bekämpfen – und auf Unbekanntes vorbereitet sein.

DATENMACHT UND FORENSISCHE WAHRHEIT

Ermittlungen bewegen sich heute in einem exponentiell wachsenden Datenraum: strukturierte und unstrukturierte Informationen – von Kommunikationsdaten über Videoaufzeichnungen bis hin zu komplexen Systemprotokollen. Diese Informationen sind operatives Beweismittel und strategische Ressource zugleich – zur Aufklärung konkreter Taten, zur Trendanalyse und zur vorausschauenden Planung. Dafür braucht es leistungsfähige Analyseinstrumente, klare gesetzliche Grundlagen und hochqualifizierte Fachkräfte, die datenbasierte Methoden sicher und verantwortungsvoll anwenden. In einer Welt voller Deepfakes wird die Sicherung forensischer Integrität zur Schlüsselfrage. Ein Screenshot ersetzt keine Gewissheit, ein Video keine Evidenz, wenn die Herkunft unklar bleibt.

Gleichzeitig schaffen datenbasierte Verfahren und Künstliche Intelligenz die Grundlage für angemessene Reaktionen: Mustererkennung, Verdichtung von Hinweisen und die Beschleunigung



Foto: Philipp Thomas

Sicherheit entscheidet sich weniger an Ressort- oder Ländergrenzen als an der Qualität vernetzter Kooperation.

ARMIN SCHUSTER, SÄCHSISCHER STAATSMINISTER DES INNERN

komplexer Verfahren können helfen, professionellen Täterstrukturen auf Augenhöhe zu begegnen. Dabei gelten klare höchstrichterlich vorgesehene rechtsstaatliche Maßstäbe, damit Innovation sowohl im Dienst der Freiheit als auch im Dienst des Opferschutzes steht.

PRÄVENTION UND REPRESSION IM HYBRIDEN RAUM

Rechtlich ist die Unterscheidung zwischen Gefahrenabwehr und Strafverfolgung entscheidend. Diese Grenze in der Praxis aufrechtzuerhalten, stellt aber zunehmend eine erhebliche Herausforderung dar. Kriminalpolizeiliche Arbeit umfasst längst Gefährdungsanalysen, Bedrohungsbewertungen und präventive Maßnahmenplanung – etwa im Bedrohungsmanagement oder beim

Schutz besonders gefährdeter Personen. Cybersicherheit, der Schutz kritischer Infrastrukturen und der Umgang mit extremistischen Gefährdern verbinden präventive und repressive Elemente. Schutz und Strafverfolgung sind keine Gegensätze, sondern zwei Dimensionen derselben staatlichen Verantwortung.

Hinzu treten hybride Bedrohungsszenarien: Anschläge, Drohnen über sensiblen Anlagen, Cybersabotage, GPS-Störungen oder orchestrierte Desinformationskampagnen. Solche, nicht selten durch fremde staatliche Akteure vorgenommenen Angriffe bleiben oft unterhalb klassischer Eskalationsschwellen, sind schwer zuzuordnen und bewegen sich im Zuständigkeitsbereich der Polizei und ihrer Partner. Die Grenze zwischen innerer und äußerer Sicherheit verschwimmt, und dies erhöht die Verwundbarkeit und mindert die Abschreckung. Digitale Angriffe verlangen operativ wirksame digitale Antworten.

VERNETZTE SICHERHEITSARCHITEKTUR STATT SILODENKEN

Die Polizeien der Länder befinden sich seit Jahren in einem kontinuierlichen Transformationsprozess. Organisationsstrukturen, technische Ausstattung und Personalplanung werden angepasst und weiterentwickelt. Der Föderalismus sichert demokratische Kontrolle, regionale Verantwortung und Bürgernähe – er bleibt das Fundament der inneren Sicherheit.

Doch digitale und hybride Gefahren erfordern eine enge Abstimmung zwischen Bund und Ländern: gemeinsame Lagebilder und abgestimmte Standards für operative Zusammenarbeit. Sicherheit

entscheidet sich weniger an Ressort- oder Ländergrenzen als an der Qualität vernetzter Kooperation.

Historisch gewachsene Zuständigkeiten haben Spezialisierung gefördert. Angesichts komplexer Bedrohungen kann institutionelles Silodenken zum Hemmnis werden. Gefordert sind interdisziplinäre Zusammenarbeit, flexible Einsatzstrukturen und schnelle Informationsflüsse zwischen Polizei, Verfassungsschutz, Katastrophenschutz, Justiz und weiteren Akteuren. Vernetzte Sicherheit setzt eine gemeinsame Haltung voraus, die über die formale Abbildung in Organigrammen hinausgeht.

ANPASSUNGSFÄHIGKEIT, RECHTSSTAATLICHKEIT UND GEMEINSAME VERANTWORTUNG

Die Polizei der Zukunft wird durch Lernfähigkeit und Anpassungsbereitschaft geprägt sein: konsequente Fortbildung in digitalen Kompetenzen, Gewinnung spezialisierter Fachkräfte auch jenseits klassischer Laufbahnen, projektbezogene Arbeitsformen. Kooperation mit Wissenschaft, Wirtschaft und internationalen Partnern

hilft, Innovationen frühzeitig zu erkennen und zu nutzen. Wichtig ist auch eine gelebte Evaluationskultur, die Verfahren kritisch überprüft und weiterentwickelt.

Sicherheit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Betreiber kritischer Infrastrukturen tragen Verantwortung für Resilienz und Eigensicherung; Wirtschaft und Zivilgesellschaft sind unverzichtbare Partner. Wirksamer Schutz entsteht dort, wo Staat, Wirtschaft und Gesellschaft gemeinsam handeln – entschlossen, vernetzt und fest gegründet auf dem Fundament der Rechtsstaatlichkeit. Transparenz, parlamentarische Kontrolle und gerichtliche Überprüfbarkeit sichern Vertrauen und legitimieren staatliches Handeln. Das Regelwerk zur Kontrolle der Nachrichtendienste muss dabei auch im internationalen Vergleich verhältnismäßig gestaltet sein.

Eine grundlegende Fortentwicklung der Sicherheitsarchitektur ist nicht mehr optional, sondern notwendig in dieser technologisch und gesellschaftlich dynamischen Zeit.

ARMIN SCHUSTER, Sächsischer Staatsminister des Innern

Kommunikation ohne Risiko – bei jedem Einsatz

Abhörsichere mobile Sprach- und Datenkommunikation mit SecuSUITE for iOS und SecuSUITE for Samsung Knox. Für den sicheren und VS-NfD-konformen Behördenalltag, demnächst auch zwischen Landes- und Bundesbehörden.

Diskutieren Sie mit uns auf dem Europäischen Polizeikongress:
Fachforenblock IV: „Sichere mobile Kommunikation“
7. Mai 2026 | 15:10–16:40 Uhr

 **BlackBerry** | **secusmart**



Es ist eine europäisch zu führende Diskussion über die Auswirkungen der Asylpolitik auf die Innere Sicherheit, hier 2025 auf dem European Police Congress.

RAUS AUS DER CHAOSPHASE: FÜR EINE SICHERHEITSPOLITIK AUF DER HÖHE DER ZEIT

Über Nacht verschobene Grenzbojen in Estland, Paketbomben in europäischen Frachtflugzeugen, Anschläge auf Energie-, Logistik- und Kommunikationsinfrastruktur, Schleusertunnel unter der polnischen Außengrenze der EU durch Jugendliche, die über Chatgruppen zu Anschlägen und Straftaten animiert werden, Desinformationskampagnen und instrumentalisierte Demonstrationen: das sind nur einige Beispiele hybrider Angriffe in der EU in den letzten Jahren. Die geopolitische Lage, die Kombination aus Strukturen organisierter Kriminalität, interessierten Drittstaaten und radikalen bis terroristischen Gruppierungen fordert die innere Sicherheit in Deutschland und Europa so heraus wie lange nicht. Dabei sind Tiefe, Umfang und Auswirkungen dieser Angriffe auch heute noch nicht in jedem bewusst – obwohl die Dynamik deutlich zunimmt und Störversuche bleiben werden. Diese Ausgangslage ist nicht nur für unsere Sicherheitsbehörden eine Herausforderung, sondern auch für die Krisenfestigkeit der Bevölkerung. Sicherheit ist (wieder) zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe geworden. Denn das ist es, was Resilienz ausmacht: Handlungsfähigkeit in Krisen.

STÄRKUNG DER DEUTSCHEN SICHERHEITSARCHITEKTUR

Deswegen ist es sehr zu begrüßen, dass sich Deutschland eine deutliche Stärkung seiner Sicherheitsarchitektur vorgenommen



Foto: Luisa Schiffner

Das gebündelte Wissen der europäischen Sicherheitsakteure kann uns einen entscheidenden Vorsprung liefern – wenn wir es zusammenbringen und nutzen.

LENA DÜPONT, ABGEORNETE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND MITGLIED DER EVP-FRAKTION

hat, auch mit der Schaffung des Nationalen Sicherheitsrates. Die Anpassung von Befugnissen und Veränderung von Aufgaben bei Polizei, Verfassungsschutz und Nachrichtendienst ist eine zwingende Notwendigkeit und muss mit der gebotenen Dringlichkeit vorangebracht werden. Dabei dürfen wir jedoch nicht stehen bleiben, sondern müssen den Fokus der inneren Sicherheit erweitern. Eine Gesellschaft und Wirtschaft, die auf die Unterbrechung wesentlicher Funktionen vorbereitet ist, Auswirkungen abfedern und möglichst schnell wieder den Normalzustand herstellen kann, ist die beste Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit. Jeder einzelne von uns trägt Verantwortung dafür, dass in jedem Fall Polizei, Feuerwehr, die Bundeswehr, die Hilfsorganisationen über das notwendige Personal und Material verfügen und die Hände frei haben, sich auf ihren

Auftrag zu konzentrieren.

Der Blick zu unseren nordischen und baltischen Nachbarn zeigt, dass diese gesellschaftliche Aufgabe keine Raketenwissenschaft ist, dass man auch mit großen Unsicherheiten resilient umgehen kann. Was deren Herangehensweise eint: sie beruhen auf einer klaren und ungeschönten Kommunikation der Lage. Daraus lässt sich ableiten, warum es ein deutliches Mehr an Personal und Material im Haupt- und Ehrenamt braucht (Stichwort Dienstpflicht), dass Entscheidungs- und Beschaffungsprozessen signifikant gekürzt werden müssen, Ausgaben priorisiert sowie Krisenprotokolle

etabliert und geübt werden müssen. Und dazu gehört auch, über die ein oder andere Aufgabenverteilung im föderalen System zu sprechen: Hybride Angriffe auf uns dürfen nicht deswegen gut funktionieren, weil wir uns zwischen Zuständigkeiten und Kompetenzen verheddern.

AKTIVE MITGESTALTUNG DER SICHERHEITSLAGE IN EUROPA

Gleichzeitig müssen wir die europäische „Anschlussfähigkeit“ im Blick behalten und die nationalen mit den europäischen Möglichkeiten klug koordinieren. Das gilt nicht nur im Hinblick auf einen effizienten, grundrechtskonformen Informationsaustausch zwischen Sicherheitsbehörden auf den unterschiedlichen Ebenen, sondern auch für die Möglichkeiten, Lagebilder sinnvoll zu ergänzen und zur Verfügung zu stellen. Die grundlegenden Agenturen, Instrumente und Plattformen auf europäischer Ebene sind dafür vorhanden – wir müssen sie besser miteinander verzahnen und konsequenter nutzen.

Das gilt ebenso für die Möglichkeiten der Ergänzung und Koordination nationaler Reserven durch gemeinsame Beschaffung auf europäischer Ebene – sei es über die rescEU-Kapazitäten für Großgerät ebenso wie im Bereich Verbrauchsgüter, Medizinprodukte, bis hin zu Lebensmitteln.

Das gilt auch für eine gemeinsame Herangehensweise an den Schutz Kritischer Infrastruktur, insbesondere dort, wo es um grenzüberschreitende Infrastrukturen geht – Unterseekabel, transeuropäische Verkehrsnetze und Energieinfrastruktur. Das gebündelte

Wissen der europäischen Sicherheitsakteure kann uns hier einen entscheidenden Vorsprung liefern – wenn wir es zusammenbringen und nutzen.

Und das gilt nicht zuletzt auch für eine ambitionierte Reform des europäischen Katastrophenschutzmechanismus, der einen erprobten, hervorragenden Solidaritätsmechanismus etabliert hat. Er muss krisenfester aufgestellt werden und muss das volle Potential europäischer Zusammenarbeit im Katastrophen- und Krisenfall ausnutzen können.

Kurzum: den Dreiklang aus Verteidigungsbinnenmarkt (readiness2030), Krisenvorsorge (preparednessUnion) sowie der Strategie zur inneren Sicherheit (protectEU) müssen wir aus Deutschland heraus aktiv mitgestalten und für eine Stärkung der Sicherheitslage nutzen. Untrennbar damit verbunden ist, dass wir aus Deutschland heraus eine engagierte und ambitionierte Rolle bei der Ausbuchstabierung des Artikels 42.7 der Europäischen Verträgen übernehmen sollten. Hier dran hängt nicht nur die europäische Verteidigungsfähigkeit, sondern auch entscheidend die bessere Koordinierung zwischen EU und dem europäischen Pfeiler der NATO. Wir liegen in der Mitte der EU, nicht nur geographisch. Stärken wir uns, stärken wir die Europäische Union, stärken wir unsere Partner. Tun wir es nicht, geht die Reihe rückwärts.

LENA DÜPONT, Abgeordnete des Europäischen Parlaments und Mitglied der EVP-Fraktion

Jahrbuch

MODERNER KATASTROPHEN- SCHUTZ

**SONDER-
PUBLIKATION
2026**

JETZT VORBESTELLEN

www.behoerden-spiegel.de/sonderpublikationen

Behörden Spiegel
//////spezial





KI-unterstützte technische Lösungen werden eine wichtige Säule für die künftige Arbeit der Polizei bilden.

MODERNE SICHERHEITSGEWÄHRLEISTUNG ZWISCHEN SCHUTZ UND STRAFVERFOLGUNG

Die Sicherheitsarchitektur unserer Demokratie befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel. Hybride Bedrohungen, digitale Angriffsflächen, Polarisierung und zurecht wachsende Erwartungen der Bevölkerung verändern die Anforderungen an staatliches Handeln. Für eine verantwortungsvolle Innenpolitik bedeutet dies, Schutz zu gewährleisten, Strafverfolgung konsequent durchzusetzen und die Handlungsfähigkeit unserer Sicherheitsbehörden auch in dynamischen Lagen zu sichern. Als Landesregierung tragen wir die Verantwortung, hierfür die notwendigen rechtlichen, organisatorischen und technologischen Grundlagen zu schaffen.

Schleswig-Holstein hat in den vergangenen Monaten zentrale Gesetzesinitiativen auf den Weg gebracht, die den öffentlichen Raum sicherer machen und die Polizei in ihrer täglichen Arbeit stärken sollen. Sicherheit entscheidet sich dort, wo Menschen ihren Alltag leben: in Innenstädten, an Bahnhöfen, im öffentlichen Nahverkehr, in den Schulen oder bei Veranstaltungen. Unser Anspruch und die Kernaufgabe staatlichen Handelns ist es, die Bürgerinnen und Bürger verlässlich zu schützen, dabei die rechtsstaatlichen Maßstäbe konsequent einzuhalten und auf sich verändernde Bedrohungslagen schnell und flexibel zu reagieren.

NEUE TECHNOLOGIEN UND RECHTLICHE GRUNDLAGEN

Technologische Innovationen spielen dabei eine wachsende Rolle. Heute hängt die Wirksamkeit polizeilicher Arbeit in erheblichem Maß davon ab, dass vorhandene Informationen in kurzer Zeit vollständig und strukturiert aufbereitet verfügbar sind. Wir schaffen daher die rechtlichen Grundlagen für Instrumente, die eine Analyse komplexer polizeilicher Datenbestände ermöglichen.



Foto: Frank Peter

„Wo Menschen sich ernst genommen fühlen und Verantwortung übernehmen, wächst die Resilienz unserer Demokratie.“

MAGDALENA FINKE, MINISTERIN FÜR INNERES, KOMMUNALES, WOHNEN UND SPORT DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN

Software, die Verhaltensmuster erkennt, die auf Gefahrensituationen hindeuten, kann Videoüberwachung intelligent machen und damit ihre Wirksamkeit signifikant steigern. Moderne Technik zur Gesichtserkennung wird die polizeiliche Arbeit in herausgehobenen Lagen effektiv dabei unterstützen, sowohl Gefährder als auch Opfer schwerer Straftaten zu identifizieren. Bei der Verankerung dieser Maßnahmen im Landesrecht setzt Schleswig-Holstein konsequent auf eindeutige rechtliche Leitplanken, hohe Datenschutzstandards und eine kontinuierliche Evaluation. Moderne Technik ist schließlich kein Selbstzweck, sondern ein verantwortungsvoll von unseren Sicherheitsbehörden zu nutzendes Werkzeug.

Die globale Sicherheitslage erfordert darüber hinaus, bestehende Befugnisse

der Polizei zur Abwehr von Spionage und Sabotage zu optimieren. Wir müssen daher zielgerichtete Kontrollbefugnisse schaffen, um wesentliche Infrastruktureinrichtung oder Anlagen mit unmittelbarer Bedeutung für das Gemeinwesen besser zu schützen. Der Einsatz von Technik zur Abwehr unbemannter Flugzeugsysteme erhält außerdem eine klare und spezifische rechtliche Grundlage.

HANDLUNGSSICHERHEIT FÜR EINSATZKRÄFTE DURCH KLARE REGELN

Auch ist die Einführung von Waffen- und Messerverbotzonen im Fern- und Nahverkehr und an Bahnhöfen angesichts der bundesweit steigenden Zahlen von Delikten mit Messern ein wichtiger Schritt in der Gefahrenabwehr. Klare Regeln, wie dieses rechtssichere Mitführverbot, schaffen Handlungssicherheit für Einsatzkräfte. Wir setzen zudem ein deutliches Signal, dass Waffen im öffentlichen Raum keinen Platz haben. Gleichzeitig bleibt der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt, denn Ausnahmen für berufliche

oder berechnete Zwecke sind klar definiert. Diese Regelung ist ein Beispiel dafür, wie wir präventive Maßnahmen mit rechtsstaatlicher Sorgfalt verbinden.

Ergänzend gibt es die Möglichkeit, weitere Waffenverbotszonen einzurichten. Damit können Kommunen und Polizei flexibel und zielgenau auf lokale Gefährdungslagen reagieren. Diese Zonen sind kein symbolpolitisches Instrument, sondern ein wirksames Mittel, um Brennpunkte zu entschärfen, Straftaten zu verhindern und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung weiter zu stärken. Erfahrungen anderer Länder zeigen, dass solche Maßnahmen wirken, wenn sie transparent kommuniziert und eng begleitet werden. Deshalb stellen wir sicher, dass die Bevölkerung nachvollziehen kann, warum bestimmte Orte eine besondere Aufmerksamkeit erfordern.

Auch Alkoholverbotzonen gehören zum modernen Instrumentarium der Gefahrenabwehr, denn Alkohol ist in vielen Einsatzlagen ein maßgeblicher Faktor für Aggression und Gewalt. Ziel ist nicht die Einschränkung gesellschaftlichen Lebens, sondern der Schutz von Menschen an Orten, an denen es wiederholt zu gefährlichen Situationen kommt. Kommunen erhalten damit ein rechtssicheres Werkzeug, um Konflikte zu reduzieren und öffentliche Räume für alle nutzbar zu halten. Diese Maßnahmen sind Teil einer umfassenden Strategie, die Sicherheit nicht nur repressiv, sondern auch präventiv denkt.

SICHERHEIT DURCH KOOPERATION UND VERTRAUEN

Parallel modernisieren wir den Schutz vor extremistischen Bedrohungen. Mit dem neuen Verfassungsschutzgesetz schaffen wir in Schleswig-Holstein einen klaren Rahmen für die Arbeit unseres Nachrichtendienstes. Die Reform stärkt insbesondere die Analysefähigkeit gegenüber digitalen Radikalisierungsprozessen, Desinformationen und hybriden Einflussoperationen. Gleichzeitig setzen wir hohe Maßstäbe im Sinne der Transparenz, der parlamentarischen Kontrolle und des Datenschutzes. Eine wehrhafte

Demokratie braucht einen leistungsfähigen Verfassungsschutz, aber ebenso klare Grenzen staatlicher Eingriffe. Gerade in Zeiten wachsender internationaler Spannungen ist dies ein zentraler Baustein unserer Sicherheitsarchitektur.

All diese Maßnahmen entfalten ihre Wirkung nur in einer modernen und kooperativen Sicherheitsarchitektur. Dazu gehören klare Zuständigkeiten, verlässliche Verfahren und eine enge Abstimmung zwischen Polizei, Kommunen und weiteren Partnern. Kooperationen mit Ordnungsdiensten, Betreibern Kritischer Infrastrukturen oder sozialen Trägern sind Ausdruck einer realistischen Sicherheitsstrategie. Der Staat bleibt verantwortlich, nutzt aber die Expertise weiterer Akteure, um Sicherheit effektiv zu gewährleisten. Diese Zusammenarbeit stärkt nicht nur die operative Leistungsfähigkeit, sondern auch das Vertrauen in staatliches Handeln.

Sicherheit entsteht jedoch nicht allein durch staatliche Präsenz, sondern vor allem durch Vertrauen. Deshalb ist es entscheidend, die Bevölkerung aktiv einzubeziehen, etwa durch Präventionsprogramme, kommunale Beteiligungsformate oder lokale Partnerschaften. Wo Menschen sich ernst genommen fühlen und Verantwortung übernehmen, wächst die Resilienz unserer Demokratie. Eine offene Kommunikation über Ziele, Maßnahmen und Grenzen staatlichen Handelns ist dabei unverzichtbar.

Die aktuellen Gesetzesvorhaben in Schleswig-Holstein sind Ausdruck eines klaren politischen Auftrags, öffentliche Räume sicherer zu machen, Einsatzkräfte zu stärken und zugleich die verfassungsrechtlich festgeschriebene Balance zwischen Freiheit und Sicherheit zu wahren. Wir verstetigen eine robuste und zukunftsfähige Sicherheitsarchitektur, die Schutz gewährleistet, Strafverfolgung ermöglicht und das Vertrauen der Bevölkerung in den Rechtsstaat stärkt. Diesen Weg beschreiten wir konsequent weiter.

MAGDALENA FINKE, Ministerin für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein

Behörden Spiegel - App



To Go und im Büro

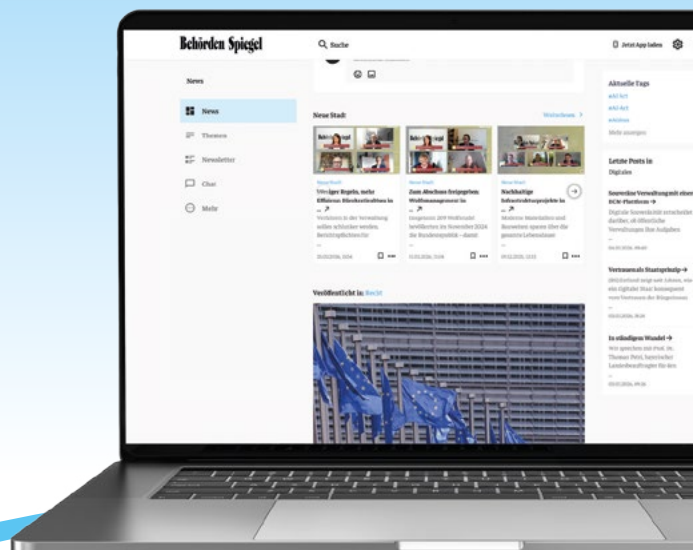
News – Events – Fortbildungen

Alles an einem Ort!



Jetzt die App
Behörden Spiegel online
Kostenlos herunterladen!

 Google Play  App Store





Die Innenministerin des Landes Sachsen-Anhalt erläutert Ihre Positionen für eine erfolgreiche Polizeiarbeit auf dem European Police Congress 2025.

HOCHRISIKOMANAGEMENT BEI HÄUSLICHER GEWALT IN SACHSEN-ANHALT

Nach Gewaltexzessen in Partnerschaften steht häufig die Frage im Raum, ob die Tat zu verhindern gewesen wäre. Welche Anzeichen gab es bereits im Vorfeld, die nicht erkannt worden sind? Welche Maßnahmen hätten ergriffen werden müssen, um den Gewaltexzess zu verhindern? Wer war zuständig?

Häusliche Gewalt beinhaltet nach einer von der Innenministerkonferenz im Jahr 2021 beschlossenen Definition alle Formen körperlicher, sexueller oder psychischer Gewalt und umfasst familiäre sowie partnerschaftliche Gewalt. Häusliche Gewalt liegt vor, wenn Gewalt zwischen Personen stattfindet, die in einer familiären oder partnerschaftlichen Beziehung zusammenwohnen. Sie liegt auch vor, wenn sie unabhängig von einem gemeinsamen Haushalt innerhalb der Familie oder in aktuellen oder ehemaligen Partnerschaften geschieht.

Die Polizei ist bei Fällen häuslicher Gewalt, Stalking und Kindeswohlgefährdung zumeist die erste Institution innerhalb einer umfassenden Interventionskette. Dies erfordert ein konsequentes polizeiliches Einschreiten, eine umfassende Beweismittelsicherung sowie eine enge Vernetzung mit anderen Behörden, Institutionen und Opferhilfeeinrichtungen.

KONSEQUENTE STÄRKUNG DES OPFERSCHUTZES

Die stetig steigenden Fallzahlen in den Deliktbereichen von häuslicher Gewalt (2021: 6.473 Fälle; 2025: 8.819 Fälle) erforderten in Sachsen-Anhalt neben gefahrenabwehrenden und repressiven Maßnahmen vor allem auch eine konsequente Stärkung des Op-



Foto: Laurence Chaperon

Bei konkreter Gefahr eines Tötungsdeliktes oder eines schweren körperlichen Schadens greifen unverzüglich die Mechanismen für ein institutionalisiertes Hochrisikomanagement.

DR. TAMARA ZIESCHANG, MINISTERIN FÜR INNERES UND SPORT DES LANDES SACHSEN-ANHALT

ferschutzes. Im Zuge der letzten Polizeistrukturereform wurden daher in allen Polizeiinspektionen sowie sukzessive ab 2022 in jedem Polizeirevier hauptamtliche Opferschutzbeauftragte eingesetzt.

Basierend auf den Erfahrungen einer 2019 eingerichteten Projektgruppe zum Hochrisikomanagement in der Polizeiinspektion Halle (Saale) wurde eine polizeiliche Landeskonzeption zum situationsangemessenen Handeln bei häuslicher Gewalt, Stalking und Kindeswohlgefährdung erarbeitet und Anfang August 2023 in Kraft gesetzt. Darin sind die Abläufe polizeilicher Interventionen detailliert beschrieben und Entscheidungshilfen sowie Handlungsanweisungen enthalten, die verpflichtend umzusetzen sind.

Danach erfolgt eine Einbindung der Opferschutzbeauftragten unverzüglich nach polizeilichem Bekanntwerden eines Falls häuslicher Gewalt; deren kontinuierliche Fallbegleitung wird gewährleistet.

INSTITUTIONALISIERTES HOCHRISIKOMANAGEMENT

Sofern eine konkrete Gefahr der Begehung eines Tötungsdeliktes oder der Herbeiführung eines schweren körperlichen Schadens besteht, greifen unverzüglich die in der Landeskonzeption beschriebenen Mechanismen für ein institutionalisiertes Hochrisikomanagement, das die Prüfstufen „standardisierte Gefährdungsanalyse“, „Fallkonferenzen“ und „operativer Opferschutz“ enthält.

Je nach Einzelfallbewertung wird

- bei Vorliegen der klar definierten Voraussetzungen eines Hochrisikofalles,

- einem hohen Risikoanalysewert aufgrund des Prognoseinstruments ODARA,
- bei Anhaltspunkten für das Vorliegen einer Kriseneskalation und/oder
- bei sog. Leaking

eine interdisziplinäre Fallkonferenz mit allen notwendigen Behörden, Ämtern und Opferschutzeinrichtungen einberufen, die eine koordinierte Abstimmung von Maßnahmen zum Schutz des (potenziellen) Opfers und gegebenenfalls weiterer Personen vornimmt. Die interdisziplinäre Fallkonferenz kann durch alle mit einem konkreten Fall befassten Institutionen angeregt werden; grundsätzlich übernimmt die Polizei die Einladung zur Fallkonferenz.

Teilnehmende an den auf einen konkreten Fall bezogenen Fallkonferenzen sind immer die zuständigen Opferschutzbeauftragten der Polizeireviere und die jeweilige mit dem Fall betraute kriminalpolizeiliche Sachbearbeitung. Darüber hinaus sollen grundsätzlich nur die Behörden, Institutionen und Einrichtungen sowie Fachstellen des Hilfesystems an der jeweiligen Fallkonferenz beteiligt sein, die zu diesem Zeitpunkt für einen Aspekt im Zusammenhang mit dem Opfer zuständig sind. Die interdisziplinäre Zusammensetzung ergibt sich aus der jeweiligen Fallkonstellation. Teilnehmende Fachbehörden können z. B. die Jugendämter, Ausländerbehörden, Waffenbehörden, Interventions- und Fachberatungsstellen, Frauenhäuser, Soziale Dienste der Justiz, Opferhilfvereine, Kindertagesstätten oder Schulen sein.

Das Vorgehen in den Fallkonferenzen zeichnet sich durch eine ganzheitliche Herangehensweise – unter Beachtung der verschie-

denen fachlichen Sichtweisen – aus. Der Fokus liegt auf der gefährdeten Person und der gegebenenfalls (mit)betroffenen Kinder.

LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT „HOCHRISIKOMANAGEMENT HÄUSLICHE GEWALT“

In Sachsen-Anhalt wurde im November 2022 eine ressortübergreifende und interdisziplinäre Landesarbeitsgemeinschaft „Hochrisikomanagement Häusliche Gewalt“ eingerichtet. In quartalsweisen Sitzungen werden Schnittstellenprobleme besprochen, Verfahrensweisen abgestimmt und geeignete Regelungen zur Zusammenarbeit von öffentlichen und nichtöffentlichen Stellen im Rahmen von Fallkonferenzen bei Hochrisikofällen erarbeitet. In ihr arbeiten unter Federführung des Ministeriums für Inneres und Sport auch das Justiz- und Sozialressort sowie die Opferschutzbeauftragten der Polizeibehörden, die Landeskordinierungsstelle der zivilgesellschaftlichen Akteurinnen in Umsetzung der Istanbul-Konvention und die Fachstelle gegen Frauenhandel und Zwangsverheiratung Vera mit. So wird auch dafür Sorge getragen, dass die Istanbul-Konvention in Sachsen-Anhalt im Kontext häuslicher Gewalt gemeinsam fachlich fundiert ausgestaltet wird.

Darüber hinaus sind im Zuge der jüngsten Novellierung des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung des Landes Sachsen-Anhalt auch die Voraussetzungen für die elektronische Aufenthaltsüberwachung bei häuslicher Gewalt gesetzlich verankert worden.

DR. TAMARA ZIESCHANG, Ministerin für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt

Der Newsletter Netzwerk Sicherheit

POLIZEIABSPERRUNG

Der Newsletter „Netzwerk Sicherheit“ des Behörden Spiegel berichtet wöchentlich über aktuelle Themen für das deutsche Netzwerk der Sicherheit: Polizei, Ordnungsdienst, Zoll und behördliche Gefahrenabwehr.



Senden Sie eine formlose Anmeldung an newsletter@behoerderspiegel.de oder besuchen Sie unsere Webseite www.behoerderspiegel.de

**JEDE
WOCHE
AKTUELL**



Auch in diesem Jahr wird der European Police Congress eine hochrangige politische Repräsentanz verzeichnen können.

DIE PAG-NOVELLE IN THÜRINGEN

Die Sicherheitslage in Deutschland bleibt angespannt. Unterschiedliche Bedrohungslagen überlagern sich und stellen Staat und Gesellschaft vor komplexe Herausforderungen. Hierzu zählt insbesondere die weiterhin hohe abstrakte Gefährdung durch Terrorismus – sei er religiös motiviert oder extremistisch geprägt. Gleichzeitig verändern sich Kriminalitätsformen und Gefahrenquellen rasant durch technologische Entwicklungen und digitale Vernetzung.

Vor diesem Hintergrund gerät das Thüringer Polizeiaufgabengesetz, das zuletzt im Jahr 2013 reformiert wurde, zunehmend an seine Grenzen. Neue Gefährdungslagen sind entstanden, digitale Ermittlungsinstrumente haben sich weiterentwickelt, und auch die höchstrichterliche Rechtsprechung – insbesondere durch das Bundesverfassungsgericht – hat die Anforderungen an polizeiliches Handeln präzisiert und fortentwickelt. Ebendiese Anforderungen machen deutlich, dass neben auskömmlichem Personal und bestmöglicher Ausstattung eine erfolgreiche Arbeit unserer Polizei insbesondere einen bedarfsgerechten und zeitgemäßen rechtlichen Handlungsrahmen erfordert.

In der praktischen Anwendung zeigte sich, dass das bestehende Regelwerk nicht mehr zeitgemäß war. Moderne technische Entwicklungen, darunter KI, konnten nur noch teilweise von der bisherigen Gesetzeslage erfasst werden. Zugleich erwiesen sich einzelne Vorschriften als zu unbestimmt – sowohl im Hinblick auf den Schutz potenzieller Opfer als auch bei besonders eingriffsintensiven, insbesondere heimlichen Maßnahmen. Man könnte sagen, dass das PAG in seiner gegenwärtigen Fassung nicht mehr hilft, die fortentwickelte Wirklichkeit konsequent zu ordnen. Eine Novellierung des PAG war daher geboten und das politische Fundament



Foto: TMIKL – Matthias Eckert



Kriminalitätsformen und Gefahrenquellen ändern sich rasant durch technologische Entwicklungen und digitale Vernetzung.

GEORG MAIER, MINISTER FÜR INNERES, KOMMUNALES UND LANDESENTWICKLUNG DES LANDES THÜRINGEN

hierfür wurde im Koalitionsvertrag der Thüringer Landesregierung 2024 gelegt.

WESEN DER NOVELLE

Ziel der Reform ist eine strukturelle Weiterentwicklung des Polizeirechts verbunden mit der Schaffung von mehr Rechtssicherheit. Es soll der Opferschutz substantiell gestärkt werden, insbesondere im Bereich geschlechtsspezifischer Gewalt, um die völkerrechtlichen Verpflichtungen aus der Istanbul-Konvention normativ kohärent in das Polizeirecht zu integrieren. Eine Harmonisierung der Datenverarbeitungsregelungen mit den Standards anderer Bundesländer ist vorgesehen, um einen rechtssicheren, interoperablen und technisch kompatiblen Datenaustausch, insbesondere im Rahmen von P20, zu gewährleisten. Daneben bezweckt die Novellierung eine funktionale Modernisierung polizeilicher

Befugnisse durch die Einbindung digitaler Technologien, namentlich durch Verfahren der Mustererkennung in der Videoüberwachung, automatisierte Datenanalyse sowie eine systematische Digitalisierung polizeilicher Arbeitsprozesse.

Im Zuge der Novelle ist ein rechtssicherer Anwendungsrahmen für Distanzelektroimpulsgeräte („Taser“) vorgesehen. Diese befinden sich in mehreren Bundesländern bereits im regulären Dienst oder in der Erprobung; auch in Thüringen soll zunächst eine Testphase erfolgen. Als weniger letales Einsatzmittel unterhalb der Schwelle des Schusswaffengebrauchs sollen sie insbesondere in hochdynamischen, lebensbedrohlichen Lagen eine Handlungsoption eröffnen und so zum Schutz aller Beteiligten beitragen. Damit soll der Polizei ein abgestuftes, verhältnismäßiges Instrumentarium zur Verfügung gestellt und zugleich eine klare, rechtssichere Grundlage für das Handeln der eingesetzten Bediensteten geschaffen werden.

Unter dem Gesichtspunkt der Rechtssicherheit zielt die Novelle darauf ab, bislang auf Grundlage der polizeirechtlichen Generalklausel durchgeführte Eingriffe durch normenklar formulierte Standardbefugnisse zu präzisieren. Sachverhalte, die nach geltender Rechtslage bereits subsumierbar sind – etwa über die Generalklausel oder Paragraph 59 IV PAG im Bereich der Taser – werden so spezialgesetzlich geregelt. Dies erweitert nicht die materiellen Eingriffsbefugnisse, sondern stärkt die Tatbestandsklarheit, normative Bestimmtheit und Vorhersehbarkeit polizeilichen Handelns. Gleichzeitig wird dem verfassungsrechtlichen Bestimmtheitsgebot und dem Grundsatz des Vorbehalts des Gesetzes Rechnung getragen: eingriffsintensive Maßnahmen erhalten eine ausdrückliche, hinreichend bestimmte gesetzliche Grundlage und bleiben damit klar strukturiert für Anwender und Betroffene. Moderne Technologien werden ausschließlich innerhalb verfassungsrechtlicher Schranken eingesetzt, unter Beachtung der Grundrechte, des Verhältnismäßigkeitsprinzips und der Anforderungen an Normklarheit und Rechtsschutz.

OPFERSCHUTZ

Durch die Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung (eAÜ) stärkt die Novelle insbesondere den Opferschutz. Sie ermöglicht eine präventive Kontrolle besonders risikobehafteter Störer und dient damit der konsequent opferorientierten Gefahrenabwehr, etwa zur Verhinderung wiederkehrender Übergriffe bei Stalking, häuslicher Gewalt oder rückfallgefährdeten Sexualstraf Tätern. Im Vergleich zum polizeilichen Gewahrsam stellt die eAÜ regelmäßig das mildere Mittel dar, da sie eine vollständige Freiheitsentziehung vermeidet und dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz gerecht wird.

Hervorzuheben ist die Regelung des sog. „Spanischen Modells“, nach dem die eAÜ in zwei Komponenten erfolgt: der Täter trägt eine elektronische Fußfessel, während dem Opfer bei ausdrücklicher Zustimmung ein Sendegerät zur Verfügung gestellt wird. So wird der Schutz der Betroffenen rechts- und datenschutzkonform umgesetzt. Zusätzlich werden relevante Daten von Störer und Opfer an Beratungsstellen übermittelt, was den praktischen Opferschutz erheblich stärkt. Das PAG ergänzt damit die geplanten zivilrechtlichen Maßnahmen des BMJV, wie die Verankerung der eAÜ im Gewaltschutzgesetz und die Verpflichtung von Tätern zu sozialen Trainingskursen und Gewaltpräventionsberatungen, und schafft so ein abgestimmtes Instrumentarium zur Prävention und Intervention bei Gewaltlagen.

Die herausgestellten Regelungen verdeutlichen, dass die Novellierung sich in einem Spannungsfeld zwischen effektiver Gefahrenabwehr und der Wahrung grundrechtlicher Freiheitsgarantien bewegt. Sie ist Ausdruck des Anspruchs, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit gleichermaßen zu sichern – zwischen Schutz und Strafverfolgung. Diese Innere Sicherheit ist ein ständiger Handlungsauftrag für die Politik auch jenseits von Regierungsverträgen. Die Grundwerte und Grundrechte unserer Verfassung verpflichten uns, alles dafür zu tun, dass die Menschen in unserem Land möglichst sicher leben und sich zugleich in einem freiheitlichen Rechtsstaat geschützt wissen.

GEORG MAIER, Minister für Inneres, Kommunales und Landesentwicklung des Landes Thüringen



Der European Police Congress 2025 bot neben hochrangigen Teilnehmern auch einen großen Ausstellungsbereich mit interessanten Exponaten.

HÄUSLICHE GEWALT IST KEINE PRIVATSACHE – SIE IST EIN VERBRECHEN

Die Zahlen sind eindeutig. Ende 2025 meldet das Bundesministerium des Innern: Straftaten gegen Frauen und Mädchen nehmen weiter zu, häusliche Gewalt erreicht einen neuen, alarmierenden Höchststand. 265.942 Menschen wurden 2024 bundesweit Opfer häuslicher Gewalt – so viele wie nie zuvor. 70 Prozent der Betroffenen sind Frauen. Immer öfter geraten sie in den eigenen vier Wänden in akute Gefahr. Für Polizei und Hilfesysteme bedeutet das: schnell handeln, präventiv arbeiten und Betroffene frühzeitig schützen.

Das Bundeskriminalamt bestätigt diesen Trend bundesweit. Auch im Land Bremen zeigt die aktuelle Statistik einen klaren Trend nach oben: In Bremerhaven bewegen sich die Fallzahlen bei partnerschaftlicher und innerfamiliärer Gewalt auf einem konstant hohen Niveau. 2025 bearbeitete die Polizei 886 Fälle (2024: 887). In der Stadt Bremen stieg 2025 die Partnerschaftsgewalt um elf Prozent – von 1.797 auf 2.002 Fälle. 77,5 Prozent der Tatverdächtigen sind männlich. Bei der innerfamiliären Gewalt verzeichnen wir ein Plus von sieben Prozent, von 830 auf 885 Fälle. Rund 80 Prozent der Opfer sind weiblich, die Täter fast immer männlich. Jeder dieser Fälle steht für ein Schicksal, für Angst und Schmerz hinter verschlossenen Türen. Für mich gilt: Jeder Fall ist einer zu viel.

Häusliche Gewalt ist keine Privatsache, sondern eine gravierende Menschenrechtsverletzung. Mit der Istanbul-Konvention hat der Europarat erstmals einen verbindlichen Rahmen geschaffen, um Gewalt gegen Frauen zu verhindern, zu verfolgen und Betroffene zu schützen. Deutschland ratifizierte das Übereinkommen 2018 und verpflichtete sich damit zu umfassenden Maßnahmen in Prävention, Intervention und Strafverfolgung.

Bremen nimmt diese Verpflichtung sehr ernst und ist Vorreiterin. Der Senat hat im März 2022 den Landesaktionsplan „Istanbul-Konvention umsetzen – Frauen und Kinder vor Gewalt schützen“ beschlossen: 75 konkrete Maßnahmen, klare Zuständigkeiten, verbindliche Zeit- und Ressourcenplanung. 71 Maßnahmen stehen vor dem Abschluss – auch weil das Land zusätzliche Mittel bereitgestellt und tragfähige Strukturen aufgebaut hat. Dazu zählen eine 2024 eingerichtete Gewaltschutzambulanz für Erstberatung und gerichtsfeste Beweissicherung sowie Koordinierungsstellen bei den Polizeivollzugsbehörden. Ein Beirat verankert die Perspektive Betroffener verbindlich in der Umsetzung. Polizei, Staatsanwaltschaft, Frauenhaus, Beratungsstellen, Gesundheitswesen und Jugendhilfe arbeiten in festen Netzwerken zusammen – mit kla-



Foto: Senatorin für Inneres und Sport

Häusliche Gewalt ist keine Privatsache, sondern eine gravierende Menschenrechtsverletzung.

DR. EVA HÖGL, SENATORIN FÜR INNERES UND SPORT DER FREIEN HANSESTADT BREMEN

ren Kooperationswegen und definierten Meldekettten.

ZENTRALE ROLLE DER POLIZEI

Polizeiliche Einsätze wegen häuslicher Gewalt sind oft dynamisch und eskalationsgefährdet. Studien zeigen: Ohne konsequente Intervention steigt das Risiko von Wiederholungstaten erheblich. Der Zusammenhang zwischen häuslicher Gewalt, Femiziden und anderen schweren Gewalttaten ist belegt. Die Polizei muss handeln – früh, entschlossen und opferzentriert.

Die Polizei übernimmt deshalb eine zentrale Rolle: Sie wehrt Gefahren ab, setzt Wegweisungen und Kontaktverbote durch, verfolgt Straftaten konsequent und identifiziert Hochrisikofälle frühzeitig.

In Bremen und Bremerhaven kommt seit 2022 ein standardisierter Risikoanalysefragebogen zum Einsatz. Er orientiert sich an der Danger Assessment Scale von Jacquelyn C. Campbell und fragt gezielt nach Trennungssituationen, Todesdrohungen, exzessivem Kontrollverhalten oder Stalking. So erkennen Einsatzkräfte Eskalationsdynamiken früher und leiten Schutzmaßnahmen schneller ein. Das Instrument wird im Rahmen der Fortschreibung des Landesaktionsplans weiterentwickelt.

Ein weiteres Instrument kommt jetzt hinzu: die elektronische Fußfessel. Ende Februar 2025 hat die Bremische Bürgerschaft das neue Bremische Polizeigesetz beschlossen. Es enthält die Möglichkeit der elektronischen Aufenthaltsüberwachung in Hochrisikofällen. Das bedeutet: Wer eine Wegweisung oder ein Kontaktverbot bekommt, wird künftig technisch überwacht. Betroffene werden in Echtzeit geschützt. Das ist eine starke Maßnahme – gerade, weil es vor allem Frauen sind, die diesen Schutz brauchen.

NIEDRIGSCHWELIGE ZUGÄNGE UND KONSEQUENTE DATENNUTZUNG

Das Dunkelfeld bleibt eine der größten Herausforderungen. Scham, Angst, wirtschaftliche Abhängigkeit oder schlechte Erfahrungen mit Behörden halten viele Betroffene davon ab, Anzeige zu erstatten. Die Hürden sind hoch. Umso wichtiger ist es, dass der Staat nicht wartet, bis Betroffene selbst den ersten Schritt machen. Um ihnen den Weg ins Hilfesystem zu erleichtern, führen wir die Inkognito-App „Gewaltfrei in die Zukunft“ ein. Sie informiert über Hilfsangebote, hilft bei der Dokumentation von Vorfällen und unterstützt die Hilfeplanung – diskret und sicher, auch wenn der Täter im Haushalt lebt.

Polizei und Justiz reagieren gleichzeitig mit gezielter Sensibilisierung und regelmäßigen Fortbildungen. Einsatzkräfte lernen,

Anzeichen früh zu erkennen, Gespräche sensibel zu führen und Betroffene aktiv an spezialisierte Beratungsstellen zu vermitteln. Ergänzend bauen wir ein systematisches Monitoring auf: Polizeiliche Kriminalstatistik, Berichte aus Interventionsstellen und Rückmeldungen aus der Praxis fließen zusammen und schaffen eine belastbare Grundlage für politische Steuerung.

HERAUSFORDERUNGEN BLEIBEN

Trotz sichtbarer Fortschritte gibt es Handlungsbedarf. Digitale Gewalt und Stalking nehmen zu und verlangen angepasste Konzepte. Frauenhäuser arbeiten vielerorts an der Belastungsgrenze. Schutzinfrastruktur darf nicht von Projektmitteln abhängen – sie braucht verlässliche, dauerhafte Finanzierung.

Auch der Datenschutz in interdisziplinären Fallkonferenzen erfordert sorgfältige Lösungen. Klare Rechtsgrundlagen und abgestimmte Verfahren schaffen Sicherheit für alle Beteiligten und ermöglichen gleichzeitig effektiven Schutz.

KLARE HALTUNG, KLARE STRUKTUREN

Der Landesaktionsplan zeigt, was möglich ist, wenn Politik, Behörden und Zivilgesellschaft gemeinsam handeln. Erfolgsfaktoren sind verbindliche Kooperationsstrukturen, klare Zuständigkeiten und hohe politische Priorität. Absichtserklärungen reichen nicht – es braucht Ressourcen, Controlling und den Willen zur Weiterentwicklung.

Häusliche Gewalt ist ein strategisches Handlungsfeld. Wer Prävention, Gefahrenabwehr, Strafverfolgung und Opferschutz systematisch verzahnt, erhöht die Sicherheit der Betroffenen und stärkt das Vertrauen in den Rechtsstaat. Die Polizei in Bremen und Bremerhaven ist dabei nicht nur Eingreifinstanz im Notfall, sondern aktiver Teil eines vernetzten Schutzsystems – mit einer klaren Haltung: Null Toleranz gegenüber Gewalt im sozialen Nahraum.

DR. EVA HÖGL, Senatorin für Inneres und Sport der Freien Hansestadt Bremen



POLIZEITAG DIGITAL

Cybercrime grenzüberschreitend bekämpfen:
Kooperation von Polizei, Justiz und internationalen Partnern

31.08.2026
online

JETZT ANMELDEN

Behörden Spiegel

www.polizeitage.de

ADVERTORIAL



DIGITALE VORAUSSETZUNGEN FÜR MODERNE POLIZEIARBEIT

Wir bei SINC entwickeln außergewöhnliche digitale Behördendienste – Services für den Digitalen Staat. Auch mit der deutschen Polizei pflegen wir eine jahrzehntelange, vertrauensvolle Partnerschaft und haben gemeinsam viele Projekte erfolgreich abgeschlossen.

Die SINC-Gruppe beschäftigt rund 450 motivierte und hochqualifizierte Mitarbeitende, die dafür brennen, dass der öffentliche Sektor Bürgern und Unternehmen die bestmöglichen Dienstleistungen bieten kann. Wir entwickeln modernste digitale Lösungen in den Bereichen GovTech, LegalTech und Künstliche Intelligenz, angefangen bei Softwareentwicklung und Beratung bis hin zu IT-Infrastruktur und Anwendungsbetrieb.

Seit 25 Jahren setzen unsere Lösungen und Produkte komplexe Forschungsinnovationen in die Praxis um. Auf diese Weise helfen wir deutschen Behörden und Institutionen, Verwaltungs- und Rechtsprozesse zu automatisieren. Weil wir glauben, dass starke und effiziente Institutionen für einen funktionierenden demokratischen Rechtsstaat unerlässlich sind. Und davon profitieren alle.

Auf dem EPC 2026 finden Sie uns am Stand 152, kommen Sie gerne vorbei und sprechen Sie mit uns – wenn Ihnen Digitalisierung und Modernisierung Ihrer Abläufe wichtig sind.

Überzeugen Sie sich von unserer Kompetenz auch am Donnerstag, 07. Mai gleich um 09:00 Uhr im Forum 3.1 „Neue Einsatzmöglichkeiten der KI bei Sicherheitsbehörden“, hier sind wir mit einer praxisnahen Keynote präsent.

Mehr zu SINC und unseren Services finden Sie natürlich auch im Web unter www.sinc.de.

Übrigens: wir wachsen stark und sind immer auf der Suche nach herausragenden Talenten. Offene Stellen gibt es in einer unserer Niederlassungen in Berlin, Hamburg, Wiesbaden, Leipzig oder Nürnberg und natürlich auch remote. Einfach über die Website bewerben, mit dem Recruiting ins Gespräch kommen oder gerne auch am EPC Stand vorstellen.

OLIVER HICKFANG, Head of Marketing

DER EUROPÄISCHE POLIZEIKONGRESS IN EINEM JAHR DER KRISEN UND HERAUSFORDERUNGEN

Das Jahr 2026 ist erst wenige Monate alt und dennoch macht es deutlich, dass bestehende Krisen nicht gelöst wurden, sondern zahlreiche neue Herausforderungen weltweit hinzugekommen sind. Nahezu alle Themen berühren direkt oder mittelbar die Sicherheit im Inneren der europäischen Staaten. In Anbetracht der Bandbreite von An- und Herausforderungen so-

wie neuen Gefahren wäre es kein Problem gewesen, eine ganze Kongresswoche thematisch zu füllen. Dennoch ist es gelungen, in den 2 Kongresstagen einen spannenden Bogen über aktuelle Kriminalitätsphänomene, wie Entwicklungen bei Kinder- und Jugendkriminalität, Cybercrime, organisierter und Clan-Kriminalität, der Gefahrenabwehr, wie die Abwehr der Drohnen oder die Verhinderung von Femiziden, und häuslicher Gewalt hin zur Sicherheit im öffentlichen Raum und verkehrspolizeilichen Herausforderungen zu spannen.

Daneben finden Themen der Personalentwicklung und der technischen Fortentwicklung, wie etwa der Umgang mit und der Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI), ausreichend Raum im Kongress. Wie gewohnt werden diese Inhalte im hochkarätig besetzten Hauptprogramm, wie auch in den nicht minder kompetent besetzten Side Events und Foren erörtert und diskutiert.

SICHERHEIT IM ÖFFENTLICHEN RAUM

An dieser Stelle möchte ich ihren Blick auf das Thema Sicherheit im öffentlichen Raum richten. Es vergeht kaum ein Tag, an dem die Medien nicht über dramatische Vorfälle in öffentlichen Einrichtungen oder Verkehrsmitteln berichten. Die Gewaltspirale dreht sich hier unaufhaltsam weiter, waren es gestern noch Pöbeleien so sehen sich heute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die eigentlich für die Bürgerinnen und Bürger da sein wollen, mit massiver körperlicher, aber auch psychischer Gewalt konfrontiert. Erst vor wenigen Wochen hat die Eskalation einer simplen Fahrkontrolle einem Mitarbeiter der Deutschen Bahn das Leben gekostet. Egal ob in Notaufnahmen von Krankenhäusern, Ämtern, Schulen, Verkehrsmitteln, Arztpraxen oder sogar in Schwimmbädern und Kitas können Bedienstete wie auch die Bürger, die diese Institutionen nutzen wollen, mit Gewalt und Übergriffigkeit konfrontiert werden. War früher der Schwimmbadbesuch eine unbeschwertes Vergnügen, müssen heute die Badegäste vor bestimmten Gruppen geschützt werden, die auch vor sexuellen Übergriffen nicht halt machen.

Sowohl im Hauptprogramm als auch in den Foren werden Lösungen und Konzepte dargestellt und zur Diskussion gestellt, wie diese Probleme zukünftig in den Griff bekommen werden können.

POLIZEILICHE VERKEHRSSICHERHEITSARBEIT

Die Vielfalt von kriminal- und gesellschaftspolitischen Themenstellungen führen schnell dazu, dass eine polizeiliche Kernauf-

Die Gewaltspirale im öffentlichen Raum dreht sich unaufhaltsam weiter.

RÜDIGER WOLLGRAMM, LEITENDER POLIZEIDIREKTOR A.D.

gabe aus dem Fokus gerät und zu Unrecht gerne in den Hintergrund gedrängt wird. Dabei muss sich die polizeiliche Verkehrssicherheitsarbeit, eigentlich ein Unterfall der Sicherheit im öffentlichen Raum, der erhebliche Auswirkungen auf das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger hat, derzeit ebenso mit einer Vielzahl von neuen Herausforderungen auseinan-

dersetzen, ohne dass die alten Aufgaben dabei hintangestellt werden können und dürfen. Der Konkurrenzkampf der verschiedenen Formen der Verkehrsteilnahme um die begrenzte Ressource Verkehrsraum führt auch hier zu zunehmender Aggressivität und Gewaltbereitschaft. Die Rolle des Automobils als Statussymbol in bestimmten (kriminellen) Milieus einschließlich entsprechender „Geschäftsmodelle“, verbotene Rennen und eine problematische Tuner- und Poser-Szene deren Verhalten zunehmend an Hooligans erinnert, zeigen, dass auch hier das Thema Sicherheit im öffentlichen Raum eine eigene Rolle spielt. Besitzer hochmotorisierter Sportwagen aus temporeglementierten Nachbarländern, die in Deutschland ihre Fahrzeuge abseits von Rennstrecken ausfahren, sind nur eine Arabeske am Rande.

Der Konkurrenzkampf, Fahrermangel einhergehend mit Lohn-dumping und eine marode Verkehrsinfrastruktur mit zu wenig Rast- und Parkplätzen umreist nur ansatzweise die Situation im gewerblichen Personen- und Güterverkehr. Der Mobilitätswandel, Elektrokleinfahrzeuge, Digitalisierung von Fahrzeugen und Verkehrsinfrastruktur verändern die Anforderungen an die Polizei bei Kontrollen und Verkehrsunfallaufnahmen grundlegend und erfordert in diesem Aufgabenfeld hochspezialisierte Polizeibeamtinnen und -beamte. Manipulationen an Fahrzeugen vom E-Scooter bis hin zu Schwerlastern sind heute weitverbreitet und nur noch mit speziellen Kenntnissen feststellbar. Darüber hinaus stellen die Fahrleistungen moderner Fahrzeuggenerationen, beispielsweise das Beschleunigungsvermögen von Elektrofahrzeugen, einschließlich der Lastkraftwagen, deutlich höhere Anforderungen an die Fahrerinnen und Fahrer. Diese und andere Entwicklungen werden auch den Weg zur „Vision Zero“ beeinflussen und absehbar nicht einfacher gestalten. Der EPC 2026 trägt auch diesen Themenstellungen entsprechend Rechnung.

In der Gesamtbetrachtung bietet der diesjährige Kongress wieder eine spannende Bandbreite an gebotenen Inhalten und der Besucher hat eigentlich nur die Qual der Wahl, sich ein entsprechendes Programm nach den eigenen Bedürfnissen zusammenzustellen.

RÜDIGER WOLLGRAMM, Leitender Polizeidirektor a.D.



THE PUBLIC SECURITY SYSTEM IN ITALY

The Minister of the Interior is responsible for maintaining public order and security and serves as the national public security authority. The Minister carries out these duties through the Public Security Administration, which consists of:

- the Department of Public Security, headed by the Chief of Police – Director General of Public Security;
- the provincial public security authorities, the Prefect and the provincial Chief of Police;
- the Police Headquarters and the local offices of the Polizia di Stato;
- the local public security authorities;
- public security officers and agents.



Foto: Privat

As the 2026 partner country at the European Police Congress, Italy is presenting its police forces and their capabilities.

ANDREA DEL FERRARO, SECURITY EXPERT AT THE ITALIAN EMBASSY, BERLIN

- provides security services for diplomatic and consular missions, as well as for the offices of military attachés abroad;
- provides security and escort services for the President of the Republic, as well as surveillance and protection of the Quirinale Palace, honor guards, and services at judicial offices;
- contributes to the protection of the national community's welfare in cases of public disasters, ensuring the continuity of law and order and security services, acting as the national operational structure for civil protection.

POLIZIA DI STATO

The Polizia di Stato is a civilian police force with a special status. It performs its duties in the service of democratic institutions and citizens, encouraging their cooperation.

It safeguards the exercise of citizens' freedoms and rights; ensures compliance with laws, regulations, and measures issued by public authorities; safeguards public order and safety; works to prevent and suppress crimes; and provides assistance in the event of disasters and accidents.

The territorial branches of the public security administration belong to the Polizia di Stato, such as the Police Headquarters, the peripheral offices of the traffic, railway, communications, and border police, the mobile units, the special offices and units, and the training institutes.

CARABINIERI

is an Armed Force and a military police force with general jurisdiction and in permanent public security service.

As an Armed Force, it contributes to the integrated defence of the national territory, participates in operations to maintain and restore international peace and security, with the aim, in particular, of fostering conditions of security and orderly coexistence in the areas of intervention, and ensures the national contribution to activities promoted by the international community or arising from international agreements, aimed at reconstituting and restoring the operational capacity of local police forces.

As a police force, it is engaged in carrying out all activities to protect public order and safety: territorial control, public order services, and the protection of the broader interests of the community. Highly specialised units are dedicated to the latter activity in the following sectors: health, hygiene, and food adulteration; forestry, environmental, and agri-food; labor and social legislation; and the nation's archaeological, historical, artistic, and cultural heritage.

In addition, the Carabinieri:

crime and operating as a maritime police force for security at sea and border control.

Its mission is structured around three core areas: tackling tax evasion and fraud, including VAT, excise duties, smuggling and the shadow economy; protecting public expenditure by preventing and prosecuting misuse of national and EU funds; and combating financial crime through AML/CFT controls, asset tracing, investigations into suspicious transactions, counterfeiting, unsafe goods, and corporate or bankruptcy offences.



Foto: Guardia die Finanza

As a general criminal police force, it contributes to internal and external security, including mountain rescue activities, and, as part of the Armed Forces, supports border defence and international missions.

The Corps is equipped with a modern air and naval fleet and is present throughout the national territory and abroad through a network of liaison officers, exercising broad judicial and administrative powers for inspections and investigations.

ANDREA DEL FERRARO, Security Expert at the Italian Embassy, Berlin

VON DER QUARTIERSBEZOGENEN POLIZEIARBEIT BIS ZUR DIGITALEN STREIFE – AKTUELLE HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE POLIZEI NRW IM ANALOGEN UND DIGITALEN RAUM

Streifenfahrt oder Cyber-Ermittlungen – angesichts der derzeitigen Sicherheitslage, geprägt von gesellschaftlichen Spannungen, globalen Krisen, Bedrohungen und neuen Kriminalitätsformen, steht die Polizei mehr denn je vor den Herausforderungen dieser Zeit.

PRÄSENZ, ANSPRECHBARKEIT UND SCHNELLE REAKTION ALS FUNDAMENT POLIZEILICHER ARBEIT

Die sichtbare Präsenz und Ansprechbarkeit im öffentlichen Raum ist (weiterhin) zentral für erfolgreiche Polizeiarbeit. Polizei muss möglichst schnell dort sein, wo Bürgerinnen und Bürger Hilfe benötigen. Diese unmittelbar wirkende Arbeit ist ein entscheidender Sicherheitsfaktor. Bürgerinnen und Bürger wollen sichtbar wahrnehmen, dass der Staat in Sicherheitsfragen funktioniert, dass sie sich auf ihn verlassen können. Sie erwarten eine schnelle Reaktion und ein konsequentes Einschreiten bei Störerinnen und Störern sowie Straftäterinnen und Straftätern, insbesondere im Bereich der Straßen- und Gewaltkriminalität. Dies klingt fast banal und selbstverständlich, gewinnt aber vor dem Hintergrund einer angespannten Sicherheitslage zunehmend an Bedeutung.

Mithin ist die Polizei wesentliches, stabilisierendes Element im freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat. Die Menschen wollen sich im öffentlichen Raum frei und ohne Angst bewegen. Die Aufgabenstellungen in diesem Zusammenhang sind zunächst insbesondere an etablierte Organisationseinheiten des Wachdienstes und des Bezirksdienstes zu adressieren.

Behörden vor Ort müssen jedoch – orientiert an der jeweiligen Sicherheitslage – immer häufiger örtliche und deliktsorientierte Schwerpunkte, beispielsweise im Rahmen von spezifischen Präsenzkonzeptionen und dem konzentrierten Einsatz von Präsenzkraften, bilden. Hierfür sind geeignete personelle und organisatorische Rahmenbedingungen zu schaffen, etwa durch die Einrichtung von Schwerpunktdienststellen. Ein flexibler und operativer Einsatz ist dabei, unabhängig von tradierten, behördeninternen Zuständigkeitsgrenzen, entscheidend. Beispielhaft ist die Präsenz- und Kontrolleinheit des Polizeipräsidiums Essen zu nennen, die flexibel eingesetzt durch verstärkte Streifen sowie gezielte Kontrollen an Kriminalitätsschwerpunkten, Angsträumen und Beschwerdepots zur Sicherheit im öffentlichen Raum beiträgt, zentral gesteuert und behördenweit zuständig. Dass darüber hinaus eine organisatorische Verzahnung von Präsenz- und Ermittlungsdienst-



Foto: IM NRW

Für die Polizei der Zukunft besteht die Herausforderung darin, den gesetzlichen Auftrag zur Bewältigung der Kernaufgaben in der analogen Welt mit der Entgrenzung des Einsatzraumes und der Ausweitung in den digitalen Raum in Einklang zu bringen.

DIRK HULVERSCHEIDT, INSPEKTEUR DER POLIZEI DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN

kraften zielführend ist, zeigt die Bielefelder „Soko Innenstadt“. Deren Konzept beruht auf hoher Präsenz, gebündelten Ermittlungen und enger Zusammenarbeit mit Stadt und Justiz.

DIGITALE KRIMINALITÄT ALS NEUE DIMENSION DER BEDROHUNG

Daneben ist die Sicherheitslage zunehmend durch eine Verlagerung von Kriminalität in den digitalen Raum beeinflusst. Neue technische Möglichkeiten korrespondieren regelmäßig mit neuen Kriminalitätsphänomenen. Gleichzeitig verschwimmen einzelne Phänomene, wie beispielsweise Politisch Motivierte Kriminalität und Cyberkriminalität.

Die Bedeutung des digitalen Raums als Tatmittel, Tatort und Radikalisierungsumfeld ist gestiegen. Er wird verstärkt genutzt, um schwere Straftaten oder Terroranschläge zu planen. Hasspostings, koordinierte Desinformations- und Phishing-Kampagnen sowie komplexe digitale Erpressungsszenarien, die

erheblichen volkswirtschaftlichen Schaden verursachen, verdeutlichen die Stellung des Internets als zentralen Operationsraum für kriminelle Akteurinnen und Akteure. Die Nichtgreifbarkeit der Täterinnen und Täter – räumlich entgrenzt, technisch verschleiert, häufig arbeitsteilig organisiert – verlangt neue operative Konzepte, spezialisierte Fachkompetenz und flexible Reaktionsmechanismen.

Crime-as-a-service-Dienstleistungen erleichtern dabei – quasi auf Bestellung – die Begehung von Straftaten. Vielfach bleibt unklar, ob die Taten monetär orientiert oder staatlich gelenkt und somit Teil einer hybriden Bedrohung sind. Die steigende Abhängigkeit der Industrienationen von Informationstechnik macht diese zugleich verwundbarer.

POLIZEILICHE ANTWORT AUF DIGITALE GEFAHREN

Der Entstehung eines rechtsfreien digitalen Raums gilt es fortwährend entgegenzutreten. Wenn gesellschaftliche Kommunikation, politische Mobilisierung und wirtschaftliche Transaktionen maßgeblich online stattfinden, muss die staatliche Sicherheitsarchitektur eben auch genau dort sichtbar und handlungsfähig sein. Auf den Punkt gebracht: Die Polizei muss die Bürgerinnen und Bürger im digitalen Raum ebenso schützen wie in der analogen Welt. Hier bildet die „Digitale Streife“ einen ersten Schritt für mehr strategische und operative Präsenz im Netz. Mit der Einrichtung von Kriminalinspektionen Cybercrime in ausgewählten Polizeipräsidien sowie des Cybercrime-Kompetenzzentrums im Landeskriminalamt

hat NRW darüber hinaus die erforderlichen personellen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen.

Zudem ist Künstliche Intelligenz (KI) Innovationsmotor moderner Polizeiarbeit, andererseits aber auch Multiplikator krimineller Handlungsmöglichkeiten. Die Integration von KI-Technologien in die tägliche polizeiliche Arbeit, etwa in Form von Sprach- und Übersetzungsmodulen oder Analysewerkzeugen, erleichtert die Bearbeitung von Beweismitteln und die Aufklärung von Straftaten erheblich. Ohne diese Fortschritte wäre die Auswertung von großen und vor allem zunehmenden Mengen an digitalen Beweismitteln nicht zu bewältigen.

DIE BALANCE ZWISCHEN DIGITALER INNOVATION UND KLASSISCHER POLIZEIARBEIT

Für die Polizei der Zukunft besteht die Herausforderung darin, den gesetzlichen Auftrag zur Bewältigung der Kernaufgaben in der analogen Welt mit der Entgrenzung des Einsatzraumes und der Ausweitung in den digitalen Raum in Einklang zu bringen.

Die Einstellung von jährlich 3.000 Kommissaranwärterinnen und -anwärtern in NRW ist dabei ein wichtiger und richtiger Schritt, um das personelle Fundament zunächst langfristig zu stärken. Gleichzeitig wird jedoch deutlich, dass eine nachhaltige Bewältigung der vielfältigen Aufgaben nicht allein durch mehr Personal erreicht werden kann. Es bedarf zugleich einer kritischen Überprüfung des

Aufgabenspektrums, der Organisationsstruktur sowie einer zielgerichteten Personalsteuerung. Diese muss auf der einen Seite fachliche Kompetenzen erkennen und berücksichtigen und auf der anderen Seite, wie beispielweise im berufsbegleitenden Bachelorstudiengang für Cyberkriminalisten, die Bedingungen zur Kompetenzentwicklung fördern.

Die Fokussierung auf uniformierte Präsenz im öffentlichen Raum sowie klassische Ermittlungsarbeit, auch in den Bereichen der Gewalt- und Straßensriminalität sowie der Eigentumsdelikte, ist dabei kein nostalgischer Reflex, sondern Ausdruck eines ganzheitlichen Sicherheitsverständnisses. Die strategische Ausrichtung der Polizei NRW darf sich in der Folge nicht ausschließlich auf neue (digitale) Phänomene konzentrieren. Sie muss daneben den tradierten Kern polizeilicher Arbeit im Blick behalten. Entscheidend wird sein, digitale Innovationskraft und klassische Polizeiarbeit strategisch und organisatorisch zu verbinden. Nur so kann es gelingen, Vertrauen zu stärken und die Sicherheit in einer zunehmend komplexen Gesellschaft nachhaltig zu gewährleisten. Polizeiliche Präsenz leistet einen wesentlichen Beitrag zur Reduzierung normabweichenden Verhaltens im öffentlichen Raum. Sie ist somit kein Selbstzweck.

DIRK HULVERSCHEIDT, Inspekteur der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen



Teilnehmern aus dem aktiven Polizeidienst bietet der Ausstellungsbereich viele interessante technische Neuerungen.

UNSER (FLEXIBLER) KURS FÜR DIE POLIZEI DER ZUKUNFT

Als Sicherheitsbehörden erleben wir täglich, dass unsere Welt komplexer, schneller und unberechenbarer geworden ist. Wir navigieren nicht mehr durch ruhige Gewässer, wir steuern durch stürmische See. Multiple Krisen und Kriege, hybride Bedrohungen, Cyberangriffe und gesellschaftliche Polarisierung prägen die sicherheitspolitische Lage in Europa. Für die Polizei bedeutet das: Wir müssen Sicherheit nach außen gewährleisten und gleichzeitig unsere Organisation nach innen kontinuierlich weiterentwickeln.

Für die Polizei Mecklenburg-Vorpommern haben wir deshalb seit 2022 einen strategischen Prozess angestoßen, der unsere Organisation zukunftsfähig ausrichtet soll. Die Vision „Miteinander innovativ – Wir für unser Land“ beschreibt unseren Anspruch, Sicherheit gemeinsam auch mit unseren Partnern zu gestalten.

ORGANISATIONSENTWICKLUNG UNTER NEUEN RAHMENBEDINGUNGEN

Mit einer veränderten Sicherheitslage verändern sich auch die Anforderungen an staatliche Organisationen. Unser Ziel ist es daher, langfristig tragfähige, moderne und flexible Strukturen zu schaffen und dadurch sicherzustellen, dass auf Veränderungen jederzeit reagiert werden kann.

Die heutigen Rahmenbedingungen unterscheiden sich dabei deutlich von früheren Entwicklungserfordernissen. Die letzte große Strukturreform der Polizei Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2010 fand in einer vergleichsweise stabilen und planbaren Lage statt. Zugleich waren politische Vorgaben ein wesentlicher Treiber der damaligen Reform. Entsprechend folgte die Organisationsentwicklung einer klassischen Top-Down-Logik.

Heute stellt sich die Situation grundlegend anders dar. Deshalb gestalten wir die Weiterentwicklung im Sinne der „Polizei 2030“ bewusst als Prozess einer lernenden Organisation. Strukturanpassungen werden zunächst an ausgewählten Standorten pilotiert, Erfahrungen aus der Praxis werden systematisch evaluiert und anschließend schrittweise in der Fläche umgesetzt.

DEMOKRATISCHE RESILIENZ STÄRKEN

Neben strukturellen Fragen steht auch die demokratische Resilienz staatlicher Institutionen im Fokus. Extremismus, Radikalisierung und institutionenfeindliche Narrative gefährden das Vertrauen der Menschen in unseren Rechtsstaat.

Gerade Sicherheitsbehörden tragen hier eine besondere Verantwortung. Wir dürfen nicht erst handeln, wenn demokratiefeindliche



Foto: PP Neubrandenburg

Die Stärkung demokratischer Resilienz ist nicht nur eine Frage von Haltung und Organisationskultur, sondern auch eine Frage der Zukunftsfähigkeit.

LUTZ MÜLLER, INSPEKTEUR DER LANDESPOLIZEI MECKLENBURG-VORPOMMERN

che Einflüsse sichtbar werden, sondern müssen wachsam bleiben. Das bedeutet auch, die eigene Organisation immer wieder kritisch zu hinterfragen. Nicht nur unsere Strukturen, sondern auch unsere Werte, die unser Handeln täglich prägen, und unser Miteinander.

Demokratische Resilienz beginnt im Inneren. Klare Regeln, transparente Verfahren, offener Dialog und eine klare Haltung bilden das Fundament. Ebenso wichtig ist eine Kultur des Hinsehens, in der Verantwortung übernommen wird und demokratiefeindliche Einflüsse keinen Raum bekommen.

DIGITALISIERUNG UND KÜNSTLICHE INTELLENZ

Die Stärkung demokratischer Resilienz ist damit nicht nur eine Frage von Haltung und Organisationskultur, sondern auch eine Frage der Zukunftsfähigkeit.

Denn parallel verändern technologische Entwicklungen die Rahmenbedingungen polizeilicher Arbeit grundlegend. Kriminalität findet zunehmend im digitalen Raum statt. Virtuelle Tatorte, verschleierte Täteridentitäten und international vernetzte Täterstrukturen stellen neue Anforderungen an Ermittlungen und Analyse.

Künstliche Intelligenz kann dabei helfen, große Datenmengen auszuwerten, Muster zu erkennen und Lagebilder schneller zu erstellen. Sie kann Prozesse effizienter machen und Ermittlungen unterstützen. Gleichzeitig müssen wir die Risiken solcher Technologien im Blick behalten. Algorithmen dürfen keine intransparenten Entscheidungen erzeugen und Datenanalysen keine neuen Ungleichbehandlungen hervorrufen. Rechtsstaatlichkeit verlangt Nachvollziehbarkeit, Kontrolle und klare Verantwortlichkeiten.

Für die Polizei bedeutet das: Wir müssen in digitale Kompetenzen und den digitalen Reifegrad unserer Organisation investieren, ethische Leitplanken für den Einsatz neuer Technologien entwickeln und Innovation mit einem stabilen Wertefundament verbinden.

FÜHRUNG IN ZEITEN DES WANDELS

Dabei kann die Technologie unsere Arbeit unterstützen, aber die Verantwortung bleibt. Gesellschaftliche Veränderungen, Organisationsentwicklung und Digitalisierung stellen auch neue Anforderungen an Führung und Zusammenarbeit. Mit der Weiterentwicklung der Polizeidienstvorschrift 100, Nr. 1.5, haben die Polizeien in Deutschland das Kooperative Führungssystem weiterentwickelt. Werteorientierung, gemeinsame Verantwortung für das Gelingen unserer Aufgabe und vertrauensvolle Kommunikation stehen dabei im Mittelpunkt.

Führung bedeutet für mich vor allem, Orientierung in einer komplexen Lage zu geben. Führungskräfte müssen Entscheidungen treffen, ihre Teams stärken und gleichzeitig Veränderungsprozesse gestalten und kommunizieren. Generative KI-Systeme können dabei als Werkzeug im komplexen Führungsalltag verantwortungsvoll eingesetzt werden – sie ersetzen aber keine Entscheidung. Steuerrad und Verantwortung bleiben in der Hand der Führungskraft.

SICHERHEIT UND VERTRAUEN ALS GEMEINSAMER AUFTRAG

Die Zukunft der Polizei entscheidet sich jedoch nicht allein an neuen Strukturen, Technologien oder Führungsgrundsätzen. Im Mittelpunkt steht der Mensch. Ihnen sind wir gerade bei stürmi-

scher See verpflichtet. Wer die Augen verschließt, wird unweigerlich in Schwierigkeiten geraten. Wer mutig ist, neue Wege zu gehen und den Kurs dabei auch anzupassen, wer vorausschauend und werteorientiert handelt, steuert sicher durch die Wellen.

Unser Auftrag bleibt klar:

Sicherheit gewährleisten, Vertrauen stärken und Demokratie schützen – nach innen und außen. Daran arbeiten wir jeden Tag mit Professionalität, mit Haltung und mit dem Anspruch, die Polizei auch für kommende Generationen leistungsfähig und vertrauenswürdig zu gestalten.

LUTZ MÜLLER, Inspekteur der Landespolizei
Mecklenburg-Vorpommern

POLIZEITAGE 2026

WIR DISKUTIEREN SICHERHEIT!

23.06.2026 Polizeitag Halle

- ▶ FORTSCHRITTLICHE TECHNOLOGIEN FÜR DIE POLIZEI – INNOVATIONEN IM PRAKTISCHEN EINSATZ

09.09.2026 Polizeitag Düsseldorf

- ▶ ZMZ ZWISCHEN PHASE 1 UND 2 – ZIVILE SICHERHEIT GEHT NUR GEMEINSAM

29.10.2026 Polizeitag Kiel

- ▶ INTELLIGENT UNTERWEGS – MOBILITÄT UND FORTBILDUNG IM WANDEL

03.12.2026 Polizeitag München

- ▶ TECHNOLOGIE ALS KRAFTMULTIPLIKATOR: MODERNE POLIZEIARBEIT TROTZ PERSONALMANGEL UND NEUER BEDROHUNGEN

Behörden Spiegel



Eine Veranstaltungsreihe des Behörden Spiegel und der Gewerkschaft der Polizei (GdP)

www.polizeitage.de

MIT STARKEN POLIZEIEN EUROPA SCHÜTZEN

Wie viele Teilnehmende und Gäste dieses Europäischen Polizeikongresses wissen, hat die Gewerkschaft der Polizei (GdP) ihre europäischen Aktivitäten enorm intensiviert. Insbesondere hat sich die GdP dafür entschieden, der European Federation of Police Unions (EU.Pol) beizutreten. Die dort versammelten 19 Mitgliedsorganisationen aus 13 EU- und Schengenstaaten vertreten fast 375.000 Polizeibeschäftigte und verfügen daher über ein ansehnliches politisches Gewicht mit Blick auf die EU-Beratungen und Beschlüsse zu den die Innere Sicherheit betreffenden Themen. Es ist falsch, zu glauben, dass das, was in Brüssel entschieden wird, weit entfernt ist, von dem, was unsere Kolleginnen und Kollegen in ihrem täglichen Dienst erleben. Natürlich auch hier bei uns, in der Bundesrepublik Deutschland.

Ich habe die Ehre, neben der GdP auch EU.Pol als Vorsitzender dienen zu dürfen. Das erfreut mich insofern, als ich einerseits ein glühender Verfechter der europäischen Idee bin, andererseits schon seit Längerem erkenne, dass Polizeikräften in einer sich rasch wandelnden geopolitischen Landschaft eine herausgehobene Rolle beim Schutz der EU-Bürgerinnen und -Bürger zukommt. Es steht selbstverständlich außer Frage, dass die Polizeien diese Rolle rundum annehmen. Zweifel dürfen jedoch erlaubt sein, ob es denn – bei aller Entschlossenheit, guten Vorsätzen und großem Willen – überhaupt ausreichend gelingen kann.

FORDERUNGEN DER EU.POL-AGENDA

Auf unserer EU.Pol-Agenda finden sich daher neben der „politischen Aufklärung“ über eine europaweit dichter vernetzte Polizeiarbeit ebenso dezidierte Forderungen nach mehr polizeigesetzlicher Harmonie, breiteren Ermittlungsbefugnissen, modernerer Technik und bestmöglichen Arbeitsbedingungen für unsere Mitglieder.

Brüssel ist unsere polizeigewerkschaftliche Bühne. Und dort setzen wir uns für die angemessene politische, operative und rechtliche Unterstützung für Polizeikräfte ein. Wir bieten an, an der Integration von Strategien der EU-inneren Sicherheit intensiv und konstruktiv mitzuarbeiten. Wir plädieren für die Einbeziehung der Polizeikräfte in die internationale Zusammenarbeit zur Bekämpfung hybrider Bedrohungen und raten dringend dazu, alsbald zu legislativen Entscheidungen zu kommen.

Äußerst hilfreich ist es, bei unserer polizeilichen EU-Mission die Aufmerksamkeit des Europaparlamentes für Themen der Inneren Sicherheit zu besitzen. Zuletzt erhielten wir in der sogenannten In-



Foto: Kay Herschelmann

Polizeikräften kommt in einer sich rasch wandelnden geopolitischen Landschaft eine herausgehobene Rolle beim Schutz der EU-Bürgerinnen und -Bürger zu.

JOCHEN KOPELKE, BUNDESVORSITZENDER DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI (GDP)

tergroup Police die Möglichkeit, aus der Praxis zu berichten und auf Lücken aufmerksam zu machen. Rund 200 Polizistinnen und Polizisten erörterten mit den Parlamentariern dringend zu schließende Baustellen der Polizeiarbeit.

NEUE RISIKEN FÜR DIE POLIZEIBESCHÄFTIGTEN

Wir Polizeibeschäftigten nehmen permanent wachsende, teils gänzlich neue Risiken wahr. Täter versuchen, unsere Kolleginnen und Kollegen vermehrt, auch online einzuschüchtern. Es wäre naiv, diese Bedrohungen als „Folklore“ abzutun. Die Brutalität gegenüber den Polizeien nimmt genauso stark zu, wie der Respekt uns gegenüber abnimmt.

Wir arbeiten täglich in einem Hochrisikoberuf, der kaum seinesgleichen findet.

Ich selbst habe deutlich machen können, dass Polizistinnen und Polizisten an

jedem Tag in ihrem Dienst für die Gesellschaft vor der komplexen Schwierigkeit stehen, unsichtbare Linien erkennen zu müssen. Wo endet das Vertrauen, wo fängt das Misstrauen an? Wann kippt das Gefühl der Freiheit in Richtung der Angst? Wo genau befindet sich die Stolperkante zwischen politischer Vision und praktischer Realität? Erfreulich ist, dass die politischen Initiatoren des Intergroup-Police-Events, darunter der EU-Kommissar für Inneres und Migration, Dr. Magnus Brunner, uns Polizeibeschäftigten vor diesen Hintergründen den Rücken stärkten.

Einig waren und sind wir uns auch darin, dass die Polizeien Europas bisher nicht gekannte Herausforderungen bestehen müssen. Eine für uns Polizeigewerkschaften zentrale Frage dabei ist, wie man uns besser schützt. Und dies mit Blick auf die Bekämpfung organisierter Kriminalität und terroristischer Netzwerke sowie vergleichsweise jüngerer, ebenso vielschichtiger Bedrohungslagen wie Cyberangriffe, Attacken auf Anlagen der kritischen Infrastruktur, Desinformationskampagnen oder den Einsatz von Drohnen. In all diesen Fällen bilden die Polizeien die erste Abwehrlinie.

SCHATTENKRIEG GEGEN NEUE HERAUSFORDERUNGEN

Eine bislang unbekannte Herausforderung war die Bedrohungslage Europas durch subversiv angelegte kriminelle Aktionen kriegsbeteiligter Länder. Expertinnen und Experten erkennen sehr genau, dass Russland nicht nur einen Krieg gegen die Ukraine führt. Auch gegen Europa ziehen die Russen zu Felde. Dies jedoch nicht mit Raketen, Panzern und Granaten, sondern mittels verdeckter Operationen auf EU-Gebiet.

Als europäische Staaten müssen wir darauf besser vorbereitet sein. Insbesondere, weil unsere europäische Demokratie verwund-

barer ist als autokratische Staaten. Weil wir offene Grenzen besitzen, weil wir unsere Parlamente und Regierungen frei wählen, weil wir eine offene Gesellschaft sind. Nachrichtendienste listen die bekannt gewordenen Aktionen aus dem feindlichen Ausland auf: Neben Cyber, Desinformation und Drohnen, sind dies auch Sabotageakte gegen Wasserwerke, Angriffe auf Eisenbahninfrastruktur, Störungen im Gesundheitssektor sowie Attentate auf Führungskräfte von Rüstungsunternehmen und Politiker.

Es fällt auf, dass heutzutage nicht mehr klassische Agententätigkeiten im Vordergrund der Akteure stehen, sondern scheinbar „gewöhnliche Kriminelle“ wie Schmuggler, Drogendealer, Diebe oder Mitglieder von Bikergangs in Erscheinung treten. Deren Engagement ist keineswegs politisch motiviert, sie lockt das vermeintlich schnell verdiente Geld. Taten und Täter richtig einzuordnen, ist für die Polizeien äußerst schwierig, dies nachhaltig abzuwehren,

umso mehr, als jede und jeder dieser Verbrecher problemlos austauschbar ist.

Und es ist wohl zutreffend, in diesen Zusammenhängen von einem „Schattenkrieg“ zu sprechen. Ein Konflikt, der auch Polizeikräfte selbst zunehmend zum Ziel solcher Aktivitäten macht.

Als europäische Polizeien müssen wir von unseren Staaten besser vorbereitet werden, weil wir es sind, die die Strategien und Ziele der Täter vereiteln sollen – das Destabilisieren unserer Gesellschaften und das Beeinflussen politischer Entscheidungsprozesse.

Als europäische Polizeigewerkschaft werden wir dafür sorgen, dass all dies der Umsetzung ständig und so rasch wie möglich näher rückt.

JOCHEN KOPELKE, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP)



Gesprächsrunde mit dem Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei im Ausstellungsbereich des European Police Congress 2025.

„ZWISCHEN SCHUTZ UND STRAFVERFOLGUNG – ANTWORTEN DER POLIZEI DER ZUKUNFT“

Als Garant für Sicherheit und Ordnung kommt der Polizei eine zentrale Rolle innerhalb einer demokratischen Gesellschaft zu. Jede Polizistin und jeder Polizist lernt von Tag eins der Ausbildung, sich nichtdemokratischem Verhalten entschieden entgegenzustellen.

Konkret heißt das: Unsere Hessische Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (HöMS) wendet sich entschieden gegen Antisemitismus und Diskriminierung in jeglicher Form. Unser Auftrag ist es, federführend bei der Entwicklung präventiver Ansätze und Maßnahmen zur politischen Bildung und demokratischer Resilienz zu sein. Wir bieten Bildungsangebote in den wichtigen Themenfeldern Demokratie, Menschenrechte und Vielfalt an. Die Studierenden sollen frühzeitig extremistische Einstellungen erkennen lernen sowie eine kollektive Kultur des Hinsehens entwickeln, um mit ihrem Verhalten für die freiheitliche demokratische Grundordnung unseres Staates sowie für unsere demokratische Zivilgesellschaft aktiv einzutreten.

Polizistinnen und Polizisten sind in ihrem Berufsalltag in vielfältiger Weise mit Antisemitismus konfrontiert. Ihnen wird der Schutz von Jüdinnen und Juden anvertraut, sie verfolgen antisemitische Straftaten und müssen antisemitische Aussagen, Parolen, Bilder und Memes als solche einordnen. Sie sind aufgerufen, zu intervenieren. Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sind aktuell als Themenbereiche für hessische Polizeibehörden sehr präsent.

Ambiguitätstoleranz, also kreativ bei Problemlösungen zu sein, offen für neue Erfahrungen und in komplexen, unvorhersehbaren Situationen handlungsfähig zu bleiben, gilt es zu fördern und ist ein zentrales Anliegen unserer Hochschule. Die Erscheinungsformen der Judenfeindlichkeit sind unterschiedlich und gegenwärtig.

GANZHEITLICHER ANSATZ IN DER POLITISCHEN BILDUNG

All das erfordert einen ganzheitlichen Ansatz in der politischen Bildung und Begleitung. So decken wir zum Beispiel mit Besuchen von Gedenkstätten potenziell die bundesdeutsche Erinnerungskultur und die damit verbundene Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen thematisch ab, führen mit mehreren Gedenkstätten konstruktive Gespräche zur Vertiefung unserer



Foto: Polizei Hessen

Die hessische Polizei ist ihrer Verantwortung als Bollwerk für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte besonders verpflichtet.

DR. WALTER SEUBERT, PRÄSIDENT DER HESSISCHEN HOCHSCHULE FÜR ÖFFENTLICHES MANAGEMENT UND SICHERHEIT

Zusammenarbeit, was von Seiten der Gedenkstätten allseits begrüßt wird.

2023 veranstaltete die HöMS ihren Hochschultag in Kooperation mit der Bildungsabteilung des Zentralrates der Juden zum Thema: „Polizeialltag und Antisemitismus“, bei der die jüdische Perspektive mit einem Impuls „Jüdische Gegenwart(en) in Deutschland“ dargestellt wurde und den Teilnehmenden damit einen tiefen Einblick in die Lebenswirklichkeit von Jüdinnen und Juden boten.

2024 wurde an der HöMS die Wanderausstellung „Ja, DAS ist Antisemitismus!“ in Zusammenarbeit mit der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Hessen (RIAS) präsentiert. Die Grundlage der Ausstellung bilden authentische, antisemitische Vorfälle, bei denen betroffene Personen ganz unterschiedliche Reaktionen ihrer Umwelt erlebt haben.

Die Stärkung demokratischer Werte, interkultureller Kompetenzen und die stetige Sensibilisierung für das Thema Extremismus sind feste Bestandteile der Aus-, Fort- und Weiterbildung. Der Hochschuldidaktische Dienst bietet darüber hinaus viele Angebote für die Studierenden, Lehrenden und Mitarbeitenden an, die insbesondere die Stärkung der demokratischen Resilienz zum Ziel haben. Ein wichtiger Schritt zur Erweiterung von Wissen und interkultureller Kompetenz sind die wegweisende Kooperationsvereinbarung zwischen der Jüdischen Gemeinde Wiesbaden mit unserer Hochschule sowie die enge Zusammenarbeit mit dem Zentralrat der Juden. Ziel ist es, Angehörigen der hessischen Polizei ein vertieftes Verständnis für das jüdische Leben in Hessen zu vermitteln und Wissen über Antisemitismus sowie gesellschaftliche Vielfalt zu erweitern. Dies stärkt ihre Handlungssicherheit und fördert eine reflektierte Perspektive im Berufsalltag.

ANTISEMITISMUS IN DER GESELLSCHAFT

Seit nunmehr 16 Jahren findet ein regelmäßiger Austausch zwischen der hessischen Polizei und der Kinder- und Jugend-Aliyah e. V. statt. Gemeinsam mit ihren Kooperationspartnerinnen und -partnern innerhalb und außerhalb der Polizei Hessen bietet die HöMS den jährlich wechselnden Delegationen aus dem Jugenddorf Hodayot ein abwechslungsreiches Programm, um die Polizeiarbeit in Hessen vorzustellen. Unsere Koordinierungsstelle Vielfalt, Teil des Zentrums für Fort- und Weiterbildung (ZFW), ist für die Ausrichtung maßgeblich verantwortlich. Für unser ZFW ist politische Bildung kein bloßes Add-on im polizeilichen Ausbildungskanon – sie ist

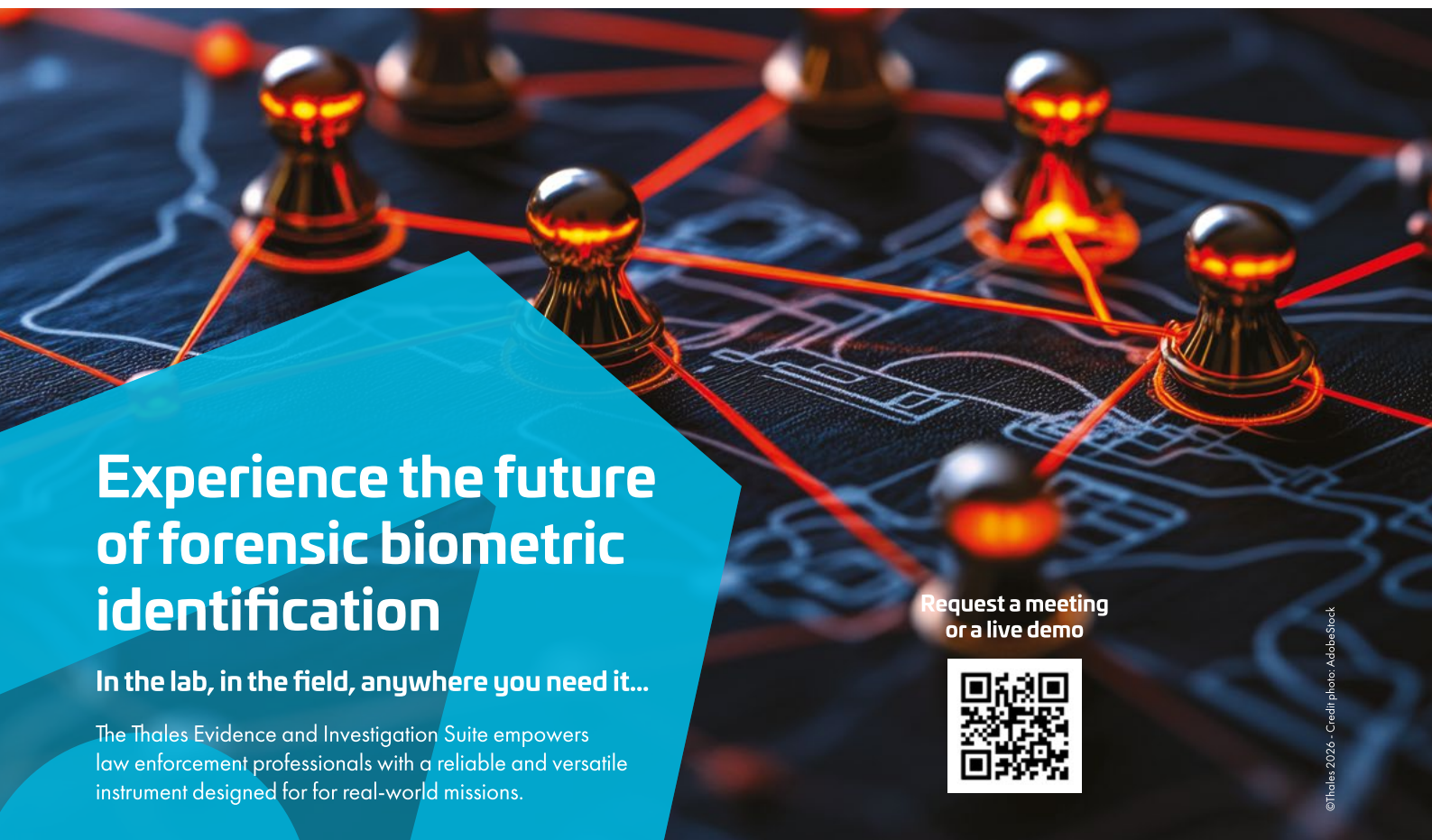
integraler Bestandteil professioneller Polizeiarbeit. Jede Polizeibeamtin und jeder Polizeibeamter bringt politische Haltungen und gesellschaftliche Erfahrungen bereits mit – vom ersten Tag an. Diese Überzeugungen können sich im Laufe der beruflichen Karriere weiterentwickeln oder verändern, im positiven wie im negativen Sinne. Daher ist politische Bildung weit mehr als reiner Wissenstransfer. Sie arbeitet mit Werteorientierung und steht in enger Verbindung zum polizeilichen Leitbild. Aspekte wie interkulturelle Kompetenz oder das Verständnis gesellschaftlicher Dynamiken sind nicht nur theoretische Inhalte, sondern können im Einsatzalltag ganz konkret dazu beitragen, Konflikte zu entschärfen oder sogar zu verhindern. Damit ist sie hoch relevant für die Praxis und ein Einsatzmittel im besten Sinne.

Die jüngsten Entwicklungen, auch in Hessen, verdeutlichen, dass sich Antisemitismus in vielfältiger Weise nahezu durch alle Schichten und Altersgruppen unserer Gesellschaft zieht. Das Spektrum reicht von unterschweligen judenfeindlichen Bemerkungen bis hin zu offener Hetze, Gewalt gegen Jüdinnen und Juden und Angriffen auf jüdische Institutionen. Die hessische Polizei ist ihrer Verantwortung als Bollwerk für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte besonders verpflichtet.

HESSISCHE HOCHSCHULE FÜR ÖFFENTLICHES MANAGEMENT UND SICHERHEIT

Die HöMS ist die zentrale Hochschule des Landes Hessen für Polizei und Verwaltung und bündelt das Studium, die Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie die Nachwuchsgewinnung und polizeipsychologische Dienstleistungen unter einem Dach. Das Besondere ist: die HöMS ist eine staatliche Hochschule, die zugleich polizeibehördliche Aufgaben wahrnimmt und außerdem für die Fortbildung aller Beschäftigten der hessischen Landesverwaltung zuständig ist. Sie ist eine rechtsfähige Körperschaft des öffentlichen Rechts und zugleich eine „besondere Hochschule für angewandte Wissenschaften“ nach dem Hessischen Hochschulgesetz (§ 2 Abs. 1 Nr. 5 HessHG) sowie eine Polizeibehörde im Sinne von § 91 des Hessischen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes (HSOG). Das Studium findet an den Fachbereichen Polizei und Verwaltung statt; über letzteren ist die HöMS eng mit der kommunalen Familie in Hessen verbunden. Ihre Aufgaben erfüllt und gewährleistet die HöMS an vier Standorten in Gießen, Kassel, Mühlheim und Wiesbaden.

DR. WALTER SEUBERT, Präsident der Hessischen Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit




Experience the future of forensic biometric identification

In the lab, in the field, anywhere you need it...

The Thales Evidence and Investigation Suite empowers law enforcement professionals with a reliable and versatile instrument designed for for real-world missions.

Request a meeting or a live demo



©Thales 2026 - Credit photo: AdobeStock

SICHERHEIT BRAUCHT BILDUNG

Wie die Polizei Niedersachsen ihre Zukunft gestaltet

Die Polizei bewegt sich in einer neuen Realität: Sie sieht sich in ihrem Auftrag von Gefahrenabwehr und Strafverfolgung mit einer komplexen Sicherheitslage konfrontiert, die sich zunehmend institutionellen Zuständigkeitsgrenzen entzieht. Hybride Bedrohungen in ihren vielfältigen Erscheinungsformen und ein rasanter digitaler Wandel verlangen nach einer Polizei, die noch dynamischer und fokussierter auf gesellschaftliche und technologische Entwicklungen reagiert. Die entscheidende Frage ist also nicht, ob sich die Polizei wandeln muss, sondern wie schnell sie es kann.



Foto: Polizei Niedersachsen

Bildung ist in moderner Polizeiarbeit weit mehr als reine Wissensvermittlung.

CARSTEN ROSE, DIREKTOR DER POLIZEIAKADEMIE NIEDERSACHSEN

Mit dem Start der Strategie³ wurden im Landespolizeipräsidium, in den Polizeibehörden sowie bis auf die Ebene der Polizeiinspektionen über 100 OKR-Sets entsprechend ihrer jeweiligen Aufgaben und Erfordernisse aus den drei strategischen Zielbereichen abgeleitet und in einem ersten Zyklus umgesetzt. Die gewonnenen Erfahrungen werden als Best Practices und Lessons Learned landesweit transparent gemacht und tragen so dazu bei, die Strategie³ zu einem gemeinsam erlebbaren Lernprozess werden zu lassen.

Als zentrale Bildungsträgerin kommt der Polizeiakademie Niedersachsen bei der strategischen Umsetzung naturgemäß eine besondere Verantwortung zu. Für rund 25.000 Mitarbeitende der niedersächsischen Polizei schafft sie in der Aus- und Fortbildung die Grundlagen, um die strategischen Ziele in konkrete Antworten für die Zukunft zu überführen. Zwei Schwerpunkte der Polizeiakademie zeigen exemplarisch, wie das gelingen kann.

NIEDERSACHSEN SETZT AUF STRATEGIE³

Dazu bedarf es mehr als nur einer langfristigen strategischen Ausrichtung. Mit der zum 1. Januar 2026 gestarteten und unter wissenschaftlicher Begleitung entwickelten „Strategie³“ hat sich die Polizei Niedersachsen strategisch grundlegend neu aufgestellt und einen Rahmen geschaffen, um den Prozess kontinuierlich zu überprüfen und flexibler anzupassen. Grundlage bildet ein gemeinsam mit über 100 Personen aus allen Bereichen der niedersächsischen Polizei entwickeltes Zukunftsbild mit drei zentralen strategischen Zielbereichen: Gesellschaft. Mensch. Technik.

Der Zielbereich Gesellschaft steht für den Anspruch, als Garant der freiheitlichen demokratischen Grundordnung das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei zu stärken und Desinformation sowie Destabilisierung aktiv entgegenzuwirken. Der Zielbereich Mensch richtet den Blick auf die Polizeiangehörigen und die Weiterentwicklung ihrer Kompetenzen, insbesondere im digitalen Raum. Der Zielbereich Technik fokussiert den Ausbau digitaler Infrastruktur und den Einsatz von Künstlicher Intelligenz.

Zur wirksamen Umsetzung dieser Zielbereiche nutzt die Polizei Niedersachsen die agile Methode OKR (Objectives and Key Results). Dieses aus der Organisationsentwicklung bekannte Steuerungsinstrument folgt einem Dreiklang aus motivierenden Zielen (Objectives), messbaren Ergebnissen (Key Results) und daraus abgeleiteten Maßnahmen (Doings). Die so gebildeten OKR-Sets werden jeweils für einen halbjährigen Zeitraum definiert, regelmäßig überprüft und fortgeschrieben.

dersächsischen Polizei schafft sie in der Aus- und Fortbildung die Grundlagen, um die strategischen Ziele in konkrete Antworten für die Zukunft zu überführen. Zwei Schwerpunkte der Polizeiakademie zeigen exemplarisch, wie das gelingen kann.

SCHWERPUNKT: HYBRIDE BEDROHUNGEN

Kaum ein Themenfeld steht derzeit so stark im politischen, medialen und sicherheitsbehördlichen Fokus wie hybride Bedrohungen. Im Rahmen der Strategie³ wurde das Thema mit unterschiedlichen Formaten und inhaltlichen Akzenten in der polizeilichen Bildungsarbeit verankert. Dazu gehören Seminare, digitale Lernangebote und Austauschformate zu hybriden Bedrohungsszenarien und zur zivil-militärischen Zusammenarbeit, gemeinsame Veranstaltungen mit der Bundeswehr sowie der Aufbau eines landesweiten Wissenspools.

Ziel ist dabei mehr als nur die Sensibilisierung von Polizeiangehörigen. Neben der Befassung bereits im Bachelorstudiengang sollen insbesondere Führungskräfte aller Ebenen durch die Weiterentwicklung ihres Mindsets befähigt werden, hybride Lagen nicht nur zu erkennen, sondern auch handlungssicher zu bewältigen. Im Fokus stehen ein gemeinsames Lageverständnis, souveräne Entscheidungen unter Unsicherheit sowie die Fähigkeit, dieses Bewusstsein im eigenen Verantwortungsbereich weiterzutragen. Die strategische und operative Verankerung des Themas zeigt sich auch darin, dass hybride Bedrohungen in den Jahren 2025

und 2026 prägender Bestandteil der jährlichen Fortbildung der Polizeivizepräsidentinnen und -präsidenten sind, die gemeinsam mit Führungskräften anderer Sicherheitsbehörden durchgeführt wird.

SCHWERPUNKT: DIGITALE TRANSFORMATION

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der konsequenten Fortführung der bereits eingeleiteten digitalen Transformation der polizeilichen Bildungsarbeit. Wesentliches Element ist dabei die Einrichtung einer dauerhaften Stabsstelle: der „Digitale Campus PA“. Als Impulsgeber und Koordinierungsstelle schafft er die Voraussetzung, die digitale Transformation an der Polizeiakademie transparent zu begleiten, Handlungsbedarfe gezielt zu identifizieren und gemeinsam mit den Organisationseinheiten zu gestalten.

Der Campus wirkt auf zwei Ebenen: organisatorisch als Klammer und inhaltlich als Treiber neuer Lehr- und Lernformate. Konkret bedeutet das den Ausbau der Digitalkompetenzen aller Polizeiangehörigen durch praxisnahe Fortbildungen und digitale Lernpfade, die Entwicklung eines KI-Guides zur Stärkung der Handlungssicherheit sowie ein strukturiertes Ideenmanagement, das



Foto: Polizei Niedersachsen

Kaum ein Themenfeld steht derzeit so stark im politischen, medialen und sicherheitsbehördlichen Fokus wie hybride Bedrohungen.

BERNHARD SCHMIDT, SACHBEARBEITER FÜR GRUNDSATZFRAGEN DER POLIZEIAKADEMIE NIEDERSACHSEN

innovative Impulse aufgreift. Gleichzeitig werden neue Technologien vorangetrieben. Das Spektrum reicht von der Weiterentwicklung des Lernmanagementsystems bis zur Pilotierung virtueller Trainingssysteme zur Simulation polizeilicher Einsatzlagen. Die Potenziale für Aus- und Fortbildung sind noch längst nicht ausgeschöpft: KI-Tutoren, automatisierte Lerntests oder KI-gestütztes Vernehmungstraining zeigen, wohin die Reise gehen kann.

DIE ZUKUNFT DER POLIZEI BEGINNT MIT BILDUNG

Beide Schwerpunkte machen deutlich: Bildung ist in moderner Polizeiarbeit weit mehr als reine Wissensvermittlung. Sie leistet einen entscheidenden Beitrag zu einer zukunftsfähigen Polizei – zwischen Schutz und Strafverfolgung, zwischen Kontinuität und Wandel. Ganz

im Sinne des Zukunftsbildes der Strategie³ gilt: Die Welt verändert sich – SICHER – mit uns.

CARSTEN ROSE, Direktor der Polizeiakademie Niedersachsen
BERNHARD SCHMIDT, Sachbearbeiter für Grundsatzfragen der Polizeiakademie Niedersachsen

HANDBUCH DER POLIZEI ATTACHÉS IN DEUTSCHLAND

JETZT VORBESTELLEN

www.behoerden-spiegel.de/sonderpublikationen

**NEU-
AUFLAGE
2026**

NEXTGEN DER POLIZEI – VON DER BEWERBUNG ZUR BERUFUNG

Zwischen Schutz und Strafverfolgung – Antworten hierauf geben insbesondere die NextGen der Polizei, Polizistinnen und Polizisten der nächsten Generation.

Im Kontext bestehender Megatrends westlicher Gesellschaften wie der digitalen Transformation oder des demografischen Wandels sowie geopolitischer Umbrüche und sich daraus ergebender steigender Unsicherheiten für die Menschen bedarf es gerade für die Polizei Stabilität und eine hohe Innovationskompetenz.

Veränderte Anforderungen erfordern eine Kompetenzerweiterung der polizeilichen Arbeit. Dies wird deutlich beim Umgang mit neuen Technologien wie künstlicher Intelligenz oder großer Datenmengen sowie beim Einsatz und der Abwehr von Drohnen. Aufgabenfelder wie Cybersicherheit, Terrorbekämpfung oder der Umgang mit sozialen Konflikten werden komplexer.

POLIZEI ALS SPIEGELBILD DER GESELLSCHAFT

Die Polizistinnen und Polizisten der Zukunft sollten aus vielfältigen ethnischen, kulturellen und sozialen Hintergründen kommen, um die Gesellschaft gut zu repräsentieren. Dies fördert das Vertrauen in die Polizei und verbessert die Zusammenarbeit mit verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Es bedeutet letztlich Vielfalt im Polizei-Team. Eine ausgewogenere Geschlechterverteilung mit mehr Frauen kann erwartet werden. Ein inklusives Arbeitsumfeld, in dem alle Mitarbeitenden gleichermaßen gefördert und respektiert werden ist maßgeblich, um die besten Talente zu gewinnen und zu halten.

Polizistinnen und Polizisten der Zukunft sollten technisch versiert und im Umgang mit modernen Technologien trainiert sein. Dies umfasst die Bereiche Cyberkriminalität, digitale Forensik und den Umgang mit sehr großen Datenmengen. Mit der weiterwachsenden Bedeutung künstlicher Intelligenz und automatisierter Prozesse in der Strafverfolgung sollten Polizistinnen und Polizisten in der Lage sein, sich dieser Technologien zu bedienen. Wichtig ist zudem das Verständnis dafür, wie diese Technologien die Polizeiarbeit unterstützen können.

Polizistinnen und Polizisten benötigen eine hohe interkulturelle Kompetenz zur respektvollen und empathischen Interaktion mit den Menschen. Die Fähigkeit zu Verhandeln und eine empathische Kommunikation gehören zu den wichtigsten kommunikativen Fä-



Foto: Hochschule für Polizei Baden-Württemberg

Polizistinnen und Polizisten benötigen eine hohe interkulturelle Kompetenz zur respektvollen und empathischen Interaktion mit den Menschen.

MATTHIAS ZEISER, PRÄSIDENT DER HOCHSCHULE FÜR POLIZEI BADEN-WÜRTTEMBERG

higkeiten, um in Krisensituationen deeskalierend wirken zu können.

Ebenso ist die handlungs- und rechts-sichere Anwendung unmittelbaren Zwanges, wenn erforderlich, zu gewährleisten.

KONTINUIERLICHE WEITERBILDUNG UND ZUNEHMENDE SPEZIALISIERUNG

Kontinuierliche Weiterbildung wird ein zentrales Erfordernis des Polizeiberufs sein, da sich die gesellschaftlichen, technologischen oder taktischen Herausforderungen stetig verändern. Diesen Wandel gab es zwar schon immer, jedoch sind die Zeitläufe heutzutage schneller und Anpassungen müssen zeitnah erfolgen, um rechtzeitig reagieren zu können oder vor die Lage zu kommen. Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte der Zukunft sollten vielseitig einsetzbar sein – von der klassischen Strafverfolgung bis hin zur Cyberabwehr oder der Zusammen-

arbeit mit sozialen Diensten.

Die Polizei dürfte in Zukunft noch stärker unter öffentlicher Beobachtung stehen. Ein wichtiger Aspekt ist, dass sie korrekt und transparent handelt. Der Schutz der Bürgerrechte und die Einhaltung rechtlicher Standards werden noch stärker in den Vordergrund rücken, insbesondere im Umgang mit Daten und Überwachungstechnologien.

Neben der allgemeinen Polizeiarbeit dürfte es immer mehr Experten geben, die auf Gebiete wie Cyberkriminalität, Terrorismusbekämpfung oder Umweltkriminalität spezialisiert sind. In Zukunft dürften zunehmend wissenschaftliche Erkenntnisse, beispielsweise in Kriminologie, Recht, Informatik oder Psychologie mit praktischen Polizeikennntnissen kombiniert werden.

Die Arbeit der Polizei wird auch künftig fordernd und anspruchsvoll sein. Daher wird die Förderung der psychischen und physischen Gesundheit von hohem Wert, um mögliche Erkrankungen zu vermeiden und die langfristige Einsatzfähigkeit von Polizistinnen und Polizisten sicherzustellen. Resilienztraining und emotionale Selbstfürsorge sind wesentliche Bestandteile der Ausbildung bzw. des Studiums, um auch künftige Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte auf die Belastungen ihrer Arbeit vorzubereiten.

POLIZEI DER ZUKUNFT

Die Polizistinnen und Polizisten der Zukunft werden vermehrt in teamorientierten Strukturen arbeiten, wobei flache Hierarchien und die Fähigkeit, in Krisensituationen flexibel und schnell zu re-

agieren, entscheidend sind. Es wird wichtiger, eng mit anderen Berufsgruppen (z.B. Sozialarbeitern, Psychologen, IT-Experten) zusammenzuarbeiten, um umfassende Lösungen für komplexe Probleme zu entwickeln

Polizeiliche Bildungseinrichtungen wie die Hochschule für Polizei Baden-Württemberg bieten den Studierenden und den Beamtinnen und Beamten in Ausbildung einen geschützten Rahmen für ihre persönliche Entwicklung und ihre Kompetenzentwicklung. Fehler dürfen passieren, wichtig ist der Umgang mit Ihnen. Eine positive Fehlerkultur unterstützt dabei, Fehler zu akzeptieren und als Lernchance zu begreifen.

Durch klare Strukturen, positive Vorbilder und die Förderung der Werteorientierung werden junge Menschen auf ihrem Weg in den Beruf unterstützt. Wichtig ist, die Werteorientierung durch eine Kombination aus theoretischem Wissen, praktischer Anwendung und kontinuierlicher Reflexion zu fördern.

Ausbildung und Studium müssen ausreichend Raum für Diskussionen und persönliche Entwicklung bieten.

Der Weg von der Bewerbung zur Berufung ist spannend, herausfordernd, erfüllend und bereichernd; er beinhaltet zahlreiche Stationen: Ein anspruchsvolles Auswahlverfahren, eine intensive Ausbildungs- bzw. Studienphase, lebenslanges Lernen und die persönliche Weiterentwicklung im Berufsalltag. Als Hochschule für Polizei Baden-Württemberg wählen wir die geeigneten und besten Talente aus und begleiten sie auf diesem Weg in Ausbildung, Studium und in der Fortbildung, immer mit dem leitenden Gedanken, junge Menschen optimal auf den Polizeiberuf vorzubereiten und sie bedarfsgerecht fortzubilden. Damit sie auf der Grundlage von Recht und Gesetz wertorientiert als menschliche, zuverlässige und leistungsstarke Polizistinnen und Polizisten die Zukunft sicher gestalten.

MATTHIAS ZEISER, Präsident der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg



Strahlende Gewinner des Zukunftspreises der Polizei nach der Preisverleihung.

CYBERSICHERHEIT FÜR DAS EUROPA VON MORGEN: NEUE ANFORDERUNGEN AN DIE POLIZEI

Die Sicherheitslage in Europa verändert sich grundlegend. Der digitale Raum ist zum permanenten Konfliktfeld geworden – ein Raum, in dem staatliche und nichtstaatliche Akteure täglich versuchen, Verwundbarkeiten auszunutzen, Infrastrukturen zu stören oder politische Systeme zu destabilisieren. Cyberangriffe sind längst keine Randerscheinung mehr, sondern eine der zentralen Bedrohungen für die innere Sicherheit. Für die Polizei der Zukunft bedeutet das: Schutz und Strafverfolgung müssen neu gedacht und enger verzahnt werden, als es bisher der Fall ist. Mehr noch: Es braucht ein Verständnis dafür, dass digitale Angriffe nicht nur technische Ereignisse sind, sondern strategische Operationen, die darauf abzielen, Vertrauen in staatliche Handlungsfähigkeit zu untergraben. Je vernetzter unsere Gesellschaft wird, desto größer wird die Verantwortung der Sicherheitsbehörden, mit passenden Strukturen, klaren Befugnissen und zeitgemäßen Werkzeugen zu reagieren.

Gerade der deutsche Gesetzgebungsprozess zur Cybersicherheit macht deutlich, wie groß der Reformbedarf ist. Seit Jahren warten Sicherheitsbehörden auf ein modernes Bundespolizeigesetz, das den realen Anforderungen der digitalen Gegenwart entspricht. Stattdessen werden punktuell neue Befugnisse vorgeschlagen, ohne das Fundament des polizeilichen Ordnungsrahmens zu modernisieren. Das führt zu Inkonsistenzen, Doppelstrukturen und Rechtsunsicherheiten – und schwächt letztlich die Handlungsfähigkeit der Einsatzkräfte. Eine hochmoderne Einzelbefugnis für wenige Spezialistinnen und Spezialisten ersetzt keine zeitgemäße Gesamtarchitektur. Vielmehr entsteht der Eindruck, dass eine Reihe von Insellösungen geschaffen wird, die zwar einzelne Probleme adressieren, jedoch kein kohärentes Konzept ergeben. Dies führt in der Praxis dazu, dass Einsatzkräfte immer wieder zwischen veralteten Strukturen und punktuell modernisierten Befugnissen navigieren müssen – ein Zustand, der weder dem technischen Fortschritt noch der operativen Realität gerecht wird.

WARUM PRÄVENTION UND REPRESSION ZUSAMMENGEHÖREN

Dabei zeigt sich gerade in der Cyberabwehr, wie eng Gefahrenabwehr und Strafverfolgung miteinander verbunden sind. Cyberangriffe entwickeln sich in Sekunden, häufig automatisiert, verschlüsselt und verteilt. Wer sie abwehrt, erkennt gleichzeitig



Foto: DPoLG

Die Polizei der Zukunft braucht einen integrierten, modernen und europäischen Rechtsrahmen, der den realen Anforderungen digitaler Bedrohungen gewachsen ist.

**HEIKO TEGGATZ, VORSITZENDER DER DPOLG
BUNDESPOLIZEIGEWERKSCHAFT UND
STELLVERTRETENDER BUNDESVORSITZENDER
DER DEUTSCHEN POLIZEIGEWERKSCHAFT
(DPOLG)**

wichtige strafrechtliche Spuren. Wird die strafrechtliche Zuständigkeit erst im Nachhinein auf eine andere Behörde übertragen, gehen wertvolle Erkenntnisse verloren. Die Praxis lehrt: Digitale Angriffe lassen sich nur dann effektiv bekämpfen, wenn die handelnde Polizei zugleich präventiv und repressiv tätig werden kann. Die strikte Trennung dieser beiden Welten entspricht nicht mehr der operativen Realität. Hinzu kommt, dass Tätergruppen heute mit einer Professionalität agieren, die es notwendig macht, technische, nachrichtendienstliche und polizeiliche Expertise unmittelbar zusammenzuführen. Ein fragmentierter Rechtsrahmen verzögert nicht nur Maßnahmen, sondern gefährdet das Ziel, Cyberakteure zu identifizieren, internationale Täterstrukturen aufzudecken und frühzeitig Gefahren abzuwehren.

Auch die Frage nach klaren Definitionen und praktikablen gesetzlichen Formulierungen gewinnt zunehmend an Bedeutung.

Begriffe wie „Einrichtungen von wesentlicher Bedeutung“ müssen eindeutig sein, damit Einsatzkräfte sicher handeln können. Moderne Polizeiarbeit benötigt einen Rechtsrahmen, der eindeutige Begriffe verwendet und der Anwenderinnen und Anwender nicht mit unübersichtlichen Katalogen konfrontiert. Rechtsklarheit ist Einsatzklarheit. Gerade im digital geprägten Sicherheitsbereich gilt: Je komplexer die Angriffsformen, desto klarer müssen die rechtlichen Handlungsoptionen sein. Polizistinnen und Polizisten benötigen keinen Katalog aus Sonderfällen, sondern ein einheitliches, in sich schlüssiges Regelwerk.

CYBERSICHERHEIT ALS GESAMTEUROPÄISCHE AUFGABE

Diese Herausforderungen betreffen nicht nur nationale Strukturen – sie sind europäisch. Cyberkriminalität kennt keine Grenzen. Angriffe werden grenzüberschreitend orchestriert, Infrastruktur und Täterschaft verteilen sich über zahlreiche Staaten. Eine nationale Rechtsgrundlage kann daher immer nur ein Teil des Gesamtpuzzles sein. Die Polizei der Zukunft arbeitet in europäischen Verbänden, teilt Daten in Echtzeit und baut auf abgestimmte Ermittlungsinstrumente. Damit dies funktioniert, müssen nationale Rechtsrahmen kompatibel sein und gemeinsame Einsatzformen zulassen.

Gerade hier liegt eine große Chance: Die Harmonisierung europäischer Standards, etwa im Umgang mit digitalen Beweismitteln,

Meldepflichten oder Eingriffsbefugnissen, eröffnet die Möglichkeit, Cyberangriffe schneller zu erkennen, effektiver zu bekämpfen und Täter konsequent zu verfolgen. Viele EU-Mitgliedstaaten haben in den letzten Jahren wichtige Fortschritte erzielt, gleichzeitig zeigt der internationale Vergleich: Europa braucht mehr gemeinsame Strukturen, um die digitale Souveränität zu sichern. Dies betrifft sowohl technische Lösungen als auch rechtliche Rahmenbedingungen, die es den Polizeien ermöglichen, über Grenzen hinweg ohne Reibungsverluste zusammenzuarbeiten. Eine europäisch eingebettete Sicherheitsarchitektur ist kein Nice-to-have, sondern ein Grundpfeiler moderner Gefahrenabwehr.

EIN MODERNER RECHTSRAHMEN ALS GRUNDVORAUSSETZUNG

Für Deutschland bedeutet das konkret: Die Modernisierung des Bundespolizeigesetzes darf nicht länger aufgeschoben werden. Die Cybersicherheit darf nicht als isolierter Spezialbereich behandelt, sondern muss als Querschnittsaufgabe in alle polizeilichen Kernbereiche integriert werden. Ebenso entscheidend ist

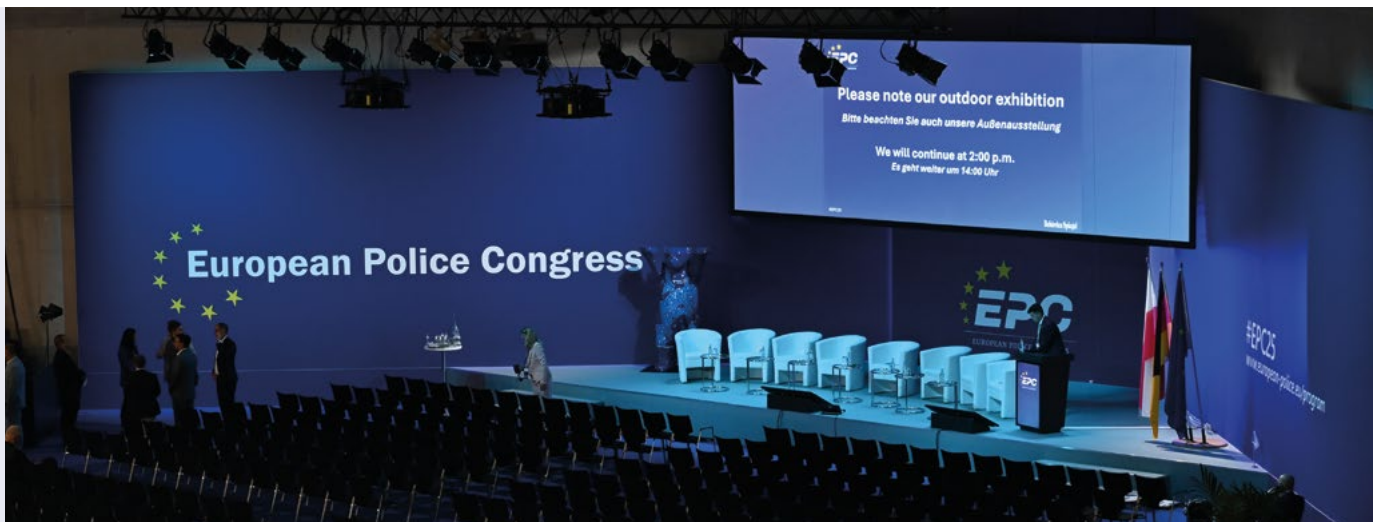
ein funktionierendes Zusammenspiel zwischen Bundespolizei und Bundeskriminalamt, um Doppelzuständigkeiten zu vermeiden und Kompetenzlücken zu schließen.

Die Sicherheit Europas entscheidet sich zunehmend im digitalen Raum. Die Polizei der Zukunft braucht daher einen integrierten, modernen und europäischen Rechtsrahmen, der den realen Anforderungen digitaler Bedrohungen gewachsen ist. Schutz und Strafverfolgung dürfen keine getrennten Säulen mehr sein, sondern müssen als ein gemeinsames sicherheitspolitisches System verstanden werden. Nur wenn beide Bereiche konsequent verzahnt und auf technischer Höhe sind, kann Europa seine digitale Resilienz stärken und den Bürgerinnen und Bürgern den Schutz bieten, den sie zu Recht erwarten.

HEIKO TEGGATZ, Vorsitzender der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft und stellvertretender Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG)



Der Stand der Deutschen Polizeigewerkschaft fand reges Interesse der Kongressbesucher.



Die Hauptbühne des European Police Congress ist bereit.

PREVIEW: JUGENDGEWALT! EINE BESORGNISERREGENDE ENTWICKLUNG!

Insbesondere in den letzten beiden Jahren ist eine deutlich zunehmende Medienberichterstattung über die verschiedenen Erscheinungsformen der Jugendgewalt festzustellen. Grund für die Berichterstattung sind die erkennbar wachsenden Zahlen im Bereich der von Jugendlichen und Kindern ausgehenden Gewaltdelikte. Das Thema hat dadurch spürbar an gesellschaftlicher Aufmerksamkeit gewonnen und wird verstärkt in Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit diskutiert.

Gleichzeitig zeigt eine differenzierte Betrachtung der Zahlen, dass die Jugendkriminalität als solche nicht weiter ansteigt, sondern in Teilen sogar eine feststellbare leichte Abnahme aufweist. Das macht deutlich, dass zwischen allgemeiner Jugenddelinquenz und spezifischer Jugendgewalt klar unterschieden werden muss.

Trotz der insgesamt also nicht weiter steigenden Jugendkriminalität lässt sich seit den Jahren 2015/2016 eine deutliche Zunahme der Jugendgewalt feststellen. Gemeint sind hierbei insbesondere Gewaltdelikte wie Körperverletzungsdelikte, Bedrohungen, Nötigungen, Erpressungen und Raubdelikte, aber auch Beleidigungen, die häufig Bestandteil eskalierender Konfliktsituationen sind. Besonders hierbei ist hervorzuheben, dass rund 80 Prozent der registrierten Jugendgewaltdelikte im Bereich der Körperverletzungen liegen, was die zentrale Bedeutung physischer Auseinandersetzungen innerhalb des Phänomens unterstreicht.

Jugendgewaltdelikte ereignen sich dabei in erster Linie im öffentlichen Raum. Straßen, Plätze, öffentliche Verkehrsmittel, Schulumfelder sowie Freizeiteinrichtungen bilden häufig die Tatorte, an denen Konflikte sichtbar ausgetragen werden. Auffällig ist zudem, dass die Taten sehr oft aus Gruppierungen heraus begangen wer-



Foto: Uwe Mainz

Die Entstehung von Gewalt ist das Ergebnis eines komplexen Zusammenspiels verschiedener Einflussfaktoren.

**UWE MAINZ, EHEMALIGER LEITER
DER OBERHAUSENER DIREKTION
KRIMINALITÄTSBEKÄMPFUNG**

den. Dies unterstreicht, dass gruppendynamische Prozesse Hemmschwellen senken, gegenseitige Bestärkung fördern und zur Eskalation von Gewalt beitragen.

Statistisch betrachtet werden dabei über 80 Prozent der Gewaltdelikte durch Jungen begangen. Gleichzeitig muss man aber ebenfalls festhalten, dass die Gewaltdelikte auch bei Mädchen zunehmen, was auf eine breitere Verankerung von Gewaltphänomenen innerhalb jugendlicher Gruppen hindeutet. Ein weiterer besorgniserregender Aspekt ist die zunehmende Bedeutung von Messerangriffen im Kontext der Jugendgewalt. Speziell diese Entwicklung erhöht das Gefährdungspotenzial erheblich und führt infolgedessen zu einer größeren Schwere der Tatfolgen.

Bei der Einordnung und Bewertung der Fallzahlen muss realistischere die Rolle der jugendlichen Intensivtäter berücksichtigt werden. Sie verursachen durch wiederholte Delinquenz einen überproportionalen Anteil an den Delikten und beeinflussen damit die statistische Entwicklung maßgeblich.

Parallel dazu zeigt sich ein relativ neues und besonders sensibles Phänomen: die zunehmende Gewaltbereitschaft bei Kindern. In diesem Bereich ist eine noch deutlichere Steigerungsrate festzustellen, sodass schon jetzt festgestellt werden kann, dass Gewalttäter im Durchschnitt immer jünger werden. Diese Entwicklung ist nicht nur in Deutschland zu beobachten, sondern zeigt sich auch in anderen europäischen Ländern.

Das aus Schweden bekannt gewordene Phänomen der „Killer Kids“ beispielsweise bezeichnet Minderjährige, die von kriminellen Netzwerken gezielt für schwere Gewalttaten rekrutiert werden.

Sie werden eingesetzt, weil sie leicht beeinflussbar sind und strafrechtlich oft milder behandelt werden.

Aufträge erfolgen häufig anonym über digitale Kommunikationswege und Zwischenpersonen. Der Terminus hierfür wiederum ist „Violence as a Service“, was im Kontext mit Kindern die gezielte Anwerbung Minderjähriger als ausführende Täter bezeichnet. Die Kinder oder auch Jugendlichen haben oft keinen Bezug zum Auftraggeber und handeln austauschbar innerhalb der Struktur. Dies erschwert die polizeilichen Ermittlungen erheblich und unterstreicht die Professionalisierung organisierter Gruppen und Gewalt. Erschreckend bleibt hierbei, dass Tätergruppen/Auftraggeber die Kinder dahingehend manipulieren und missbrauchen können, aber auch andererseits, dass junge Menschen schon im Kindesalter zu solchen Gewalttaten bereit sind.

Soziologische Einordnungen verweisen häufig auf Ursachen, die in der individuellen Vorgeschichte liegen. Dazu zählen insbesondere Erziehung, soziales Umfeld, familiäre Strukturen sowie teilweise auch kulturelle Prägungen. Die Entstehung von Gewalt wird dabei als Ergebnis eines komplexen Zusammenspiels verschiedener Einflussfaktoren verstanden und nicht als monokausales Phänomen.

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Gewaltbereitschaft jüngerer Altersgruppen wird u. a. verstärkt über eine mögliche Absenkung der Strafmündigkeitsgrenze diskutiert. Die Meinungen hierzu sind jedoch geteilt, und es bleibt bis dahin unklar, ob eine solche Maßnahme tatsächlich zu einer nachhaltigen Reduzierung von Jugendgewalt beitragen würde. Viele soziologische und kriminologische Stimmen sind der Meinung, dass die wirksamere Bekämpfung, die bessere Lösung nicht primär in einer späteren repressiven Intervention, sondern in frühzeitiger und gezielter Prävention zu suchen ist.

Dementsprechend gewinnen präventive Konzepte zunehmend an Bedeutung. Es werden verstärkt Ansätze formuliert und vorgestellt, die auf frühzeitige Förderung, soziale Stabilisierung, schulische Unterstützung sowie enge Kooperation zwischen Schule, Jugendhilfe, Polizei und weiteren gesellschaftlichen Akteuren setzen. Ziel dieser Konzepte ist es, Risikofaktoren früh zu erkennen,

Eskalationsdynamiken zu unterbrechen und Gewaltentwicklungen bereits im Kindes- und Jugendalter nachhaltig entgegenzuwirken.

Dies versuchen wir auf dem Europäischen Polizei Kongress aufzugreifen. So werden sich verschiedene Fachforen ausschließlich bzw. teilweise mit diesem dringlichen Phänomen intensiv befassen und versuchen, Lösungswege vorzuschlagen bzw. aufzuzeigen. Der Kongress greift also damit die alarmierende Zunahme der Jugendgewalt, die sich sowohl in Schulen als auch auf den Straßen zeigt, ganz besonders auf. Zunächst wird die Vielschichtigkeit dieser Problematik analysiert, indem sowohl Gewalt unter Jugendlichen in Schulen als auch Übergriffe auf Lehrkräfte und Ordnungskräfte beleuchtet werden. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei den konkreten Beispielen aus dem Schulalltag, die die Dramatik und Komplexität verdeutlichen. Auch das darüber hinausgehende Phänomen der „Killer Kids“ wird näher und gesondert beleuchtet.

Im weiteren Verlauf werden aussagekräftige statistische Daten präsentiert, die das Ausmaß der Jugendgewalt in Deutschland und Europa verdeutlichen. Schließlich werden integrative Projektansätze vorgestellt, die präventive und strafprozessuale Maßnahmen vereinen, um der Jugendgewalt nachhaltig entgegenzuwirken. Dabei wird auch die Rolle der Polizei thematisiert, die oft nur reaktiv eingreifen kann, während eine effektive Bekämpfung der Jugendgewalt einen integrativen Ansatz aller gesellschaftlichen Akteure erfordert.

Alle Beteiligten sind sich darüber im Klaren, dass die Bekämpfungsmaßnahmen rechtzeitig und früh einsetzen müssen. Ansonsten wären die Folgen nicht nur für die weitere Entwicklung der Gewaltdeliktzahlen, sondern insbesondere auch für die Entwicklung unserer Kinder und Jugendlichen dramatisch.

Wie schon gesagt: Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe!

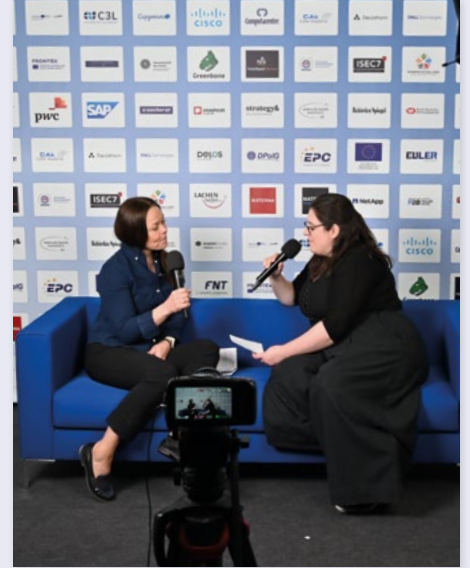
**UWE MAINZ, Ehemaliger Leiter der Oberhausener Direktion
Kriminalitätsbekämpfung**



Jugendgewalt beginnt nicht mehr ausschließlich auf dem Schulhof, sondern auch im Netz.

Foto: miinares, stock.adobe.com

IMPRESSIONEN 2025



IMPRESSUM

PROGRESS VERLAGSGESELLSCHAFT MBH

BÜRO BONN

Friedrich-Ebert-Allee 57 · 53113 Bonn
Telefon +49 228 97 0 970
redaktion@behoerden-spiegel.de

BÜRO BERLIN

Kaskelstraße 41 · 10317 Berlin
Telefon +49 30 55 74 12 0

HERAUSGEBERIN UND CHEFREDAKTEURIN Dr. Eva-Charlotte Proll (v.i.S.d.P.)

REDAKTION Thomas Hönig

ANZEIGENLEITUNG Sinan Yıldırak

LAYOUT ProGov GmbH

TITELBILD BS/FB unter Verwendung von Anze, stock.adobe.com; Vincenzo De Bernardo, stock.adobe.com; scaliger, stock.adobe.com; Solar 760L, stock.adobe.com; rawku5, stock.adobe.com

DRUCK Köllen Druck+Verlag GmbH

BILDQUELLEN sofern nicht anders angegeben: Behörden Spiegel/Bildschön

Dieses Magazin wird von der ProPress Verlagsgesellschaft herausgegeben, welche den Europäischen Polizeikongress organisiert.

www.behoerden-spiegel.de

Für weitere Informationen über das Magazin und den Kongress besuchen Sie bitte

www.europaeischer-polizeikongress.de



Video Technologie für die öffentliche Sicherheit

Eine Plattform für sichere Städte.

GPS-Standorte aller Geräte XProtect

kartiert in Echtzeit jede Kamera, jeden Sensor und jedes Gerät in der Stadt. Ge-nauer Standort, sofortiger Statuscheck, gezielte Ressourcenverteilung – alles auf einen Blick.

Fahrzeuge von Interesse verfolgen

Die Kennzeichenerkennung filtert nach Marke, Modell, Farbe und Fahrtrichtung. Beamte erstellen Watchlists, erhalten Sofortalarm bei gestohlenen Fahrzeugen und verfolgen Verdächtige effizient.

Kameras schnell und einfach ausrollen

XProtect unterstützt über 15.000 Kameramodelle für temporäre Soforteinsätze bei Notfällen oder Veranstaltungen – zusätzliche Überwachung überall und jederzeit, mühelos.

Zugriff auf Milestone-Installationen

XProtect verbindet Videofeeds aus Flughäfen, Bahnhöfen und Verkehrszentren in einer einheitlichen Ansicht – für behördenübergreifende Zusammenarbeit und das vollständige Lagebild.

Bodycam-Live-Stream ins Command

Center Bodycams übertragen Live-Footage direkt in XProtect. Einsatzleitungen sehen in Echtzeit, was Beamte sehen – für sofortige Koordination, mehr Sicherheit und gestärktes Vertrauen.

Verkehrsverstöße erkennen

Video Analytics erkennen automatisch Falschparken, unerlaubtes Überqueren und Verkehrsverstöße, kartieren Muster und helfen Behörden, Ressourcen strategisch einzusetzen.

24/7-Live-Überwachung

XProtect zeichnet nur bei Vorfällen auf, überwacht aber kontinuierlich. Leitstellen behalten den vollen Überblick – bei optimierten Speicherkosten.

Drohnen-Footage einbinden

Drohnenkameras integrieren sich nahtlos in XProtect neben bodengebundenen Feeds – für Luftperspektiven bei Crowd Management, Suchoperationen und vollständiger Lageübersicht.

Fälle schnell lösen, Tatzeit reduzieren

BriefCam filtert Footage nach Kleidung, Farbe, Bewegung und Objekttypen in Minuten. Ermittler sichten Stunden von Material, identifizieren Verdächtige präzise und schließen Fälle schnell.

Beweismittel sicher teilen

XProtect Evidence Manager teilt Dateien mit Passwortschutz, Ablaufdaten und Hash-Verifizierung – für rechtliche Compliance, bessere Zusammenarbeit und lückenlose Beweiskette.

Digitale Beweismittel effizient verwalten

XProtect Evidence Manager zentralisiert Bodycam-Footage, Tatortfotos, Überwachungsvideos und Dateien auf einer sicheren Plattform – organisiert, zugänglich und gerichtstauglich.

Video- & Speicherkosten optimieren

XProtect Evidence Manager verarbeitet Videos schneller als herkömmliche Methoden mit flexiblem AWS-Speicher. Behörden verwalten große Dateien effizient und senken Kosten deutlich.

